

autonomes
Blättchen



#29
Juni-August 2017

Werte Genoss_innen!

Einen herzlichen Sommergruß euch allen!

Sind die Sachen für den Ausflug nach Hamburg schon gepackt? Du weißt noch nicht, was du anziehen sollst? Die eine Hose wäre praktisch, sieht aber scheiße aus? Wie wärs mit der anderen, mit dem Antifa-Aufnäher? Besser auch nicht. Warum? Einen kleinen Bekleidungsratgeber findest du in diesem Heft, damit du sicher und sinnvoll bekleidet den Schergen entkommen kannst.

Aber wie kommst du sicher an den Ort des Handelns? Wir hätten da eine kleine Übungseinheit im Heft versteckt. Es gibt noch ein paar Artikel, die sich mit den praktischen Bedingungen heutigen und zukünftigen Widerstands beschäftigen. Wir freuen uns über einen Aufruf, Hipster-Video-Brillen anzugehen. Sie sind gerade frisch auf dem deutschen Markt.

Der G20 wirft zwar seine Schatten voraus. Vielleicht ist er aber auch bereits vorbei, wenn du dieses Heft in der Hand hältst. Schließlich hat das Blättchen kein Verfallsdatum. Zu lesen gibt's nämlich genug, für mehr als nur ein paar Minuten auf dem Klo.

Wir beschäftigen uns mit den Veränderungen von Arbeit und Nichtarbeit durch den technokratischen Digitalismus. Mit "Wenn die Nacht am tiefsten ist ..." haben wir

ebenfalls einen etwas längeren Text zur Debatte "Wie weiter?" mit rein genommen. Hier braucht es dringend eine internationale Debatte, um unsere fragmentarischen Erfahrungen zusammenzupuzzeln. Wir setzen auf eure Beiträge.

Wir haben desweiteren im Angebot einen Überblick über die Repression nach dem letztjährigen Grenzcamp in Griechenland, einen Text von Anarchist_innen aus Venezuela, ein Gespräch mit Grundinfos über die Situation in Aserbaidschan und ein Interview mit kurdischen Aktivistinnen zum „Ort der Frauen“ Jinwar - aber leider mal wieder nichts zur Situation in der Türkei, obwohl Erdogan wie erwartet die Zustimmung für seine diktatorischen Ambitionen hat verkünden lassen. Die Verhaftungen gehen weiter. Der Krieg geht weiter. Bitte besorgt Berichte und Analysen aus linksradikaler/anarchistischer Perspektive, wenn ihr entsprechende Kontakte habt und schickte uns diese für die nächste Ausgabe. Das wäre gut.

Wir bedanken uns höflich für die Spenden und freuen uns, dass das Blättle immer mehr Leser_innen findet. Der Spendenstrom kann jedoch mit den Abwünschen kaum mithalten. Du weißt, was wir meinen...

Impressum:

Nr. 29 Juni - August 2017

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:

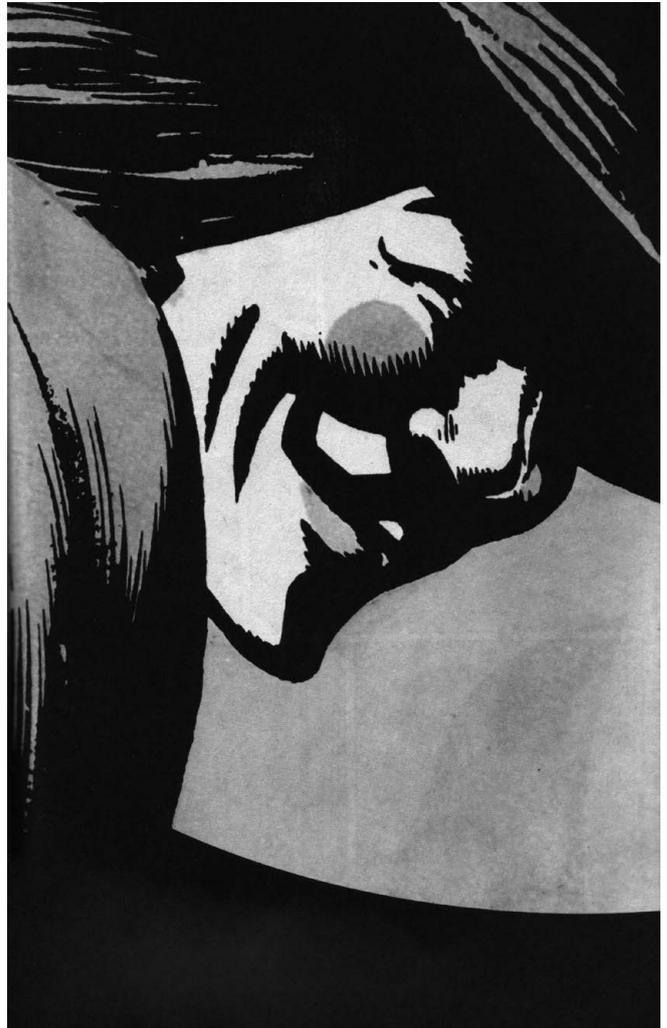
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:
1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover



In diesem Blättchen...

- 04 NSU-Tribunal
- 05 Zum G20-Gipfel nach Hamburg!
- 06 G20-Chronik
- 07 G20: „Partnerschaft“ mit Afrika
- 08 G20 angreifen - Reparationszahlungen durchsetzen
- 10 Kohleausstieg ist Handarbeit
- 10 Schwarz sind alle meine Kleider
- 12 Von A nach B - Ein kleiner Reiseführer
- 13 Gegen das Smartphone
- 15 Gesichtserkennung und Emotionserfassung
- 17 Snapchat-Datenbrille
- 18 Whatsappdown
- 19 Zwischen Karoshi und Surplus
- 24 Captain Future
- 25 13. April 2017
- 26 Nieder mit dem Patriarchat – Worte aus dem Knast
- 27 Schön wie ein Kommissariat, das brennt
- 28 Urteil im Aachener Bankraub-Prozess
- 28 Wer nicht fragt bleibt dumm!
- 30 Beitrag zum Salon gegen den politischen Ausstieg
- 32 Revolution und Gegenrevolution (1917)
- 36 Wenn die Nacht am tiefsten ist...
- 44 Erklärung zum Angriff auf das SYRIZA Büro
- 48 Räumungen im Nachgang des NoBorder Camps
- 51 Situation in Aserbaidschan
- 53 Aufruf aus Venezuela
- 55 Jinwar – ein Ort der Frauen

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Nous accusons – Wir klagen an

In Erwägung...

dass eure zur Fahndung ausgeschriebene NSU-Mörderbande über elf Jahre „unerkannt“ mordend durchs Land zog, dass euer „Verfassungsschutz“ sie hegte und pflegte...

In Erwägung

dass eure Politiker und Ordnungshüter von SPD-Schily, bis zu den äußerst Rechten, bei offensichtlich rassistischen Morden nie „politische Hintergründe“ entdecken konnten...

In Erwägung

dass eure Medien rassistische Lügen verbreiteten von „Döner-“ und „Kriminellen Milieu-Morden“

In Erwägung

dass ihr die Opfer verhöhnt und alles versucht habt, ihre Angehörigen zu Tätern abzustempeln

In Erwägung

dass die überlebenden Opfer und Angehörigen als Täter: „Rechte“ und Nazis benannten weil sie Rassismus im Alltag kannten

In Erwägung

dass der NSU-Trupp erst durch den angeblichen Selbstmord der zwei NSU-Killer als Täter präsentiert wurde

In Erwägung

dass die Dritte im Bunde, angeblich gesucht, aber erst nach der „Brandsäuberung“ vieler Beweismittel sich selbst stellte

In Erwägung

dass kurz nach der „Selbstenttarnung des NSU“ Schredder im Amt auf Hochtouren Akten und Beweise vernichteten

In Erwägung

dass aussagewillige V-Männer, kurz vor ihrer Aussage merkwürdige Tode starben, während Aussagende schweigen, oder aber lügen, dass die Balken sich biegen.

In Erwägung

dass in euren Gerichten, die angeblich nach Wahrheit suchen, eine faschistische Mörderin auftreten kann wie eine beleidigte Diva

während in anderen „Staatsschutz“-Prozessen Stammheimer Verhältnisse herrschen

In Erwägung

dass die hoch und heilig versprochene restlose Aufklärung sich entpuppte als inhaltlose Worthülse, als Beruhigungspille ...

In Erwägung

der neun Morde an Migranten durch den NSU-Komplex

Haben wir beschlossen

von diesem Staat, und seinen Institutionen nichts zu erwarten!

Wir beklagen

– die Opfer des NSU und alle Opfer faschistischer, rassistischer Gewalt,
– das unfassbare Leid ihrer Familien, Angehörigen und FreundInnen.

Wir solidarisieren uns mit den Angehörigen und mit den überlebenden Opfern, stehen Hand in Hand an ihrer Seite. Mit allen Werktätigen und Unterdrückten dieser Gesellschaft, deren Reichtum in ihrer Vielfältigkeit liegt. Wir beklagen, dass die Mehrheit der Gesellschaft, fast alle linken Organisationen und auch wir die Stimme der Angehörigen in Kassel und Dortmund 2006 nicht gehört und die Dimension des NSU nicht erkannt haben.

Wir klagen an

– den NSU-Komplex als rassistisch-faschistischen Apparat des deutschen Staates zur Einschüchterung und Vertreibung von MigrantInnen in Deutschland: des Mordes
– den Verfassungsschutz: des Aufbaus einer faschistischen Organisation, der Beihilfe zum Mord, der Vernichtung von Beweismaterial
– die bürgerlichen Politiker: der bewussten Falschaussage, der Verschleierung der Zusammenarbeit staatlicher Stellen und NSU-Netzwerk, der Leugnung von rassistischen Motiven
– die bürgerlichen Medien: der rassistisch-nationalistischen Hetze gegen MigrantInnen

Wir klagen an

– die deutsche Justiz: wegen ihres Doppelstandards und der Klassenjustiz
– das Schweigen der Gesellschaft
– den institutionellen und strukturellen Rassismus, den anwachsenden Faschismus.

Das sind Instrumente, um uns werktätige Menschen, zu spalten, in „ihr“ und „wir“, in „Deutsche“ und „die anderen“. Ketten, mit denen wir ans System gefesselt werden.

Das sind Instrumente, um imperialistische Machtinteressen durchzusetzen. Um die Massen im Inneren ruhig zu halten und nach außen Krieg zu führen, wie aktuell in Afghanistan, in Syrien. Besitzverhältnisse, den Reichtum für eine Handvoll von Herrschenden aufrechtzuerhalten, Kriege um Rohstoffe und Einflussphären zu führen, Länder, Bevölkerungen gegeneinander zu hetzen und Menschen rassistisch zu ermorden.

Das sind Säulen, auf denen die Ausbeutergesellschaft ihre Herrschaft stützt! Das friedliche Zusammenleben der Menschen in diesem Land und auf diesem Planeten wird so tagtäglich versucht, unmöglich zu machen.

In unserer einen Welt der Migrationen, die schon lange ein Schmelztiegel von Menschen aller Kontinente, in all ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit, ihrer Besonderheiten und Gemeinsamkeiten geworden ist.

Wir klagen ein

- Wirkliche Demokratie - das können wir nur selber tun!
- Das Schweigen durchbrechen! Opfer, Betroffene der Verbrechen des NSU stehen im Mittelpunkt. Ihre Geschichte und Namen im kollektiven Gedächtnis verankern. Ihre Wünsche für Gedenken und Gedenkorte respektieren!
- Moralische und politische Anerkennung ihres Leids. Finanzielle Entschädigung für die Opfer und Angehörigen.
- Aufklärung des NSU-Komplexes mit allen Konsequenzen.

- Aufklärung aller „ungeklärten“ rassistischen Morde
- Verbot aller faschistischen Netzwerke, jeglicher rassistisch-völkischen Propaganda!
- Rassismus und Faschismus sind keine Meinung, sondern Verbrechen.
- Täter in den Institutionen haben Namen – anklagen!

Diese Reformen sind notwendige Veränderungen in Teilbereichen, wohlwissend, dass sie nichts am großen Ganzen ändern.

Reformen, Blumen auf den Ketten ... es geht um grundsätzliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

In Erwägung all dessen rufen wir auf

Lasst uns unsere Anklage zu einem Fanal gegen diese ungerechte, barbarische Gesellschaft, für eine Gesellschaft der Vielen machen...

Eine sozialistische Gesellschaft, in der die Vielen, die Unterdrückten, Entrechteten, Ausgegrenzten, Erniedrigten, Ausgebeuteten dieser Gesellschaft ein neues, gutes Leben beginnen.

Ein Leben „Einzel und frei wie ein Baum und geschwisterlich wie ein Wald !“

Trotz alledem! NR. 75, Mai 2017

Zum G20-Gipfel nach Hamburg!

Wenn einige Linke vornehmlich die Provokation einer Machtdemonstration der Regierung betonen, ein solches Treffen der G20 inmitten einer Metropole wie Hamburg abzuhalten, dann ist das inhaltlich vielleicht ein bisschen dünn. Wer will schon einfach nur daherrandalieren in Reflex auf ein tatsächlich stumpfes Gebaren von machtvessener Überheblichkeit? Versteht uns nicht falsch, einem feinen riot ist nichts zu entgegenen. Und es gibt sogar viele gute Gründe dafür, Hamburg zum Gipfel „in Schutt und Asche“ zu legen:

Das vorsätzliche, massenhafte Ertränken Geflüchteter und die zum Gipfel-Schwerpunkt erhobene Fortschreibung der rassistischen Kolonial-Politik über die Erzwingung einer „Partnerschaft“ mit Afrika, übrigens ohne jegliche Bereitschaft der Bundesregierung als G20-Vorsitzende den Völkermord an den Herero und Nama zu entschädigen, gehören sicherlich dazu.

Die vielfältigen, guten Gründe gilt es auch inmitten der hoffentlich sichtbar turbulenten Ereignisse eines mehrtägigen riots zum Ausdruck zu bringen.

Übrigens auch dann wenn die Geheimdienste mal wieder „Erkenntnisse“ haben und mithilfe derer jeglichen Protest

ersticken wollen – „zu unserer eigenen Sicherheit“. Egal ob der IS tatsächlich in Hamburg an den Start geht, oder die Geheimdienste dies schlicht „vermuten“ und intelligent inszenieren; wir dürfen uns nicht zwischen Terror und Antiterrormaßnahmen einquetschen lassen. Einer solchen Demonstration reaktionärer Macht gilt es mit allem Mut, den wir aufbringen können, zu widerstehen. Es ist unsere Aufgabe als sozialrevolutionäre Bewegung, beides als menschenverachtend anzugreifen. Sollte also kurz vor oder gar während des G20 „eine terroristische Lage“ aufpoppen, dann müssen wir ein etwaiges Demonstrationsverbot missachten und zu einer radikalen, lauten Demonstration zusammenkommen – gegen den IS und gegen die G20, die ihn erst groß gemacht haben, und nun bei seiner Bekämpfung sein reaktionäres Potential ein zweites Mal ausschöpfen.

So radikal wie die Wirklichkeit der G20 können wir derzeit gar nicht sein, das ist vermutlich allen klar. Uns propagandistisch lediglich auf ein „Stören der Machtdemonstration der G20“ zu beschränken, ist dennoch falsch!

Heraus zum begründeten Riot des Jahres!

G20-Chronik

Auflistung militanter Aktionen mit explizitem G20-Bezug:

- 09.6.17** Hamburg, Deutsche Afrika Linien angegriffen
- 06.6.17** Hamburg, Auch Prestigeobjekte sind angreifbar - Glasbruch beim Mövenpickhotel im Schanzepark
- 06.6.17** Weilheim, Brandanschlag auf Bullenstation
- 02.6.17** Madrid, Brandanschlag auf Geländefahrzeug der Nationalpolizei
- 01.6.17** mehrere Städte, Bismarck-Denkmäler eingefärbt mit Bezug auf koloniale Kontinuität: Afrikagipfel 1884+2017
- 01.6.17** Berlin, Angriff auf Haus der Deutschen Wirtschaft
- 31.5.17** München, Farbe und Steine für den Konferenzlogistiker *Interplan* und den Mietenexplosionsprofiteur *Patrizia*
- 26.5.17** Berlin, Glasbruch und Farbe bei Behördenspiegel und Polizeibibliothek
- 22.5.17** Hamburg, Farbe und Steine auf Wohnhaus von Messe-Geschäftsführer
- 20.5.17** Frankfurt, zwei Dienstwagen der Vinci-Tochter Actemium angezündet
- 17.5.17** Berlin, G20 to hell - Slogan auf Grünfläche im Körnerpark geätzt
- 09.5.17** Hamburg, Firmenfahrzeug und Luxuskarre abgefackelt
- 09.5.17** Bielefeld, Farbe gegen Sparkasse
- 05.5.17** Hamburg, Brandanschlag auf Fuhrpark der „Deutschen See“
- 01.5.17** Hamburg, Wilde Demo - Sachschaden bei Erdogan-Fans, Deutscher Bank und Gentrifizierer
- 26.4.17** Berlin, Feuer bei Denn's-Supermarkt gegen Verdrängung in der „SmartCity“ Berlin
- 24.4.17** Berlin, zwei Bagger auf Baustelle für Luxusbauten in Lichtenberg angezündet
- 24.4.17** Hamburg, Deutsche Bank Filiale angegriffen
- 21.4.17** Frankfurt, Drei Menschenjäger-Autos vom Zoll angezündet
- 18.4.17** Bremen, Brandanschlag auf Jobcenter
- 09.4.17** Köln, Glasfassade des Arbeitsamts eingeworfen
- 07.4.17** Wuppertal, Angriff auf Büro von Gerichtsvollzieher*innen
- 06.4.17** Lüneburg, Kameras in der Innenstadt entfernt
- 06.4.17** Hamburg, Fassade der Agentur Scholz&Friends umgestaltet
- 05.4.17** Hamburg, Auto der Sicherheitsfirma Securitas abgefackelt
- 02.4.17** Hamburg, Feuer und Farbe bei den Hamburger Superreichen Axel Schröder (MPC) und Jürgen Grossmann (ex RWE)
- 27.3.17** Madrid, Sicherheitsfahrzeug angezündet
- 26.3.17** Hamburg, Bullenfahrzeuge im Innenhof der Bullenwache Grundstraße abgebrannt
- 24.3.17** Berlin, Ordnungsamt und Grünenbüro wegen Räumung von Obdachlosencamps im Tiergarten mit Steinen und Farbe angegriffen
- 17.3.17** Hamburg, Bullenfahrzeuge vor OB-Wohnung, vor Polizeipräsidium und vor dem Büro der GdP abgebrannt
- 13.3.17** Köln, SPD-Büro, Ausländerzentralregister und AfD-Funktionäre zu Hause angegriffen
- 10.3.17** Frankfurt, Bagger der Luxusimmobilienagentur Schenk&Company angezündet
- 06.3.17** Bremen, Rüstungskonzern OHB System AG mit Farbe und Bitumen eingefärbt
- 05.3.17** Leipzig, Bagger und Neubau gegen Viertelaufwertung angezündet
- 05.3.17** Berlin, Allianz, Pimco entglast
- 03.3.17** Hamburg, Feurige Sabotage an der Mautbrücke A261
- 02.3.17** Berlin, Zwei Autos der Firma Gegenbauer abgefackelt
- 01.3.17** Berlin, Restaurant „Vertikal“ entglast
- 28.2.17** Berlin, Fahrzeuge der Firma Securitas abgefackelt
- 24.2.17** Berlin, JVA eingefärbt
- 22.2.17** Hamburg, Angriff auf Schanzenhof
- 19.2.17** Hamburg, Buttersäure für die Reederei MACS
- 18.2.17** Berlin, Brandanschlag auf Gebäude der Kriminalpolizei
- 08.2.17** Bremen, Fahrzeug der Bundeswehr abgefackelt
- 06.2.17** Berlin, Französisches Diplomatenfahrzeug angezündet
- 02.2.17** Münster, Glasbruch bei Volksbank
- 28.1.17** Hamburg, Scheiben der Werbeagentur „Jung von Matt“ eingeschlagen
- 27.1.17** Berlin, Software Hersteller PSI AG mit Hämmern und Farbe angegriffen
- 18.1.17** Frankfurt, Feuerangriff auf Security Auto
- 06.1.17** Berlin, Feuer für Sodexo und Vodafone
- 01.1.17** Leipzig, Brandanschlag auf Arbeitsamt
- 31.12.16** Berlin, Farbangriffe auf Luxusbauten
- 29.12.16** Berlin, Brandanschlag auf PKW von Polizeibeamten
- 27.12.16** Lund, Schweden Bank angegriffen
- 25.12.16** Berlin, Brandanschlag auf Ordnungsamt
- 16.12.16** Leipzig, Bullenkarre angezündet
- 09.12.16** Bremen, Farbe und Steine gegen Deutsche Bank
- 06.12.16** Leipzig, Brandanschlag auf Ordnungsamt Autos
- 06.12.16** Berlin, Brandanschlag auf Polizeigebäude
- 05.12.16** Hamburg, Wohnung des SPD-Politikers Niels Annen mit Farbbeuteln beworfen
- 30.11.16** Athen, Angriff auf Büros der Securityfirma S.C.S
- 26.11.16** Hamburg, Brandanschlag auf Messehallen
- 23.11.16** Berlin, Angriff auf Baukonzern Hochtief
- 18.11.16** Berlin, Bohr-Bagger auf der Cuvry-Brache brennt
- 11.11.16** Berlin, Auto von Rüstungskonzern Thales abgefackelt
- 07.11.16** Berlin, Farbe gegen Ordnungsamt
- 06.11.16** Berlin, Brandanschlag auf Telekom-Fuhrpark
- 03.11.16** Dresden, Thyssenkrupp-Auto angezündet
- 21.10.16** Frankfurt, Philisophicum mit Farbe und Steinen angegriffen
- 16.10.16** Hamburg, Angriff auf Villa von Bankenpräsident Peters
- 23.9.16** Hamburg, Brandanschlag auf PKWs von Polizeidirektor Treumann
- 08.9.16** Berlin, Funkmast der Bullen sabotiert
- 07.9.16** Hamburg, Steine und Farbe gegen Reederei COSCO
- 15.8.16** Berlin, Steine gegen Knastprofiteur und SPD-Büro

G20: „Partnerschaft“ mit Afrika

Auf dem Gipfel geht es neben den Fragen der „Stabilität der Weltwirtschaft“ und „Regulierung der Finanzmärkte“, vor allem um die wohl tönend formulierte „Partnerschaft mit Afrika“ - Ein komplexes und höchst aggressives Projekt von herausragender Bedeutung.

Der soziale Krieg der EU gegen die Geflüchteten, der einen Strategiestrang des „Griffs ins Innere Afrikas“, einschließlich des Nahen Ostens darstellt, ist ohne einen Blick auf die Vielfalt der Kämpfe in Afrika nicht zu verstehen. Die Kämpfe der vergangenen Jahrzehnte richten sich gegen ein umfassendes Arsenal von Gewaltstrategien, die eines zum Ziel haben, die tradierten bäuerlichen Lebenszusammenhänge zu zerstören, um daraus verwertbare Arbeitskraft zu gewinnen. Die Proletarisierung, die in Europa rund ein halbes Jahrtausend dauerte, zahllose Kriege, Vergewaltigungen, Hexenprozesse, Arbeitshäuser, Sklaverei usw., kurz einen unglaublichen Jahrhunderte langen Terror gegen die Bevölkerung benötigte, hat in Afrika erst angefangen. Kriegerische Akteure, ob in Milizen oder auch regulären Armeen, steigen in die Möglichkeiten der Gewinnung wertvoller Rohstoffe (von Gold bis Coltan) ein, um mit aus kriegerischen Zugriffen gewonnenen Arbeitssklaven Stoffe zu gewinnen, die international zu Geld gemacht werden können, mit dem unter anderem Waffen zur Konsolidierung und Erweiterung dieses Prozesses, aber auch Güter gekauft werden können, die günstig in investive Prozesse auf niedrigem Niveau eingespeist werden können.

An Beispielen wie der Bewirtschaftung der Piraterie im indischen Ozean, den Operationen somalischer, kenianischer, äthiopischer Warlords, die mit Politik und imperialistischen Kräften Hand in Hand arbeiten, der „Stadt ohne Perspektive: Dadaab“, dem durch derartige Prozess ermöglichten „Landgrabbing“ lässt sich diese inwertsetzende Gewalt näher beleuchten.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Vielfalt des Widerstands, der sozialen Bewegungen und der „Nichtbewegungen“ in Afrika. Eher klassenzentrierte Ansätze stellen „proletarische Kämpfe“ in den Mittelpunkt und schlüsseln von da aus Partisanenkämpfe, republikanische Kämpfe, liberale Kämpfe etc. auf (so etwa Ndongo in Sambasylla). Schon hier tut sich ein ganzes Spektrum auf, das von den Kämpfen im Senegal 1912 zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen bis zu informell arbeitenden (Straßenverkäufer*innen in Dhaka) reichen. Andere organisieren ihren Blick aus der Vorstellung des Gegensatzes zwischen Staat und Zivilgesellschaft (*Branch und Manpilly*).

Der Protest entfaltet sich auf dem Hintergrund der Enttäuschung über die jahrelange staatliche Ausbeutung und die dadurch entstandene Gleichgültigkeit gegenüber der städtischen Bevölkerung und artikuliert sich als Kampf und Protest gegen den Staat, seine Symbole, seine Institutionen. Die „sozialen Nichtbewegungen“ beleuchten stille Kämpfe der Armen und kollektive Aktionen

(*Bayat*), in denen vor allem Frauen und jüngere Menschen als Protagonisten sich selbstorganisiert der Mittel zum Überleben vergewissern. Durch illegale Besetzungen von Land, Wohnraum, durch Aneignung von Strom, fließendem Wasser, Telefonleitungen, auch durch „Migration als eigensinnige Praxis“. Aus der Vogelperspektive wird dies erkennbar als „Kampf um die Stadt“.

Den Menschen, die sich aus den Prozessen von Kämpfen, Binnenmigration, regionaler Migration schließlich herauslösen und sich auf den Weg nach Europa machen können, um sich nach all diesen Zerstörungen Lebens- und Überlebensebenen zurück zu holen, gilt der soziale Krieg der Verursacher ihres Elends: der EU und ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten und am Ende eines langen Prozesses der politischen Formierung: der G20.

Es lassen sich zwei wesentliche Stränge erkennen, die den Griff nach Afrika bestimmen: die Weltwirtschaftskrise und die „Flüchtlingskrise“, also der soziale Krieg in der Konfrontation mit den Migrant*innen. Das blühende Äußere der deutschen Volkswirtschaft, vielleicht noch der amerikanischen und ganz vielleicht der englischen täuscht. Unter der Schminke nistet die Fäule. Seit dem Platzen der „New Economy-Blase“ im Jahre 2000, die die große IT-Offensive der 90er Jahre abschloss, ist die Weltwirtschaft vom Rand des völligen Absturzes nur durch jeweilige neue Kreditfluten, d. h. Schulden weiter geschoben worden. Zuerst bis an den totalen Abgrund des Jahres 2008 und dann bis 2010, um dann wieder auf den Kreditfluten bis heute getragen zu werden. Anfang 2016 stand der Weltschuldenstand bei 198 Billionen (also 198 Tausend Milliarden) \$, bis heute ist er auf 215 Milliarden angewachsen. In den USA liegen allein die Studentenkredite bei einer Gesamtsumme von einer Milliarde, sowohl in den USA als auch in England reckt die alte „Subprime“-Blase ihr Haupt im Bereich der Auto-, Haus-, Elektro- und IT-Geräte-Kredite etc. wieder aus dem Sumpf. In China sind es die großen Staatsbetriebe, Regionalregierungen und –Banken, die für eine enorme Schuldenlast sorgen. Die Welt lebt auf Pump und die Pumpblase bläht sich weiter auf, bis...? Und da extrem billige Zinsen für weitere Verschuldungsmöglichkeiten sorgen, gelten diesem Zustand die beiden ökonomischen Themenpunkte des G20-Gipfels.

Die „Flüchtlingskrise“ oder die Krise aus der Kapitalgemachten afrikanischen Zerstörung und Verelendung hat sich noch einmal dadurch verschärft, dass die enorm gesteigerte Produktivität unter dem Regime der neuen Technologien Arbeit und Leben in den Peripherien weiter um einen Schub entwertet haben. Sie haben aber auch – und dies war beabsichtigt – den amerikanischen, englischen und sogar deutschen Mittelschichten den Boden unter den Füßen weg gezogen, wie Obama in seiner Abschiedsrede freimütig eingeräumt hat. Das Brexit und der Trumpismus waren die Folge und sorgten für eine rassistisch aufgeladene Schubumkehr gegen die „Fremden“, vor allem die Geflüchteten.

Diese nach außen gewendete Aggressivität ist neben der Wirtschaftskrise und der Infragestellung der Täter-Gesellschaften durch die Geflüchteten einer der Gründe, warum die Schubumkehr jetzt ins Innere Afrikas greift. Es ist ein regelrechter Gegenstoß, der jetzt im Gipfel gipfelt. Die Merkel-dominierte Europapolitik sucht die Festung durch einen „cordon sanitaire“, einen Sicherheitswall zu umgrenzen. Neben Mitteln der Grenzsicherung und Frontex sind dies unter dem Druck wirtschaftlicher Not abgezwungene Verträge mit der Türkei und Regierungen des Maghreb, im Fall Libyens praktisch mit Warlord-Strukturen. Sie sollen niemanden durchlassen. Aus dem Schutz dieses Gürtels heraus laufen seit mehr als zwei Jahren Versuche, eine staatlich-ökonomisch-militärische Afrikapolitik zu lancieren. Sie hat einmal das Ziel, die Migrationsbewegungen aufzufangen und zum Anderen die Gelegenheit zu einer Inwertsetzung bislang – gemessen an den „neoliberalen“ Erwartungen – unerschlossener Räume zu ermöglichen. Diesem Ziel diente schon der europäische Beschluss von „La Valetta“ vor zwei Jahren, als zum ersten Mal von der „Chance Afrika“ (von der Leyen) gesprochen wurde. Das wird jetzt im Vorfeld des Gipfels genauer, wenn auch noch immer nebulös, eher als Tendenzrichtung – formuliert.

Ein „Marshall-Plan“ für Afrika

„Deutsche Firmen entdecken Afrika“ heißt es aus der DEG und -angestoßen durch CSU-Entwicklungsminister Müller's Initiative im letzten August – „neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft“, Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika von Angela Merkel. Wenn man die übliche Sülze und den Schleim mal beiseite lässt, geht es nüchtern darum, die ökonomisch-militärisch-institutionellen Voraussetzungen für große Ausbeutungsvolumina zu schaffen. „Wertschöpfung statt Ausbeutung – Afrika muss mehr sein, als der Kontinent der Rohstoffe.“ Das ist der Knackpunkt. Ökonomen bürgerlicher und marxistischer Couleur wissen: es kommt auf die den Menschen abgezwungene Arbeitsleistung an. Der Umschlag von reiner Rohstoffausbeutung zu einem etwas höheren

Ausbeutungsniveau soll geschafft werden. Alte Formen der Entwicklungshilfe sollen nicht wieder aufgenommen werden. Die Objekte des Zugriffs sollen sich als Jungunternehmer und Jungausgebeutete selbst anbieten – sich selbst, ihr Gemeinwesen, Leben, ihre Arbeitsleistung. Der Ökonom weiß, nur enorme Mengen in Ware und Wert ausgedrückter und als Nachfrage wirksamer Leistung kann die Krise überwinden. Das Einkommen im Maghreb liegt infolge der knallharten IWF-Bedingungen inzwischen bei weniger als zwei Euro am Tag. Wo wird es im Marshallplan anvisiert? Die „Eigenverantwortung“ der afrikanischen Staaten wird aufgerufen. Wessen? Die meisten laborieren an der Grenze zum „failed state“, manche „gibt“ es kaum. Wenn wir die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zusammenfassen, wird es dabei um umzäunte „freie“ Produktionszonen und Heere sie umlagernder Menschen gehen, natürlich repräsentiert durch eine „Regierung“, die für Repression sorgt.

In einer „postfordistischen“ Ära wiederholt sich, was das Kaiserreich und Adolf Hitler in der fordistischen Ära suchten: Wert aus afrikanischen Kolonien und – von Hitler projiziert- „dem afrikanischen „Ergänzungsraum“ als Ersatz für die in Versailles verlorenen Kolonien zu erschließen. Beides zur Lösung des krisenhaften Prozesses in der Metropole. Übrigens: im Marshallplan von 1948 wurde das im Krieg technologisch hochgerüstete Deutschland mit den Dollars für den Weg in die europäische Hegemonie versehen. Passt irgendwie.

Wir müssen uns an all das erinnern, um von der Seite einer kritischen Auseinandersetzung und des Widerstands mit Leben zu füllen, was die „radikale Wirklichkeit“ des Griffs ins Innere Afrikas – uns abverlangt. Dabei kann es um eine „Erinnerungskultur“ von unten gehen, aber auch um eine kritische Beschäftigung mit Agenten und Agenturen dieses Griffs. So radikal wie die Wirklichkeit des G20.

anonym

G20 angreifen - Reparationszahlungen durchsetzen

Dokumentation:

„Für Völkermord gibt es keine Verjährung - kein Vergeben - kein Vergessen

Am 09.06.2017 haben wir die Gebäude Palmaille 45-49 in Hamburg Altona, in denen sich der Sitz der Deutsch Afrika Linien (DAL) der Essbergergruppe und das südafrikanische Honorarkonsulat befinden, mit Steinen und Farbflaschen attackiert.

Bereits 2003 versuchte die Herero People's Reparation Cooperation die Bundesrepublik Deutschland und die Profiteure des Genozids an den Herero und Nama Anfang des 20. Jahrhunderts im heutigen Namibia, für den deutschen Militär und deutsche Kolonialist_innen verantwortlich waren, zu verklagen. Damals richtete sich die

Klage gegen die Reederei Deutsche Afrika-Linien (DAL), die Deutsche Bank und Ovenstein + Koppel (Terex). Die DAL ist der Rechtsnachfolger der Woermannlinie, die u.a. die deutschen Truppen nach Namibia verschifft hatte, um die Aufstände der Herero und Nama gegen die deutsche Kolonialherrschaft niederzuschlagen. Woermann, Ovenstein+Koppel, die deutsche Bank und auch die Norddeutsche Affinerie aus Hamburg (heute Aurubis), haben an der Ausbeutung von Zwangsarbeiter_innen beim Bau der Eisenbahnlinien und dem Abbau von Kupfer und Diamanten schwer verdient. Ungefähr 80% der Herero und 60% der Nama wurden von den Deutschen ermordet.

Im Januar 2017 haben Vertreter_innen der Nama und Herero vor einem US-Gericht erneut eine Klage auf Reparationszahlungen gegen Deutschland eingereicht, nachdem jahrelange Versuche, in die Verhandlungen

zwischen der BRD und Namibia einbezogen zu werden, gescheitert waren.

Die nächste Anhörung vor dem Gericht ist am 21.7.2017. Die Bundesregierung ließ durch den Sonderbevollmächtigten für den Dialog mit Namibia, Polenz, mitteilen, dass aus der Verwendung des Begriffs Völkermord nach eigener Auffassung keine Rechtspflicht bestehe.

Nach Jahren der Weigerung, überhaupt den deutschen Völkermord im heutigen Namibia einzugestehen, wird die Zahlung von Reparationen damit weiterhin verweigert.

Mittlerweile bereitet die namibische Regierung eine Klage beim internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen Deutschland auf Zahlung von 28 Milliarden Euro vor. Auch in Tansania gibt es Bestrebungen, Deutschland wegen seines Genozids im damaligen Deutsch-Ostafrika zu verklagen.

Die Enteignung der Besitzer der DAL, der Familie Rantzau, würde schon einige Millionen Euro zusammen bringen. Ihre Besitzungen in Blankenese sowie auch das Baur'sche Palais an der Palmaille stellen erhebliche Werte dar. Zumal der Essberger-Rantzau-Clan sich in den letzten 80 Jahren durch diverse skrupellose Geschäftspraktiken hervorgetan hat. Zum Beispiel übernahmen Essberger als Arisierungsgewinner 1937 die Firma des jüdischen Tourismusunternehmers Walter Bamberger zu einem Spottpreis. Nach 1945 wurde der größte Teil des Handels mit dem Apartheits-Staat Südafrika im Hamburger Hafen von der DAL durchgeführt. Deren Leiterin Liselotte Rantzau-Essberger übernahm in den 1980er Jahren den Vorsitz des kolonialrevisionistischen Afrikaverbands, welcher ein rigoroser Verfechter der Apartheitspolitik war. Von der DAL wurden neben Früchten in gewohnter neokolonialer Tradition vor allem Uran aus dem von Südafrika besetzten Namibia transportiert.

Höchst überfällig ist auch die Umbenennung der nach Kolonialverbrechern benannten Hamburger Straßen, wie zum Beispiel Woermannstieg, Woermannsweg, Wissmannstraße, Dominikweg, Schimmelmannstraße. Im Januar 2017 forderte die Association of the Ovaherero Genocide in the USA (OGA) den Hamburger Bürgermeister auf, diesem Kolonialspuk ein Ende zu bereiten. Eine Reaktion blieb bisher aus.

Wir übersenden den Aktivist_innen der Berliner Aktionstage gegen die Welt der G20 militante Grüße. Die Aktionstage haben unter anderem die G20 African-Partnership-Conferenz im Fokus, welche am 12. und 13.6. in Berlin Schöneberg stattfinden soll. In ihrem Aufruf machen die Genoss_innen deutlich, dass es bei dieser Konferenz ganz bestimmt nicht um Partnerschaft geht, sondern um Kollaboration mit dem europäischen Grenzregime und die Erschließung und Ausbeutung neuer Märkte. Nicht zufällig werden die von der EU mit Niger und Mali abgeschlossenen Abkommen zur Verhinderung der Migration als „Migrationspartnerschaften“ bezeichnet. Wer nicht mitspielt, soll Hilfszahlungen und Marktzugän-



ge verlieren. Im Tonfall der EU heißt das: „Erzeugung und Nutzung der erforderlichen Hebelwirkung unter Einsatz aller einschlägigen - auch entwicklungs- und handelspolitischen Maßnahmen, Instrumente und Hilfsmittel“.

Der Afrikaschwerpunkt der deutschen G20 Präsidentschaft wird von einem Marshall-Plan mit Afrika aus dem Entwicklungshilfeministerium und der Initiative „Pro! Afrika“ vom Bundeswirtschaftsministerium begleitet. Auch hier wird von einer Partnerschaft auf Augenhöhe gesprochen, von einer gleichberechtigten Wirtschaftspartnerschaft mit den Ländern des afrikanischen Kontinents.

Wir wünschen den Berliner Genoss_innen gutes Gelingen und freuen uns schon auf ihren Besuch im Juli.

Knorke, dass ihr euch so engagiert in die Mobilisierung eingebracht habt! Das gleiche gilt natürlich auch für Bremen, Leipzig, Frankfurt, ...

In Hamburg sagt man tshüs zu imperialen Traditionsträger_innen und herzlich willkommen zu allen rebellischen Gefährt_innen!“

anonym

Kohleausstieg ist Handarbeit - Seid Zucker im Tank!

Aktionstage im Rheinland vom 24.-29. August

Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist in den letzten Jahren immer vielfältiger geworden: Mit Klimacamps, Wald-, Schienen- und Baggerbesetzungen, Sabotage, Demos und vielen anderen Aktionsformen zeigen wir immer wieder, dass Klimaschutz Handarbeit ist und bleibt.

Auch in diesem Sommer werden wir RWE und Co keine Ruhe lassen, sondern uns der zerstörerischen Maschinerie entgegenstellen. Während der **Aktionstage im Rheinland vom 24.-29. August** wollen wir die Vielfalt von Aktionsformen nutzen, um die Abläufe der Braunkohle-energieerzeugung effektiv zu stören und den Klimawandel dort zu bekämpfen, wo er gemacht wird. Die Kampagne Zucker im Tank wird dafür im Vorfeld Aktionswissen verbreiten und während der Aktionstage als Plattform zur Unterstützung von Kleingruppenaktionen vor Ort sein. Ziel ist es, Menschen zu selbstbestimmten Aktionen zu ermutigen, sowie Kleingruppenaktionen und deren Inhalte sichtbarer zu machen.

Wenn wir vom Klimawandel sprechen, müssen wir im gleichen Atemzug Herrschaftsverhältnisse benennen, aus denen die Klimakatastrophe resultiert oder die von ihr verstärkt werden. Der Kampf ums Klima ist immer auch ein feministischer, antirassistischer, anti-staatlicher und antikapitalistischer Kampf, ein Klassenkampf und ein Kampf gegen Tierausbeutung und Militarismus. Oder kurz: Ein Kampf gegen Herrschaft im Allgemeinen.

Die kurzfristige Profitlogik und der Wachstumszwang im Kapitalismus sind das Gegenteil einer nachhaltigen Lösung für die Klimakrise. Deshalb kann sie nicht mit kapitalistischer Logik gestoppt werden. Der Staat ist keine Institution in die wir Hoffnungen setzen, da er genau diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sichert. Mit der Überwindung des Kapitalismus allein ist der Klimawandel zwar noch nicht aufgehalten, aber die Rettung des Klimas und unserer Lebensgrundlagen ist nur ohne Kapitalismus möglich.

Doch wir wollen nicht nur Kapitalismus und Staat bekämpfen. Auch andere Herrschaftsstrukturen, wie das

Patriarchat oder Rassismus, sind eng mit der Klimakrise verknüpft. Denn wir sind zwar alle von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, jedoch unterschiedlich stark, abhängig vom Wohnort und entlang von Kategorien wie Gender, Klasse und Race. (1)

Um den herrschaftskritischen Anspruch auch mit Aktionen zu zeigen, rufen wir zu Kleingruppenaktionen auf. Denn diese sind selbstbestimmt, dadurch umso unberechenbarer und stärken so den Widerstand. Dabei ist uns wichtig, dass die unterschiedlichen Aktionsformen und inhaltliche Schwerpunkte sichtbar werden und sich aufeinander beziehen können, dazu braucht es kritische Solidarität und Respekt untereinander. Keine Aktion sollte eine andere unmöglich machen. Wir wollen außerdem erreichen, dass sich auch Menschen, die noch wenig Erfahrung in Kleingruppenaktionen haben, das nötige Wissen und die Fähigkeiten aneignen können, um selbst längerfristig direkte Aktionen durchzuführen. Denn Selbstermächtigung in verschiedenen Bereichen ist ein wichtiger Schritt um Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Dazu werden wir in den kommenden Monaten in Kooperation mit Anderen Skill-Shares in unterschiedlichen Städten veranstalten.

Dabei soll es unter anderem um Aktionswissen, Organisation und Achtsamkeit in Kleingruppen und praktische Fähigkeiten gehen. Orte und Termine sowie sichere Kontaktmöglichkeiten findet ihr auf unserer Homepage.

Also, bereitet euch vor, seid bei den Skill-Shares dabei und kommt vom 24.-29.8. ins Rheinische Revier!

Lasst uns Zucker im Tank sein!

Mehr Infos unter: zuckerimtank.nirgendwo.info

(1) Obwohl mit Race und Gender keine biologischen Realitäten gemeint sind, sondern soziale Konstruktionen, finden wir es wichtig, Wörter dafür zu haben, wie Menschen von Rassismus und Sexismus betroffen sind.

Schwarz schwarz schwarz sind alle meine Kleider

Krawall in Zeiten massiver Kameraüberwachung

Ahoi! Im Juli steht mal wieder ein politisches Großevent an, diesmal ist es der G20-Gipfel in Hamburg, zu welchem etliche Gruppen und Bündnisse zu Protest und mehr aufrufen. Was Polizei und politische Elite fürchten und herbeireden zugleich, und was wir hoffen: Dass es dabei auch mal wieder einen ordentlichen Krawall geben wird. Die Zeichen dafür sind gemischt: Nicht gesparrt wurde an militanten Mobilisierungsaktionen und Aufrufen, gleichwohl rüstet auch der Staat wie blöde dagegen. Ob es

Krawall geben wird oder nicht: Sicher ist, dass die Bullerei ordentlich auffahren wird, um sich selbst eine Verfolgung von Leuten wie uns als Verbrechern zu ermöglichen. Da bleiben die einen lieber gleich Zuhause, um sich keinen Ärger einzuhandeln, andere fahren trotzdem hin, im besten Fall bestens vorbereitet, im schlechtesten Fall ohne sich davor ausreichend Gedanken dazu gemacht zu haben.

Vor einigen Ausgaben gab es hier im Autonomen Blättchen bereits einen Text, der sich ein wenig mit der Vor- und Nachbereitung für Krawallas und Krawallos beschäftigte. Wir möchten hier nur noch einmal kurz nachlegen und verweisen ansonsten auf eben diesen Text. Warum wir denn dann überhaupt noch einmal nachlegen, ist denn nicht alles dazu bereits gesagt? Kann schon sein, aber:

Viel zu viele nehmen die Kameraüberwachung und Auswertung der Bullen nicht ernst genug

Daher nochmal kurz die Fakten:

1. Die Bullerei verfügt mittlerweile über hochauflösende Kameratechnik, mit der sie selbst über große Entfernungen ziemlich scharfe Aufnahmen machen kann. Das gilt sowohl für die Kameracops der BFE, als auch für die Helikopterkameras. Daneben werfen Bullen bei Bedarf sämtliche Kameras aus, die sich in einem bestimmten Gebiet befinden, und derer sie habhaft werden können. Das sind Kameras aus Parkdecks, aus Hoteleingängen, etc. Und das ist keine Panikmache oder paranoide Vorstellung, sondern gängige Praxis. Und die Hotel- und Parkdeckbetreiber etc. geben die Daten auch gerne heraus, wenn sie gefragt werden.

2. Die Auswertung erfolgt mal mehr mal weniger intensiv, bei einem großen Krawall ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Bullen beim Auswerten größte Mühe geben werden. Bei der Auswertung wird auch nach kleinen Details geschaut, an welchen Leute wiederzuerkennen sind und die Bullen haben auch Leute, die dabei leider gar nicht so schlecht sind. Daneben muss mittlerweile davon ausgegangen werden, dass die Bullen mit Technik und Software experimentieren, die ihnen das Identifizieren von Personen abnehmen, im mindestens aber erleichtert (Wer das Blättchen regelmäßig liest, sollte darüber bereits im Bilde sein).

Was aber bedeutet das nun?

Das bedeutet, dass Personen, die bei einem Krawall verummumt sind, trotz allem noch identifiziert werden können, weil sie an anderer Stelle unverummumt kontrolliert werden und sie dann anhand von Kleinstdetails in anderen Videosequenzen zu identifizieren sind. Beim Krawall ging noch alles gut, auf dem Heimweg wirst Du aus irgendeinem Grund kontrolliert, es werden Fotos oder Filmaufnahmen angefertigt und diese dann in der Folge mit Krawallvideomaterial abgeglichen. Wenn es schlecht läuft, folgt daraus Strafverfolgung.

Daher ist es für Krawallas und Krawallos besonders wichtig, auf die eigene Bekleidung zu achten, wie auch auf Erfahrungen zurückzugreifen, woran Leute bereits im Nachgang identifiziert wurden.

Die Erfahrung hat gezeigt: Identifizierung findet statt anhand jedweder Abweichung von schwarz.

So einfach ist das, und trotz allem bedarf es noch einer Wiederholung und Erläuterung. Erst die Wiederholung: Es geht um jedwede Abweichung von schwarz. Die Erläuterung: Mit Abweichung sind gemeint alle Applikationen

auf der Hose, der Jacke und vor allem auch der Schuhe, wie zum Beispiel Aufnäher, Markennamen, Risse, Reflektoren, Gürtel und Gürtelschnallen. Aufdrucke auf Beuteln, farbige Beutel, nicht ganz schwarze Rucksäcke, weiße Sohlen an den Schuhen, etc. Also nochmal: JEDEWEDE Abweichung von einem schönen, flächigen Schwarz. Und nein, grau ist nicht schwarz. Eine Mischung aus grau und schwarz erst recht nicht.

Alter Hut, mag sich manche hier denken, kennen wir doch, deswegen kleben wir die Scheiße ja auch immer ab.

Falsch gedacht! Auch ein Abkleben ist eine Abweichung vom flächigen Schwarz. Die Abklebungen sind ebenfalls auf Videos gut zu erkennen und dienen ebenfalls als Orientierungswerte. Und so dumm sind die Bullen auch nicht (zumindest wäre es falsch, sich darauf zu verlassen), dass sie diesen alten Hut nicht schon mitbekommen hätten. Unterschätze die Videoauswertung nicht! Und zugleich Überschätze sie auch nicht. Eine gute Vermummung ist weiterhin Gold wert.

Vielleicht mag jemand einwenden: Das geht mich alles nur begrenzt etwas an, denn ich habe sowieso noch nie einen Stein geworfen und werde es vermutlich auch diesmal nicht tun. Bei mir reicht Abkleben und einigermaßen schwarz anziehen, etc. Aber leider ist auch dies ein Irrtum. Denn: Je mehr Leute schwer zu identifizieren sind, desto besser. Dies erschwert die Identifizierung insgesamt, erhöht also die Sicherheit von allen. Selbst wenn du nicht selber vorhast militant zu sein, aber militantes Vorgehen gut findest, kannst du damit einen unterstützenden Beitrag leisten. Außerdem: Vielleicht kommt dir in den Sinn doch überraschend einen Stein zu werfen und dafür willst du ja sicher keinen Ärger bekommen.

Und noch ein weiterer Hinweis: Es ist eine ausgezeichnete Idee, die schwarzen Sachen nach dem Krawall wegzuschmeißen. Wegschmeißen im Sinne von in den Müll schmeißen, am Besten in einen Mülleimer weit weg vom Geschehen. Weit weg und zugleich sobald wie geht.

Heißt das etwa, dass die geliebte schwarze Trecking-Jacke nun fortgeschmissen werden soll, obwohl sie einen schon so manchen Urlaub begleitete und daneben auch noch ein Geschenk und/oder megateuer war? Nein, das heißt es nicht, denn genau diese Jacke solltest du beim



großen Krawall gar nicht dabei haben. Das scheint fast wie so eine Art Zwangsneurose zu sein, das Leute ständig mit Treckingklamotten zum Krawall kommen. Aber denke daran, es ist keine Modenschau und wegen dem Herumlaufen in schicker Kleidung mag dir im besten Fall Modebewusstsein attestiert werden, im schlechteren Fall bringt es dich ins Gefängnis, und das steht doch wirklich in keinem Verhältnis. Also besorg dir Sachen, und zwar von oben (Kopfbedeckung) bis unten (Schuhe), die du ohne Zögern wegwerfen kannst. Das kostet zwar eventuell ein bisschen was, aber sicher kommst du noch für unter 60 Euro damit weg. Bedenke, wie hoch im Vergleich Anwaltskosten sind und auch abgesehen von den Kosten ist ja Strafverfolgung durch den Staat echt scheiße.

Zuletzt noch: Es sind auch immer und immer wieder Leute zu sehen, die Steine oder andere Dinge werfen, OHNE

dabei Handschuhe zu tragen. Das solltet ihr tunlichst bleiben lassen. Handschuhe gibt es wirklich schon für schmales Geld und sie verhindern Fingerabdrücke zu circa 100% (wenn sie dick genug sind) und auch im begrenzten Maße DNA-Spuren. DNA-Spuren natürlich wenn überhaupt dann nur, wenn du sie gut verpackt mitnimmst und so wenig damit rumhantierst, bist du sie angezogen hast und dir dann damit so wenig wie möglich am Kopf und im Mund herumkratzt. Aber jede Art von Handschuh ist besser als gar kein Handschuh.

Das war es nun in aller Kürze. Allen, die das noch vor dem G20 lesen, eine gute Zeit in Hamburg! Wir sehen uns – unerkannt!

anonym

Von A nach B - Ein kleiner Reiseführer

Übung 1

Aufgabe: Begebe dich von Anderen unbemerkt von deinem zu Hause zu dem deiner Mutter

Gut! Du hast alles richtig gemacht. Das Smartphone ist in der Schublade geblieben. Denn wenn du es dabei hast, ist immer nachvollziehbar, wo du hingegangen bist. Das geht über die Funkzellen in die es sich einloggt oder noch genauer über das GPS in deinem Gerät. Oder darüber, dass dein Smartphone hier und da, z.B. in Geschäften erkannt wird. Diese Daten können dann die Basis für ein Bewegungsprofil darstellen. Wenn du nicht willst, dass jemand weiß, wo du bist, lass dein Smartphone und jedes andere Handy zu Hause!

Übung 2

Aufgabe: Fahre 2020 unerkannt mit Öffentlichen Verkehrsmitteln nach Vardegötzen

Hm, wie du gesehen hast, musst du irgendwann den Bus nehmen. Aber das heißt aus 2 Gründen, dass du diese Aufgabe nicht ohne zu tricksen erfüllen kannst. Seit 2019 kannst du den ÖPNV nur noch mit einer App auf deinem Smartphone nutzen oder mit einer personalisierten Karte, die es dem Transportsystem ermöglicht, den Fahrpreis von deinem Konto abzubuchen. Bus fahren geht nicht mehr anonym – außer man denkt sich ein paar Tricks aus (Verkehrsminister Dobrind hat die Verkehrsverbunde 2017 dazu angewiesen, das neue Zahlungssystem bundesweit bis 2019 zu erarbeiten). Leider gibt es zudem Kameras in den Bussen und die haben Zugang zum Netz. Da die Daten routinemäßig mit einer Gesichtserkennungssoftware abgeglichen werden könnten, kann das Schummeln schnell auffallen. Vardegötzen kannst du nicht mehr unbemerkt per Bus erreichen.

Übung 3

Aufgabe: Fahre unerkannt mit dem Auto nach Vardegötzen

Oh, du hast eine Menge übersehen. Schon gut, dass du nicht das Auto deines Vaters genommen hast. Aber der Mietwagen hätte natürlich nicht auf deinen Namen angemeldet sein dürfen. Und er hat nicht nur GPS und meldet den Aufenthaltsort ständig an die Vermietungsfirma. Das Auto sendet auch regelmäßig Daten an die Herstellerfirma. Wo bist du lang gefahren? Wie schnell bist du wann gefahren? Wo hast du angehalten? Hast du überraschend gebremst? Wieso wurde die Beifahrertür auf und zu gemacht? Warst du nicht alleine im Auto? Der Sensor im Sitz meldet Druckbelastung auf dem Beifahrersitz. Alles das lässt sich schon jetzt mit modernen Autos erkennen. Um das Problem zu umgehen, müsstest du dir also ein altes Auto leihen. Manchmal helfen auch Unterklassemodelle.

Es ist ein weiter Weg nach Vardegötzen. Aber die Autobahn muss Tabu sein! Das LKW-Mautsystem arbeitet mit Kameras. Diese Daten dürfen von Behörden ausgelesen werden. Das geht in Echtzeit.

Die Maut auf den Bundesstraßen wird demnächst nach dem gleichen Prinzip eingeführt. Das läuft auch über Kameras, die in Stelen am Straßenrand eingebaut werden.

Und zu guter Letzt gibt es jetzt Blitzsysteme, die nicht erst auslösen, wenn du zu schnell fährst, sondern jedes (!) vorbeifahrende Auto 2 mal automatisch fotografieren. Aus der Zeitdifferenz kann errechnet werden, ob du zu schnell gefahren bist. Aber es gibt auf jeden Fall Fotos von dir und dem Auto. Du bist aus Richtung Laatzen gekommen und gleich in diese Falle getappt.

Übung 4

Aufgabe: Fahre mit dem Fahrrad unbemerkt nach Vardegötzen

Glück gehabt! Niemand hat einen Sender an dein Bike gebaut. Aber achte in Zukunft darauf, dass viele neue

(und teure) Fahrräder, insbesondere E-Bikes, Geodaten erfassen und speichern können.

Übung 5

Aufgabe: Fahre 2020 unerkant mit dem Zug von München nach Groß Düngen

Ok, sagen wir's besser gleich. Du hast eigentlich keine Chance. Seit 2017 werden die Bahnhöfe massiv mit Kameras aufgerüstet. Außerdem wird flächendeckend Gesichtserkennungssoftware eingesetzt. Die funktioniert mittlerweile ganz gut und die Repressionsbehörden dürfen die Bilder aus den Personalausweisen seit 2017 auch offiziell z.B. als Vorlage nutzen. Das Problem gilt auch für die Kameras in den Zügen. Immer mehr Züge werden mit WLAN-Zugang ausgerüstet und dann ist die Kameraabfrage in Echtzeit kein Problem mehr. Auf die Kameras in den Bahnhöfen können BKA und Verfassungsschützer jetzt schon in Echtzeit zugreifen. Die Idee mit Mütze und Sonnenbrille ist gut. Aber überlege dir auch, wie du an die Fahrkarten kommst! Nach diesjähriger Ankündigung

des Bahnchefs sollen in wenigen Jahren Fahrkarten nur noch per Smartphone abgerechnet werden. Die gibt es übrigens ab Juli 2017 offiziell nur noch gegen Registrierung per Ausweis, ebenso wie die SIM-Karte.

Vielleicht wirst du beim Betreten des Bahnsteigs aber auch erkannt, weil das RFID-Lesegerät am Aufgang den RFID-Chip deines Personalausweises bemerkt hat. Vielleicht...

Übung 6

Aufgabe: Bewege dich unbemerkt durchs Land, auch wenn dich eine Behörde auf dem Kieker hat

Übung 7

Aufgabe: Entwische den Häschern

Übung 8

Aufgabe: Überlege, was du gegen die Scheiße tun kannst

anonym

Gegen das Smartphone

Es ist immer dabei, es ist immer angeschaltet, egal wo wir sind oder was wir machen. Es informiert uns über alles und alle: Was unsere Freunde machen, wann die nächste U-Bahn fährt oder wie morgen das Wetter wird. Es sorgt für uns, weckt uns morgens auf, erinnert uns an wichtige Termine und hört uns immer zu. Es weiß alles über uns, wann wir schlafen gehen, wo wir uns wann aufhalten, mit wem wir kommunizieren, wer unsere besten Freunde sind, was für Musik wir hören und was unsere Hobbys sind. Und alles was es verlangt, ist hin und wieder ein bisschen Strom?

Beim durch die Gegend schlendern oder U-Bahn fahren sehe ich es bei so gut wie jeder Person, niemand hält es länger als ein paar Sekunden ohne den hektische Griff in die Tasche aus: Schnell das Smartphone gezückt, hier eine Message verschickt, da eine E-Mail gecheckt, dort ein Bild geliked und wieder weggepackt, kurze Pause, und wieder geht's los, schnell ein bisschen zocken, Nachrichten überfliegen und was machen überhaupt die ganzen Freunde heute noch so...?

Es ist Begleiter auf dem Klo, während der Arbeit oder der Schule und hilft anscheinend gegen Langeweile während dem Warten, Arbeiten, etc. Ist das vielleicht einer der Gründe für den Erfolg jeglicher technischer Geräte um uns herum, dass das wirkliche Leben so verdammt langweilig und eintönig ist, dass ein Display von ein paar Quadratzentimetern fast immer spannender ist als die Welt und die Menschen um uns herum? Ist es wie eine Sucht (Leute mit Entzugerscheinungen gibt es auf jeden Fall..), oder ist es gar schon Teil unseres Körpers geworden, ohne den wir uns nicht mehr zurecht finden, ohne welchen wir auf jeden Fall das Gefühl haben, irgendetwas fehlt uns? Also nicht mehr nur Helfer oder Spielzeug sondern ein Teil von uns, der auch eine gewisse Kontrolle über uns ausübt, dem wir uns anpassen, zum Beispiel da-

durch dass man erst aus dem Haus geht, wenn der Akku voll geladen ist? Das Smartphone als erster Schritt zur Verwischung der Grenze zwischen Mensch und Roboter? Wenn wir uns anschauen was uns die Technokraten jeglicher Sorte prophezeien (Google Glasses, implantierte Chips, usw.) scheint es fast so, als ob wir darauf zusteuern zu Cyborgs zu werden, Menschen mit implantierten Smartphones, die wir durch unsere Gedanken steuern – bis unsere Gedanken schließlich selbst irgendwann gesteuert werden. Dass uns die Sprachrohre der Herrschaft, die Medien, nur die positiven Seiten dieser Entwicklung aufzeigen, verwundert nicht, dass diese Sicht von so gut wie niemanden hinterfragt wird eigentlich auch nicht, schockierend ist es aber schon. Es ist ja wohl der feuchteste Traum eines jeden Herrschers: Die Gedanken und Handlungen aller jederzeit überwachen zu können und bei jeglicher Störung sofort einschreiten zu können. Komplett kontrollierte und überwachte Arbeitsbienen, die sich zur Belohnung ein bisschen (virtuell) amüsieren dürfen während einige wenige fett Kohle machen.

Durch die riesigen Mengen an Daten, die heute von allen und jedem zu jeder Tageszeit so bereitwillig zur Verfügung gestellt werden, hat auch die Kontrolle und Überwachung ein ganz neues Level erreicht. Diese ist bereits viel weitreichender als das Abhören von Handys oder die Auswertung von verschickten Nachrichten (wie bei den Riots in Großbritannien 2011). Durch die unglaubliche Masse an Informationen, können Geheimdienste einen Status definieren, der „normal“ ist. Sie können sagen, welche Aufenthaltsorte für uns „normal“ sind, welche Kontakte „normal“ sind usw.; kurz: Sie können sofort und nahezu in Echtzeit feststellen, wenn Menschen von ihrer „normalen“ Handlungsweise abweichen und sofort einschreiten. Das gibt bestimmten Personen eine riesige Macht und wann immer es die Möglichkeit gibt Macht auszunutzen (sprich Leute zu überwachen), wird

sie auch ausgenutzt werden. Die Technologie ist ein Teil der Macht, sie geht aus ihr hervor und benötigt sie. Es braucht eine Welt in der Personen extrem viel Macht haben um Dinge wie Smartphones überhaupt zu ermöglichen und zu produzieren. Jegliche Technologie, die der heutigen Welt der Unterdrückung entspringt, ist Teil von dieser und wird die Unterdrückung festigen.

In der heutigen Welt ist nichts neutral, alles was bis heute entwickelt wurde oder wird, dient entweder der Kontrollausweitung oder dazu Geld zu machen, viele Neuerungen der letzten Jahrzehnte (wie GPS, Atomenergie oder das Internet) gehen sogar direkt auf das Militär zurück. Meistens gehen diese beiden Aspekte Hand in Hand, aber das „Wohlergehen der Menschheit“, ist sicher kein Grund für die Entwicklung von irgendwas, vor allem nicht, wenn es vom Militär entwickelt wird.

Man kann sich das an dem Beispiel der Architektur vielleicht besser veranschaulichen als an so etwas komplexem wie Technologie: Nehmen wir ein leeres, stillgelegtes Gefängnis, was sollte man mit diesem Bauwerk anfangen, außer es niederzureißen? Allein die Architektur, die Mauern, die Wachtürme und die Zellen beinhalten schon den Zweck des Gebäudes: Nämlich Menschen einzusperren und psychisch zu zerstören. Dort zu wohnen wäre für mich unmöglich, einfach weil das Bauwerk an sich die Unterdrückung schon in sich trägt.

Genauso ist es mit allen Technologien, welche uns heute als so fortschrittlich und lebenserleichternd präsentiert werden. Sie wurden mit der Absicht Geld zu verdienen und uns zu kontrollieren entwickelt und werden das immer in sich tragen. Also egal wie viele vermeintliche Vorteile dein Smartphone dir gibt, diejenigen die Geld an deinen Daten verdienen und dich überwachen werden immer mehr davon profitieren als Du.

Wenn es früher hieß „Wissen ist Macht“, so müsste es heute eher „Informationen sind Macht“ heißen. Umso mehr die Herrschenden über ihre Schäfchen wissen, desto besser können sie sie beherrschen – in diesem Sinne ist Technologie als Ganzes ein mächtiges Kontrollinstrument um vorherzusehen und dadurch zu verhindern, dass sich Menschen zusammenfinden und das angreifen, was sie unterdrückt.

Diese Smartphones scheinen also doch ein bisschen mehr zu verlangen als ein wenig Strom...

In unserer Generation, die die Welt zumindest noch ohne Smartphones kannte, mag es noch vereinzelt Leute geben, die verstehen wovon Ich rede, die noch wissen wie es ist ein Gespräch zu führen, ohne alle 30 Sekunden auf das Handy zu schauen, sich zu verlaufen und dadurch neue Orte zu entdecken oder über etwas zu streiten ohne sofort Google die Antwort geben zu lassen. Mir geht es

aber nicht darum, die Vergangenheit zurückzuholen, auch da das sowieso nicht möglich wäre, aber umso tiefer die Technologie in unser Leben eindringt, desto schwieriger wird es sie zu zerstören. Was wenn wir eine der letzten Generationen sind, die die Entwicklung vom Menschen zum komplett kontrollierten Roboter noch aufhalten kann?

Was wenn wir die Entwicklung irgendwann nicht mehr rückgängig machen können? Die Menschheit hat durch die Technologie einen historisch neuen Punkt erreicht. Einen Punkt, an dem sie fähig ist, alles menschliche Leben für immer auszulöschen (Atomenergie), oder für immer zu verändern (Genmanipulation). Diese Tatsache unterstreicht einmal mehr, die Notwendigkeit heute zu handeln um diese Gesellschaft zu zerstören. Dazu müssen wir uns mit anderen Menschen zusammenschließen und über unsere Ideen kommunizieren.

Dass es aber auf Dauer Auswirkungen hat, wenn wir statt miteinander zu reden nur noch über Nachrichten von maximal fünf Sätzen kommunizieren, dürfte klar sein. Was das bedeutet anscheinend nicht. Zuerst einmal beeinflusst unser Denken unsere Art zu Sprechen, aber andersherum natürlich auch: So wie wir Kommunizieren und Reden beeinflusst auch unsere Art zu Denken. Wenn wir nur noch fähig sind so kurze und knappe Nachrichten wie möglich auszutauschen, wie soll es uns dann noch möglich sein über eine ganz andere Welt zu reden? Und wenn wir nicht einmal mehr über eine andere Welt sprechen können, wie sollen wir dann zu einer solchen gelangen? Die direkte Kommunikation zwischen selbstständigen Individuen ist die Basis von jeder gemeinsamen Rebellion, sie ist Ausgangspunkt von gemeinsamen Träumen und gemeinsamen Kämpfen. Ohne eine unverstümmelte Kommunikation ist ein Kampf gegen diese Welt und für die Freiheit nicht möglich.

In dem Sinne: Entsorgen wir die Smartphones und treffen wir uns von Angesicht zu Angesicht im Aufstand gegen diese Welt! Machen wir uns unkontrollierbar!

P.S.: Dass unsere Handys und Smartphone schon dazu benutzt werden uns zu überwachen, sollte klar sein. Also wenn ihr beschließt zur Tat zu schreiten, lasst sie zu Hause und redet nicht darüber, während sie dabei sind!

Fernweh - Anarchistische Straßenzeitung Nr 24



Bundespolizei und BKA testen neue Verfahren zur Gesichtserkennung

Mit intelligenter Videotechnik will das Bundesinnenministerium Gefahrensituationen automatisiert erkennen. Die Technik wurde zuvor in Forschungsprojekten entwickelt

Noch in diesem Jahr soll der Berliner Bahnhof Südkreuz mit intelligenter Videotechnik ausgerüstet werden. Das berichtet die Berliner Morgenpost unter Berufung auf eine Ministeriumssprecherin. Das Pilotprojekt wird vom Bundesministerium des Innern verantwortet. Die Durchführung übernehmen die Deutsche Bahn und die Bundespolizei. Auch das Bundeskriminalamt hat eine neue Software zur Gesichtserkennung beschafft.

Von den Plänen hatte bereits die Berliner Zeitung im vergangenen Frühjahr berichtet. Bis heute wollte sich das Bundesinnenministerium aber nicht auf einen Ort des

Feldversuchs festlegen. Jetzt soll die erforderliche Technik ausgeschrieben werden. Laut Morgenpost nutze die Deutsche Bahn bereits intelligente Videotechnik zur Erkennung von Personen im ICE-Tunnel des Berliner Hauptbahnhofs.

Bei dem am Bahnhof Südkreuz zu testenden System erfolgt ein Alarm bei auffälligen Bewegungen von Personen. Unter anderem sollen dadurch Graffiti-Sprüher erkannt werden. Nicht beaufsichtigte Gepäckstücke sollen von der Software ebenfalls detektiert werden. Schließlich werden die Kameras auch zur Gesichtserkennung aufgerüstet. Die aufgenommenen Passanten würden dann mit einschlägigen polizeilichen Datenbanken abgeglichen.

Telepolis

Visuelle Emotionserfassung

Ich behaupte zu wissen was Du fühlst und ich weiß das zu nutzen

Der Polizeikongress 2017 hat beträchtliche Fortschritte intelligenter Videoanalyse bei der Gesichtserkennung deutlich werden lassen. Klar ist, dass erheblich verbesserte Erkennungsquoten bald Zugangskontrollen jeglicher Art über einen vollautomatisierten Abgleich mit Mitarbeiter- oder „Gefährder“-Dateien erlauben. Doch das ist „nur“ der offensichtliche Teil der klassischen Überwachungsindustrie.

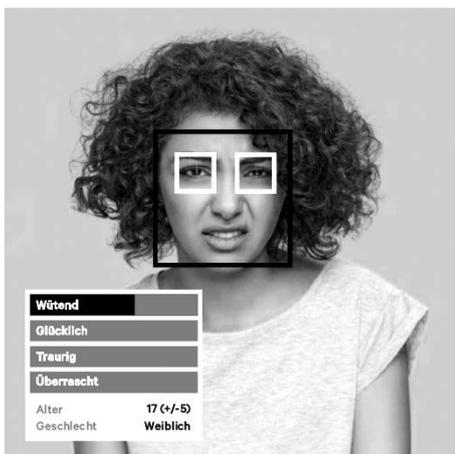
Von Überwachungskritiker*innen weniger beachtet ist die derzeitige Forschung und beginnende Praxis einer weiter gehenden Anwendung selbstlernender Gesichtsanalyse – sie zielt auf die vermarktbarere Erkennung von Emotionen. Diese Technik ermöglicht ein ganz anderes und viel umfassenderes Herausfiltern von „abweichendem Verhalten“.

Affective Computing oder auch Emotional Decoding wird die künstliche „Gefühlserkennung“ genannt. Sie ist ein noch junges, aber stark wachsendes Geschäftsfeld. Längst wetteifern Unternehmen darum, wer das Seelenleben von potenziellen Kund*innen wohl am besten ana-

lysiert und nutzbar macht. Die bekanntesten unter ihnen sind Affectiva, Realeyes und Emotient. Auch in Deutschland setzen einige Firmen bereits derartige Analysesoftware in ihren Läden ein – teilweise ohne Wissen der Kund*innen.

Die Softwareschmiede Affectiva entwickelt Gesichtserkennungs-Apps, die bei jedem Blick eines Besitzers auf sein Handy dessen Gefühlszustand „registrieren“. Mithilfe dieser Technik werde man bald in der Lage sein Depressionen zu erkennen noch bevor sie auftreten, so die Firmengründerin Picard. Der mood-tracker, eine Stimmungsbarometer-App stehe kurz vor der Marktreife.

Grundlage ist ein Online-Mimik-Abgleich mit einer wachsenden Foto-Datenbank gespeicherter Gesichtsausdrücke. Nahezu alle Gesichtserkennungsprogramme vertrauen immer noch dem Facial Action Coding System (FACS), das der Psychologe Paul Ekman in den 1970er Jahren entwickelte. Es ordnet jedem menschlichen Gesichtsausdruck ein Gefühl zu, indem es vor allem Mikro-



expressionen analysiert – rasche Gesichtsbewegungen, die Ekman zufolge „zutiefst verräterisch“ seien.

Das primäre Anwendungsgebiet derartiger Software ist die Werbeindustrie: „Sobald Medieninhalte auf das Gehirn treffen, erfassen wir kleinste, unbewusste Gesichtsausdrücke. Bevor eine Person auch nur darüber nachdenken kann, ihre Mimik anzupassen, haben wir Informationen gesammelt.“ Die Software könne sogar echtes von falschem Lächeln unterscheiden. Die Software soll Emotionen erkennen, um Kund*innen beim Kauf zu beeinflussen.

Das ist zwar die treibende aber nicht die einzige Anwendung der Forschung an Software gestützter Gefühlsvermessung. Ebenso lässt sich erfassen, ob Mitarbeiter*innen im Job festgelegten „Freundlichkeitsanforderungen“ genügen. Stimmanalysesoftware ist bereits Standard in der automatisierten „Qualitätskontrolle“ bei Call-Centern. Die Automobilentwicklung versucht den Stresspegel oder die Müdigkeit der Fahrer*in visuell zu ermitteln. Und gelegentlich wird das Beispiel des Lufthansa-Piloten genannt, dessen folgenschwerer Suizid im März 2015 in den französischen Alpen per „erzwungener“ Emotionsanalyse für „sicherheitsrelevante“ Berufsgruppen angeblich hätte verhindert werden können. Allgemein ließe sich feststellen, ob sich Personen in einer Menschenmenge auffällig verhalten, ob sie angespannt sind, ob sie eine Bedrohung darstellen könnten:

„Ich bin sicher, dass Regierungen Emotionsanalyse bereits für Überwachungszwecke einsetzen. Etwa an Flughäfen“, sagt Gabi Zijderveld, die Marketingchefin von Affectiva. Sie selbst habe schon Anfragen abgelehnt, die in Richtung Überwachung gegangen seien. Von wem diese kamen, will sie aber nicht sagen.

Versteckte Inbetriebnahme

Das Berliner Start-up *Pyramics* hat seine Analyse-Software *Shore* nach eigenen Angaben bereits bei einem großen europäischen Elektronik- und testweise bei einem großen deutschen Lebensmitteleinzelhändler installiert. Erweitert hat *Pyramics* die Technologie um sogenannte *Eyetracker*, die erkennen, ob eine emotionale Reaktion tatsächlich mit dem Blick auf den Bildschirm zu tun hat. Nach Angaben des Firmengründers Thomas Fehn erhebt die Software Daten, ohne die Kunden darüber zu informieren. Wer seine Geschäftspartner sind und in welchen Orten sich die Test-Filialen befinden, verrät er nicht.

Auf bislang immerhin schon 60 Bildschirmen erscheinen demnach Sonderangebote oder Produktreklame, erklärt Fehn. Sensoren nehmen nicht nur den Gesichtsausdruck der Betrachter wahr – sie erfassen auch Geschlecht und Altersgruppe und verzeichnen, wie lange die Kund*innen auf den Bildschirm blicken. „Für Supermärkte sind das völlig neue und hoch relevante Informationen“, sagt der 26-jährige Jungunternehmer. Endlich könne man auch in der analogen Einkaufswelt die Werbung genauso individuell steuern wie im Internet.

Datenschutzrechtlichen Bedenken entgegnet *Pyramics*-Gründer Fehn, dass niemand identifiziert werde und dauerhaft lediglich anonyme Metadaten gespeichert würden. Außerdem sei die Technologie, die *Pyramics* verwendet, mit einem ePrivacy-Siegel zertifiziert, das auf deutschem Datenschutzrecht beruhe.

Ein zweites Berliner Start-up, die *IDA Indoor Advertising GmbH*, ist eigenen Angaben zufolge mit ähnlichen Sensoren im Lebensmittelhandel, in Flughäfen, Tankstellen und Kinoketten unterwegs.

Seit November 2016 hat die Firma auch 40 sogenannte Partnerfilialen der Deutschen Post in Berlin und Köln damit ausgestattet. Dabei handelt es sich um Schreibwarengeschäfte, Getränkeäden, Kioske oder Blumenläden, die nebenbei Postdienstleistungen anbieten. Im Verlauf dieses Jahres sollen 60 weitere Standorte in München und Hamburg hinzukommen. In den Partnerfilialen lässt *IDA* im Auftrag der Post bislang Werbung sowie ein Infotainment-Angebot über die Bildschirme laufen. Die Daten der Kundengruppen stünden „nicht im Fokus“. Zugriff habe der Konzern darauf aber trotzdem. Das bedeutet: Jederzeit kann die Post nach Geschlecht und Alter sortieren, wer wie lange in welchem Gemütszustand auf ein Display blickt. Gleiches gilt für die Supermarktkette *Real*, die seit Herbst 2016 ebenfalls einen Testlauf in 40 Märkten fährt. *Real* hält interessanter Weise die Hinweisbeschilderung ‚Dieser Markt wird videoüberwacht‘ für ausreichend. Mehrere Einzelhandelsketten verweigern ein Antwort auf die Frage, ob sie ebenfalls ein solches Emotionserfassungssystem nutzen. Wir müssen davon ausgehen, dass es weiter verbreitet ist, als uns lieb ist.

Eine Methode, uns an allgegenwärtige Emotionsvermessung zu gewöhnen, ist es, uns diese zu Hause im Wohnzimmer anzubieten: Ab Spätsommer 2017 wird *Hugo* von der Firma *Hubble Connected* als weltweit erste Smart Camera für den Hausgebrauch „intelligente“ Sprachkommunikation und Videoaufzeichnungen verbinden – und dabei die Stimmung von Personen erfassen. *Hugo* hört dank Amazon-Alexa-Integration auf Sprachbefehle und drängt sich als persönlicher Assistent auf, das smarte Zuhause zu steuern oder Internetdienste zu vermitteln. Amazons Umsetzung eben dieser Idee lautet *Echo Look* und ist nun in den USA auf dem Markt – zunächst in der Funktion als Style-Berater.

Ein grundsätzlicheres Nein formulieren

Es wird eine öffentliche Diskussion darüber geben, ob es Kund*innen beim Betreten von Läden jeder Art, von Supermärkten oder Flughäfen hinnehmen müssen, dass ihr Innenleben von Unternehmen jederzeit ohne ihr Wissen und womöglich gegen ihren Willen erfasst und analysiert wird. In diesen Diskurs über Strategien klarer Verweigerung und mittels direkter Aktionen meinungsbildend einzugreifen, hilft sicher weiter.

Unsere Kritik lässt sich vergleichsweise einfach vermitteln: Es gibt keinen Nachweis über die tatsächliche Aussagekraft, also insbesondere die Treffsicherheit der

Zuordnung von Emotion zu Gesichtsausdruck nach der holzschnittartigen Methode von Ekman aus den Siebziger. Die Verallgemeinerung von höchst individuellen Gefühlsausprägungen zu einem normierten Mimik-„Abbild“ ganz ohne Berücksichtigung des Kontextes des persönlichen Ausdrucksvermögens ist dabei nicht nur zweifelhaft. Sie spiegelt vor allem den technokratischen Wunsch nach Vereinfachung, nach Reduktion der relevanten Systemparameter wider. Sie ignoriert, dass derzeit noch nicht einmal einfachste lebende Systeme eine eindeutige Zuordnung von äußerer Erscheinung und vermeintlicher kognitiver Ursache erlauben. Dies für ein hoch-komplexes und immer noch gänzlich unverstandenes neuronales System des Menschen mit dem Rückgriff auf eine empirische psychologische Studie der 70er Jahre als wissenschaftlich abgesichert zu behaupten, ist mehr als eine Frechheit. Die Forensik versucht eine vergleichbare Reduktion komplexen menschlichen Verhaltens immer wieder aufs neue, indem sie ständig neue, vermeintlich sichere Methoden zur maschinellen Lügendetektion vorstellt.

Doch weder die fehlende wissenschaftliche Stichhaltigkeit der Kategorienbildung bei der Gefühlsbemessung noch die fehlende Nachvollziehbarkeit der Ähnlichkeitsberechnung über neuronale Netze, denen ein gewisses Maß an Übereinstimmung zwischen Probanden-Mimik und dem Gesichtsausdruck von Hunderttausenden Vergleichs-

bildern dieser Gefühls-Kategorie aus der Datenbank genügt, werden die maschinelle Erfassung von Emotionen zu Fall bringen.

Auch nicht die offensichtliche Verletzung der Datensouveränität, die auch die automatisierte Erfassung von inneren Gemütszuständen umfasst, wird ein entscheidendes Hindernis bei der schleichenden Einführung der computerisierten Gefühlsberechnung sein.

Wir müssen das Eindringen in unseren Seelenhaushalt und das vermeintliche Sichtbarmachen unserer Emotionen bereits an der Stelle angreifen, an der es „nur“ um Werbezwecke geht. Die Gewöhnung an den Übergriff innerhalb der „harmlosen“ Einführungs- und Akzeptanz-Beschaffungsphase ist Programm. Es bedarf daher einer grundsätzlichen Zurückweisung der Erfassung und Quantifizierung jeglicher menschlichen Regung. Wir müssen das Bemessen unseres Lebens radikal angreifen – insbesondere in der Gewissheit, dass es kein Messen ohne die Absicht des Steuerns gibt. Ein aufgesetztes Pokerface als „Hack“ der videografischen Analyse wird jedenfalls nicht genügen, um die Ausbreitung der technokratischen Emotionsvermessung zu stoppen.

capulcu

Snapchat-Datenbrille für hippe Kurzvideos

Snapchat ist ein angesagter Foto- und Video-Messenger, der mit Fotos, die nach dem Ansehen von allein verschwinden, populär wurde und inzwischen auf rund 160 Millionen Nutzer täglich kommt. Seit Anfang Juni ist Snapchats stylische Video-(Sonnen)brille in Deutschland zu kaufen. Sie soll das Aufzeichnen von kurzen Videosequenzen erleichtern. Jederzeit, und nur von nahem ersichtlich.

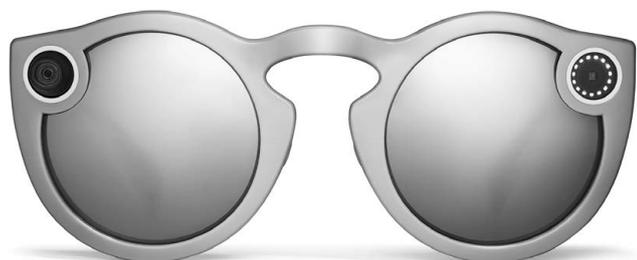
Snapchat nutzen die meisten als Methode Fotos an Freund*innen zu verschicken, die nur eine bestimmte Anzahl von Sekunden sichtbar sind und sich dann selbst „zerstören“. Es ist jedoch ohne Schwierigkeit möglich, versendete Dateien innerhalb der Ordnerstruktur des genutzten Gerätes zu finden und wiederherzustellen. Übertragen werden aufgezeichnete Daten nicht nur ein „Freund*innen“ sondern auch an die Festplattenfarmen in Snapchats Rechenzentren – Auswertung der Daten inklusive. Denn Snapchat nimmt sich das unwiderrufliche Recht, die auf den Servern des Unternehmens gespeicherten Bilder und Videos seiner Nutzer zu verwenden, zu bearbeiten und zu veröffentlichen. Mit einer Neufassung der Datenschutzrichtlinien des Dienstes darf Snapchat auch

Name, Bild und Stimme seiner Nutzer in sämtlichen Medien unbefristet verwenden. Die Nutzung von Snapchat gilt als Einverständniserklärung zu diesen Geschäftsbedingungen. Soweit nichts neues.

Videobrille jetzt auch in Deutschland

Jetzt gibt es Snapchats neuestes „Spielzeug“, die Videobrille snapchat spectacles, auch in Deutschland. Auf dem linken Bügel befinden sich eine Kameralinse und ein Auslöseknopf. Drückt man drauf, zeichnet die Brille nach einer kurzen Verzögerung zehn Sekunden lang inklusive Ton auf. Drückt man zwei oder dreimal, werden zwei beziehungsweise drei Zehn-Sekunden-Clips direkt hintereinander aufgenommen. Die Kamera der Brille nimmt die Umgebung in einem Winkel von 115 Grad auf, das Format der Videos ist kreisrund, was das Sehfeld des menschlichen Auges nachahmen soll. Ein Mini-Licht an der Brille zeigt an, dass die Aufnahme läuft. Die Clips werden per Bluetooth-Funk oder WLAN ans Smartphone übermittelt. Von dort werden die Videos auf Snapchat gepostet (und zur weiteren Verwertung gespeichert). Die Brille kann bis zu dreimal im mitgelieferten Brillen-Etui aufgeladen werden, eine Brillen-Ladung reicht für rund 30 Videos. Verkauft wird der social-media Hipster-Schleiß online oder in quietsch-gelben Automaten. Deren wechselnde Standorte sollen von Snapchat über die eigene Website bekannt gegeben werden.

„Die Nutzung der Spectacles im öffentlichen Raum dürfte aufgrund der von ihnen permanent ausgehenden Beo-





Smartphones und Tablets zum Wild-in-die-Menge-Fotografieren genutzt werden.

Für uns kein einleuchtender Grund, uns nicht gegen weitere und vor allem sehr direkte Formen von Ton-, und Videoaufzeichnungen in Bahnen, Kneipen, Schulen, Unis, Bibliotheken, Einkaufszentren, Sportstätten und auf der Straße zu wehren. Wir haben keine Lust, ungefragt als Aufzeichnungsgegenstand in Snapchats verknüpfungreichem Datenbestand zu landen, und über eine simple Gesichtserkennungssoftware mit Orts- und Zeitstempel weiter verwertet zu werden. Letzteres ist tatsächlich eine „neue“ Qualität von Datenbrillen, die erst durch deren einfache und für die Umgebung schwer ersichtliche, potentiell jederzeitige Erfassung von Personen im Visier des Bebrillten möglich wird. Schwer vorstellbar, dass uns eine Person mit gezückter Smartphone-Kamera längere Zeit begleiten würde, ohne dass wir uns wundern – mit der Brille kein Problem.

Brille runter - sonst Ärger

Wenn wir unserem Gegenüber in der Bahn oder auf der Straße die Snapchat-Brille absetzen, zündet die Diskussion um unfreiwillige Datenweitergabe von Video- und Tonaufzeichnungen und deren Verknüpfung mit weiteren Informationen vermutlich von selbst. Wir schlagen vor, die voraussichtlich smarten Herren und Damen mit der Video-Brille im Gesicht von der Seite! anzumachen und aufzufordern, ihre Brille umgehend wegzupacken. Falls der Brillen-Automat nicht funktioniert oder gar nicht mehr da ist, gibt es vermutlich auch Verwunderung, die den einen oder die andere nachdenken lässt. Ziel wäre es, mit alltäglicher und schwungvoller Konfrontation den rücksichtslosen Techno-TrendsetterInnen ihr 24h-Dasein als unbezahlte DatensammlerInnen unattraktiv zu machen und die öffentliche Debatte um die Erfassung und Auswertung persönlicher Daten zu befeuern.

anonym

bachtungs- und Überwachungswirkung eine unerlaubte Videoüberwachung nach § 6 BDSG darstellen“, so die Einschätzung des Berliner Rechtsanwalts Dr. Thomas Schwenke. Völlig unabhängig von der rechtlichen Situation halten wir es für sinnvoll, dem potentiell daueraufzeichnenden Brillenhype politisch zu begegnen.

Der Zug ist längst abgefahren. Videoaufzeichnung ist doch alltäglich!

Wir wissen, dass es unzählige fest installierte Kameras im quasi-öffentlichen Raum gibt und uns zukünftig mobile Kameras in Form von Drohnen auch außerhalb von Demos drohen. Wir wissen auch, dass täglich Millionen von

Whatsappdown

Aussetzer bei Facebooks Kurzmitteilungsdienst

WhatsApp ist am Mittwoch, 3. Mai 2017 mitten während der Vorstellung von Quartalszahlen der Konzernmutter Facebook ausgefallen. Während Facebook-Chef Mark Zuckerberg auch von Geschäftsplänen für WhatsApp sprach, beschwerten sich bereits Nutzer aus verschiedenen Teilen der Welt über Twitter, dass sie den Dienst nicht nutzen konnten.

Viele sahen in der App den Hinweis „Verbinden...“ - eine Verbindung konnte jedoch nicht hergestellt werden. Nach rund zwei Stunden lief der Dienst dann wieder. Gründe des Ausfalls wurden zunächst nicht bekannt.

Allein auf der Seite *allestoerungen.de* gingen am späten Mittwochabend über 15.000 Meldungen binnen weniger Minuten ein, unzählige Tweets über die Störung wurden abgesetzt.

Auf einer auf der Webseite veröffentlichten Störungskarte war zu sehen, dass es auch in europäischen Metropolen wie London, Paris und Rom, in Istanbul sowie in US-Metropolen wie New York und San Francisco Probleme gab.

heise.de

Zwischen Karoshi und Surplus

Zukunft der Arbeit und Nichtarbeit

Das Londoner Wirtschaftsberatungsunternehmen Deloitte versucht jeden Zweifel zu zerstreuen: „Frage einen Ökonomen oder Technik-Experten und sie werden Dir freudig mitteilen, dass Jahrzehnte verlässlicher Daten zeigen, dass Automatisierung mehr Jobs erzeugt als vernichtet.“ Alle Prognosen über ein nahendes Ende der Erwerbsarbeit waren bislang immer falsch. Dennoch scheinen die Beschwichtigungen in Bezug auf die tiefgreifendste Veränderung der Arbeitswelt durch die aktuelle technologische Innovationsoffensive wenig überzeugend, wenn selbst reaktionäre Ökonomen wie Thomas Straubhaar (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) zur vorsorglichen Befriedung nach einem „bedingungslosen“ Grundeinkommen rufen, weil zukünftig immer weniger Menschen von ihrer Erwerbsarbeit werden leben können. Der Anteil der „Überflüssigen“ (Surplus) die ganz ohne Arbeit ihr (Über-)Leben organisieren müssen, wird drastisch steigen. Ob und wenn ja, welche Arbeit knapp wird, erörtern wir im letzten Teil. Zunächst wollen wir die Bedingungen untersuchen, die zu massiver Entwertung von Arbeit und massenhafter Selbstunterwerfung der noch bzw. schon nicht mehr Arbeitenden führen.

Zeitlose Ausbeutung als Basis für eine smarte neue Welt

An den Folgen der Arbeit sterben jährlich mehr Menschen als in allen aktuellen Kriegen zusammen. Ein Studie der Arbeitsorganisation ILO aus dem Jahr 2015 spricht von 2,3 Mio Menschen, die bei direkten Arbeitsunfällen ums Leben kommen. Die meisten davon im sogenannten globalen Süden.

Bergleute, die in den Minen eingeschlossen bleiben, Bauarbeiter, die in Qatar von den Gerüsten der Fußballstadion-Baustellen stürzen oder Näherinnen, die in Bangladesch von Trümmern der einstürzenden Fabrikhallen erschlagen werden.

All jene, die an den Spätfolgen ihrer Arbeit sterben sind in den 2,3 Mio nicht eingerechnet. Die Menschen, die mit giftigen Farbstoffen der Kleidung großer europäischer Modelabels in Kontakt kommen, die mit Säuren arbeiten müssen, um die seltenen Erden für unsere Mobiltelefone, Laptops und die Akkus der „sauberen“ Elektroautos zu gewinnen. Oder die Menschen, die auf den Soja-Monokulturen im brasilianischen Regenwald Pestizide und Düngemittel einatmen müssen, für Soja, das in Europa und Nordamerika bei der industriellen Fleischproduktion verfüttert wird.

Foxconn ist der weltweit größte Auftragsfertiger für Elektronik mit 1,4 Mio Beschäftigten weltweit. Bekannt wurde der Zulieferer (u.a. für Apple) durch eine Selbstmordserie im Jahr 2010 aufgrund unerträglicher Ar-

beitsbedingungen. Doch es hat sich wenig geändert. 100 Überstunden im Monat gehörten vor den Suiziden zur gängigen Praxis, jetzt sind es immer noch 80. Foxconn lässt jedoch jede Mitarbeiter*in unterzeichnen, dass sie diese freiwillig leistet. Es herrscht eine Kultur restriktiver Verhaltensnormierung – sowohl im Betrieb als auch in den Wohnheimen, die wie Gefangenenlager organisiert sind. Bei Regelmissachtung gibt einen klaren Bestrafungskatalog: Beschimpfung, Strammstehen, Aufsagen von Zitaten des Firmenchefs, öffentliche Selbstkritik. Das strenge Fabriksystem funktioniert wie ein Knast. Ein Arbeiter betrat unvorsichtigerweise den Rasen, gleich kamen zwei Mitarbeiter des Werkschutz, verpassten ihm einen Elektroschock und traten auf ihn ein. Die Volkspolizei hat keinen Zutritt zum Gelände. Ihre Rolle übernimmt der Werkschutz.

Im Japanischen gibt es mit dem Begriff „Tod durch Überarbeiten“ (Karoshi) eine eigene Bezeichnung für einen plötzlichen, arbeitsbedingten Tod – meist durch Herzinfarkt oder Schlaganfall ausgelöst. Doch auch außerhalb Japans lassen Stress und Überarbeitung die Menschen immer häufiger ausbrennen. Die gesundheitlichen Folgen der Überarbeitung reichen von Schlafstörungen über Rückenprobleme bis zum Herzinfarkt.

Shareconomy hat mit Teilen nichts zu tun

In der „smarten“ Welt wird alles Plattform bzw App und alle werden zu Usern. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche legt das „smarte“ Teilen von Auto, Ferienwohnung, Büroraum sowie die „selbstorganisierte“ Vermittlung sozialer Verbindungen und Dienstleistungen nahe. Das Internet ermöglicht eine direkte und nahezu kostenfreie Verbindung unter den Nutzer*innen in einem „Sharing“-Netzwerk und sorgt für einen Bedeutungsverlust klassischer Institutionen als ehemalige Vermittlungsinstanz. „Hierarchische Ordnungsprinzipien könnten durch nicht-hierarchische Plattformen mit direktem „von Ende-zu-Ende“- Austausch ersetzt werden.“ Einige Linke sahen darin gar die Chance auf einen emanzipatorischen Paradigmenwechsel, bei dem die kapitalistische Marktordnung früher oder später durch eine auf Kooperation basierende Gemeinwesen-Ökonomie ersetzt werde.

Doch die Plattform-Werdung brachte keinen Postkapitalismus sondern die ultra-kapitalistische Erschließung von bislang gar nicht oder nur schlecht verwertbaren Bereichen des sozialen Lebens. Nun ist auch die Nachbarschaftshilfe via App zum kommerziellen Dienst geworden.

Der offene Teilen-Gedanke pervertiert sich wenn ein Netzwerk erfolgreich wächst und der Netzwerk-Effekt zuschlägt: Der Nutzen eines Netzwerks für seine Mitglieder wächst quadratisch mit deren Anzahl - gemäß der direkten Verbindungsmöglichkeiten innerhalb des

Netzes. Ein Konzentrationsprozess von vielen kleinen, spezifischen Foren und Netzwerken hin zu z.B. einem facebook, „bei dem alle sind“, ist die Folge. Mit dem Ergebnis, dass die tatsächlich infrage gestellte alte administrative Ordnung (z.B. der Kommunikation) durch eine neue ersetzt wird. Neue Player wie facebook, Apple, Airbnb und Uber bestimmen nun über ihr Plattform-„Angebot“ die Bedingungen der Verbindung zwischen den Nutzer*innen und entziehen sich mit der einseitigen Festsetzung der Regeln per AGB sogar jedem politischen Aushandlungsprozess.

Die Plattform als ursprünglich dezentrales Organisationsprinzip entpuppt sich als ultra-kapitalistisches Instrument der Inwertsetzung mit dem (weit mehr als) Neben-Effekt der Erfassung und Lenkungsmöglichkeit von sozialer Konnektivität. Wir ziehen es daher vor, von *On-Demand-Ökonomie* zu sprechen, in der Dienste auf Aufforderung geleistet werden. Mit einem kooperativen Teilen hat die gut klingende und absichtlich missverständliche Shareconomy in den meisten Fällen nichts zu tun. Wir entwickeln uns viel mehr „zurück“ zu einer digital vermittelten Dienstbotengesellschaft in der soziale Ungleichheit wieder stark zunimmt. Unternehmen wie *Deliveroo*, *Airbnb* und *Uber* sind Großkonzerne, letzterer mit einem Wert von 70 Mrd. US-Dollar.

Click- und Crowd-Working im Plattform-Kapitalismus

Beim „Crowdsourcing“, einer Mischung aus „Crowd“ und „Outsourcing“ werden Aufgaben nicht mehr Mitarbeiter*innen eine Unternehmens übertragen, sondern an ein Heer von digitalen Arbeitsnomaden ausgelagert. Die Crowdworking-Plattform *Mechanical Turk* von Amazon ist eine von vielen um Kleinstaufträge zu vergeben. Hier warten 500.000 Menschen in 190 Ländern auf Aufträge wie Websites korrigieren und Korrekturlesen, Produktbeschreibungen oder Tonaufnahmen transkribieren.

Den Startschuss zur Nutzung des Schwarms von „Clickworkern“ gab Amazon im Jahr 2006, als das Unternehmen mit dem Vertrieb von CDs begann. Hunderttausende von CD-Covern mussten auf sexuelle Inhalte überprüft werden, bevor sie in die digitale Verkaufsplattform eingestellt werden konnten. Eine Arbeit, die aufgrund uneindeutiger Kriterien wenig geeignet war, von einem Computer gelöst zu werden. Amazon erfand daraufhin in Anlehnung an dezentral verteilte Rechner in der Cloud die sogenannte Crowd – eine Art „massiv parallelen“, menschlichen Rechner. In Umkehrung der traditionellen Mensch-Maschine-Relation fordert der Computer den Menschen auf, ihn bei der Arbeit zu unterstützen. Auf einer digitalen Plattform konnte sich jeder anmelden, um für ein paar Dollar die Stunde CD-Cover durchzusehen. Über diese Aufgabe hinaus baute Amazon die Job-Plattform aus. Amazon stellt nun beliebigen „Arbeitgeber*innen“ für die Vermittlung ihrer Tätigkeit 10% des Betrags in Rechnung, der für Erledigung des

Mikro-Jobs bezahlt wird. Was gezahlt wird, bleibt der Arbeitgeber*in selbst überlassen.

Der Status der Mikroarbeiter*in, die einen solchen Job annimmt, entspricht dem moderner Tagelöhner*innen: Arbeit gibt es nur, wenn welche eingestellt wird. Die Frage nach Arbeitsvertrag und sozialer Absicherung erübrigt sich. Hier regiert die einseitig änderbare AGB der Vermittlungsplattform in Willkür des Arbeitgebers. Isabella Mader brachte die Praxis des systematischen Lohnbetrugs auf den Punkt: „Lohndiebstahl ist ein Merkmal, kein Fehler“. Gezahlt wird oft mit erheblicher Verzögerung – manchmal aber auch gar nicht. Wie die Kräfteverhältnisse aussehen, verdeutlicht Amazon auf seiner Webseite: „Falls die Arbeitsleistung nicht Ihren Standards entspricht, lehnen Sie die Arbeit einfach ab und bezahlen den Arbeiter nicht.“

Auch in Deutschland wächst die Zahl der Crowdworking-Plattformen wie z.B. der Berliner Firma CrowdGuru oder der Clickworker GmbH aus Essen und es ist keine Sättigung in Sicht. Sobald sich eine Aufgabe halbwegs präzise umreißen und modularisieren lässt, kann sie an „Nicht-Mitarbeiter*innen“ aus der Crowd ausgelagert werden. Für die meisten Jobs wird ein Mikro-Honorar festgelegt – vielfach per Ausschreibung im Wettbewerb. Hier wird nur diejenige bezahlt, die den Zuschlag erhält – alle anderen gehen leer aus. Diejenigen Arbeitsplattformen, die stundenweise bezahlen, bieten eine App zum Download. Mit der muss sich der Crowdworker jedesmal einloggen, wenn er an dem abzurechnenden Auftrag arbeitet. Damit wird jedoch nicht nur die Arbeitszeit ermittelt. Es werden in unregelmäßigen Abständen (sechs mal pro Stunde) Aufnahmen des Bildschirms gemacht und minütlich Tastaturklicks und Mausbewegungen registriert. „Wir kontrollieren nicht, sondern stellen Rahmenbedingungen zum Schutz und Vertrauensaufbau zur Verfügung“, so ein Plattformbetreiber. „Vertrauen“ soll zudem über einsehbar Bewertungen ähnlich wie bei Internetversandhändlern erzeugt werden. Unternehmer*innen bewerten die Arbeit ihrer Digital-Nomad*innen für alle weiteren potentiellen Arbeitgeber*innen einsehbar. Zur vermeintlichen Gleichberechtigung dürfen auch umgekehrt die Mikrojobber*innen ihre Arbeitgeber*innen bewerten – freilich ohne Konsequenzen.

Auch wenn eine kleine digitale Bohème meint, ihre eigenes Leben „in the name of enhanced autonomy“ (Bura-woy) als Freelancer flexibler und autonomer gestalten und die Durchmischung von Arbeit und Freizeit in maximaler Ortsungebundenheit noch weiter vorantreiben zu können: die aus dem Boden sprießenden digitalen Sweatshops dienen unweigerlich als Lohndrücker – und das branchenübergreifend. Verdi konstatiert zu Recht eine „Kannibalisierung des Arbeitsmarktes“: Freie Arbeitskräfte verrichten dieselbe Arbeit zu schlechteren Konditionen. Der DGB sieht das als „Moderne Form der Sklaverei“, in der sich alle weltweit gegenseitig unterbieten um den Zuschlag zu erhalten. Im Krankheitsfall und im Alter sieht es schlecht aus für die Crowdarbeiter*innen. Es gibt (derzeit) kein Sozialversicherungssystem und keine Arbeits-

schutzregelung, die diese Form vollständig entrechteter Lohnarbeit berücksichtigt. Uber und Deliveroo sprechen bei ihren Fahrer*innen nicht von Angestellten sondern von Selbstunternehmer*innen um jeden Anspruch zurückzuweisen. Welcome to a smart new world of slaves.

Permanente Bewertung durch digitale Erfassung

Alle digital vermittelten On-Demand-Dienstleister*innen teilen ein gemeinsames Schicksal: Ihr Arbeitsverhalten wird kontinuierlich bemessen und bewertet. Unterschiedlichste, dem Arbeitgeber per digitaler Erfassung frei haus gelieferte Leistungskennzahlen erlauben eine algorithmische Berechnung des individuellen Arbeitsengagements des auf Abruf Arbeitenden. Dadurch wird ein gewaltiger Druck zur Verhaltensanpassung erzeugt, der über Konkurrenzmechanismen ein enormes Reservoir an Selbstoptimierung und Selbstrationalisierung erschließt.

Die Verfügbarkeit, Anfahrtsschnelligkeit und Freundlichkeit von Uber-Fahrer*innen wird bei jeder Fahrt bewertet. Wer angebotene Fahrten zu häufig auf der Smartphone-App nicht annimmt, erhält einen schlechteren Score. Wer im Stau steht und von der ungeduldi- gen Kund*in per Klick ersetzt wird, verliert nicht nur die Tour, sondern riskiert seinen hohen Score. Diese Punktzahl entscheidet, welche Fahrer*in bevorzugt mit Aufträgen versorgt wird und damit über das Auskommen der fast ausnahmslos prekären Fahrer*innen. Immerhin liegt der Uber-Fahrpreis rund 25% unter dem eines normalen Taxi. Und von diesem Dumpingpreis gehen nochmals 20% an Uber für die Vermittlung der Fahrt. Das von außen Computer-spielerisch anmutende Hecheln nach einem überdurchschnittlichen Score wird so zur unweigerlich verinnerlichten Lebensgrundlage.

Betriebe wie Foxconn und Amazon schaffen auch „off- line“ durch konsequenten Einsatz von Hightech-Überwa- chungsapparatur ein quasi lückenlose Erfassung aller Arbeitsabläufe.

Die Bewertung der Mitarbeiter*innen an einigen Ama- zon-Standorten ist noch einen Schritt perfider (*siehe dazu auch das Unterkapitel Effizienz-Dressur des Menschen zur Maschine*). Wegen eines besonders hohen Kranken- standes von bis zu 20% führte der Online-Einzelhandels- gigant eine Anwesenheitsprämie ein. Und dies nicht nur für jede Mitarbeiter*in einzeln sondern in Teambewer- tung. Besonders robuste Abteilungen, die in der Summe weniger Krankheitstage auf dem Negativkonto haben, erhalten einen Bonus von 70-150 Euro je Mitarbeiter*in monatlich. Das ist nicht nur Gift für das Arbeitsklima. Es negiert auch Krankheit als normalen Bestandteil des Lebens und insbesondere in Folge einer monotonen und einseitigen Arbeitsbelastung.

Mit der als Industrie 4.0 bezeichneten Smartifizierung aller Arbeitsabläufe werden zukünftig auch die Jobs, die sich bisher einer optimierenden Bewertung entzogen hat- ten kleinstteilig zerlegt und vermessen, um sie via künst-

licher Intelligenz einer (selbstlernenden) Reorganisation durch den Arbeitgeber zu unterziehen.

Flexkräfte - moderne On-Demand- Tagelöhner auch offline

Die durch die Digitalisierung zugespitzte Abhängigkeit in der Arbeitswelt, sorgt auch außerhalb der ultraka- pitalistischen Plattformen der On-Demand-Ökonomie für einen Dammbbruch der „Flexibilisierung“ von Arbeits- kraft. Durch diese Normalisierung völlig entgarantierter „Zuverdienst“-Jobs lässt sich auch in klassischen Off- line-Jobbranchen eine skandalöse Erosion von rechtli- chen Standards durchsetzen. Der Umbruch treibt neue Beschäftigungsformen voran. Immer mehr Menschen arbeiten als „Flexkräfte“ auf Abruf. Zunehmend auch in Deutschland – schätzungsweise 1,5 Mio „Beschäftigte“ sind es bereits. Dem Arbeitsverhältnis, das bei H&M mittlerweile „normal“ ist, liegt kein normaler Arbeitsver- trag zugrunde. Das Unternehmen nennt sie „Flexkräfte“, wir nennen sie moderne Tagelöhner. Zehn Stunden pro Woche sind ihnen bei H&M zugesichert. Der Rest läuft flexibel unter Mehrarbeit. In manchen Monaten arbeiten sie nur zehn Stunden pro Woche, also 40 im Monat, in anderen sind es 150. Waren vor 15 Jahren noch 48% der Beschäftigten bei H&M Vollzeit angestellt – und lediglich 22 % auf Abruf gemäß Firmen-Angaben, hat sich nun das Verhältnis umgekehrt: Nur noch 26% der Verkäufer*innen arbeiteten regulär in Vollzeit, 42% als Flexkräfte.



Die neuen Tagelöhner finden sich nicht nur im Handel, sondern auch in der Gastronomie, in der Pflege, unter Kurierfahrer*innen, bei Medien und sogar bei Wohl- fahrtsverbänden. Viele beschreiben, dass sie einen Arbeitsalltag in Dauerbereitschaft erleben. Laut Gesetz müssen Unternehmen vier Tage im Voraus ankündigen, wenn sie die Mitarbeiter*in einsetzen wollen. Eine Schutz- klausel, die aber häufig ignoriert wird. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat in einer Umfrage herausgefunden, dass nur 27 Prozent aller Arbeitnehmer auf Abruf in Deutschland tatsächlich vier Tage vor Einsatz Bescheid wissen. Da scheint es fast konsequent, dass die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einem Strategiepapier die Politik auffordert, die

Vier-Tage-Frist in bestimmten Fällen zu kippen und die „Arbeitszeitflexibilität weiter auszubauen“.

Die Post beschäftigt ebenfalls etwa 5000 Mitarbeiter*innen auf Abruf. Deren Arbeitseinsätze sind in Rahmenvereinbarungen geregelt - für jeden Arbeitseinsatz gibt es dann einen neuen, unabhängigen Arbeitsvertrag. Einige haben mehrere Hundert solcher Einzelverträge. Oft erhalten die Mitarbeiter*innen erst am Vorabend Bescheid, dass ein solcher Einsatz gefragt ist.

Arbeit auf Abruf sei laut Bundesarbeitsministerium rechtlich zulässig. Sie trage „dem Aspekt Rechnung, dass eine dynamische Wirtschaft in einem gewissen Umfang auch flexible Jobs braucht“. Wie immer ist die Annahme eines solchen Vertrages „freiwillig“ und damit angeblich unproblematisch. Ein Muster, das in unseren Artikeln immer wiederkehrt. Das Phänomen der Freiheit, die Fesseln trägt, nennen wir partizipative Zurichtung. Wir machen zwangsweise freiwillig mit. So soll die Transformation zur Dienstbotengesellschaft „reibungsfrei“ gelingen.

Effizienz-Dressur des Menschen zur Maschine

Amazon-Mitarbeiter*innen arbeiten unter enormem Stress. Entgegen ihrer Arbeitsverträge leisten die meisten viele Überstunden und Samstagsarbeit. Streng hierarchisch geben sogenannte Leader den Arbeitsdruck über Fehlerpunkte an die Picker und Packer ihres Teams weiter. Picker „picken“ die bestellte Ware aus den Regalen und legen dabei täglich bis zu 20km zurück – der Tracker misst die Laufleistung über das sekundengenaue Protokoll des Aufenthaltsortes, der Handscanner erfasst alle Arbeitsschritte und gibt den nächsten vor. Kommt ein Picker in Verzug, löst das System Alarm aus: sein Leader erhält automatisch eine Nachricht auf seinen Bildschirm. Dann kommt es zum sogenannten Feedback-Gespräch. Alles selbstverständlich „ausschließlich zur Prozessoptimierung“. Auch Packer haben eine klare Mindest-Quote: Jede Stunde 200 Einzelpäckchen bzw 100 Multi-Pakete packen. Doch die permanente Bewertung der Mitarbeiter*innen ist alles andere als konsequenzlos: eine grüne Karte heißt Lob, eine gelbe Karte kommt einer Abmahnung gleich. Bei drei gelben Karten droht die Entlassung.

Die Vorgabe: Jeder soll über dem Leistungsdurchschnitt liegen. Was mathematisch unmöglich ist, stellt das dynamische Prinzip kontinuierlicher Arbeitsverdichtung in Konkurrenz innerhalb der Belegschaft dar. Die Folge: ein allgegenwärtiger Zwang zur Selbstoptimierung.

Selbst wenn Mitarbeiter*innen Arbeitsaufträge sinnvoll zusammenfassen, um sich unnötige Wege zu ersparen, hagelt es Strafpunkte. Jede Abweichung von der algorithmischen Vorgabe wird sanktioniert – zum Zweck der Standardisierung. Jegliche Individualität bedeutet Kontrollverlust – Verlust von Austauschbarkeit. Bei Amazon soll jede Mitarbeiter*in jederzeit durch eine Kolleg*in ersetzbar sein – ohne Effizienzeinbußen bei der Übergabe. Eine Informantin aus der Verwaltung berichtet: „Meine

Arbeitsanweisungen schreiben mir die exakte Position von Tastatur und Maus auf meinem Schreibtisch vor. Und wo mein Papierkorb unter dem Schreibtisch zu stehen hat, das ist absurd und beklemmend“.

Dequalifizierung durch digitale Fließbänder

Was das Fließband nur rudimentär geschafft hat, macht eine Algorithmisierung des Arbeitsprozesses bis zur Perfektion: die vollständige Quantifizierung, Standardisierung und damit Enteignung und Entwertung von Arbeit – früher nur in der Produktion, jetzt auch in Verwaltung und Entwicklung. In mehr und mehr Bürojobs wird nun ebenfalls der individuelle Arbeitsdruck über Ticket-Systeme mess- und steuerbar gemacht. Was mit exakt definierten Leistungsvorgaben im Service-Bereich und bei typischen Call-Center-Jobs längst üblich ist, wird nun auf freier selbst-organisierbare Bürotätigkeiten ausgedehnt. Der Büromensch arbeitet künftig wie am Fließband. Firmen versuchen das nötige Kreative auf wenige gut bezahlte Mitarbeiter*innen zu verdichten.

Das Ergebnis: Einige wenige Jobs in den Entwicklungsabteilungen, bei denen der Mensch dem Computer sagt, was er tun soll. Und immer mehr herabgestufte Jobs, bei denen der Computer dem Menschen sagt was er tun soll.

Die Abtrennung der auch auf lange Sicht weiterhin den Menschen vorbehaltenen kreativen Jobanteile ist eine notwendige Vorbedingung für eine (zukünftige) Robotisierung der so entwerteten anderen Aufgaben. Amazons Picker z.B. wird es am modernsten Standort im niedersächsischen Winsen bei Hamburg nicht mehr geben. Hier werden ab Ende 2017 Roboter die benötigten Regal-Segmente zum Packer fahren, der das benötigte Produkt entnimmt und verpackt.

Industrie 4.0 - die Welt als Konzern

Industrie 4.0 bezeichnet die Vernetzung der gesamten Produktion. Ein neues Produktionsregime, das mit Hilfe digitaler Infrastruktur alle globalen Stoff- und Geldströme aber auch die Arbeitskraft steuerbar machen will. Es wird von einer „vierten industriellen Revolution“ gesprochen, nach der Mechanisierung im 18. Jahrhundert, der Elektrifizierung im 19. Jahrhundert und der Automatisierung im 20. Jahrhundert.

Die Propagandisten der Industrie 4.0 entwerfen ein Szenario in dem Mensch, Maschine und intelligente Systeme in eine *integrated digital-human workforce* transformiert werden und so zu beliebig einsetzbaren Bestandteilen eines globalen, hocheffizienten, sich selbst-steuernden Produktionsprozesses werden. Gebraucht werde dazu eine „Architektur und das Regelwerk eines aus Millionen von vernetzten Instanzen bestehenden weltweiten Wertschöpfungsnetzwerkes [...], das sicher, robust und hochverfügbar ist.“ Der mit Nachdruck lancierte, quasi nötige Hype um die Notwendigkeit der Vernetzung

von allem mit allen zieht bereits breite Spuren. *Compass*, ein deutsches Start-Up im Silicon Valley analysiert Unternehmensabläufe, um Arbeitsprozesse vernetzt zu automatisieren. Künstlich-intelligente Steuerungssysteme sollen eine mögliche nahtlose Integration von Robotern in den Arbeitsablauf sicherstellen. Mit der Konkurrenz des Roboters findet eine rasante Entwertung menschlicher Arbeitskraft statt. Foxconn will einige seiner Fabriken in China künftig komplett automatisieren und alle menschlichen Mitarbeiter*innen durch Roboter ersetzen. In Kunshan, China hat Foxconn im Jahr 2016 u.a. für die iPhone7-Fertigung 60.000 der einst 110.000 Mitarbeiter entlassen und ihre Arbeitsplätze durch Roboter ersetzt. Laut South China Morning Post sollen über 600 Firmen in Kunshan ihre Fertigungslinien mit Robotern ergänzen und so eine Welle der Massenentlassungen einläuten.

Verlierer dieser „Revolution“ werden aber nicht nur Arbeiter*innen sein, die wiederkehrende manuelle Tätigkeiten verrichten, sondern im großen Stil auch z.B. Versicherer und Finanzdienstleister sein. Goldman Sachs hatte bis vor kurzem noch 600 Aktienhändler auf dem Börsenparkett. Jetzt sind es nur noch zwei. Algorithmen ersetzen die anderen 598. Allein in der britischen Finanzindustrie drohen in den nächsten Jahren eine halbe Million Mitarbeiter*innen durch Software ersetzt zu werden, so eine Studie der Beratungsfirma *Deloitte*.

Surplus im Überfluss

Es gibt nicht nur reichlich Überflüssige im digitalisierten Überfluss, es werden immer mehr. Wie sieht der Arbeitsmarkt der letzten Jahre z.B. in Deutschland aus? Trotz Steigerung der Anzahl der Erwerbstätigen sinkt die Anzahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden. Erklärbar nur über immer mehr geringfügige Arbeit. Dieser Trend gilt für die meisten westlichen Länder. So verwundert es nicht, dass 2016 eine Studie des International Labour Office (ILO) ergab, dass für 40% der Crowdworker*innen die Crowdwork die Haupteinnahmequelle ist. Obwohl die politische Propaganda in Europa rechts wie „links“ gerne Vollbeschäftigung verspricht, wird die Arbeit langfristig (global gemittelt) knapp:

Das world economic forum in Davos hat bereits 2016 den Wegfall von Millionen Jobs im Rahmen der Industrie 4.0 diskutiert. Eine Studie der Deutschen Bank kündigt eine Beschäftigungskrise von nie dagewesenem Ausmaß an. Zum ersten Mal in der Geschichte würden deutlich mehr Jobs wegfallen als neu geschaffen werden. Das Institute for Public Policy Research (IPPR) sieht in England innerhalb der nächsten 20 Jahre ein Drittel aller Jobs durch die vernetzte Automatisierung bedroht. Die bislang mehr als 800-fach zitierte Oxford Studie von Carl Benedikt Frey und Michael Osborne sagt voraus, dass knapp die Hälfte aller Jobs in den USA bis 2030 überflüssig sein könnten. In der Sicht von Frey und Osborne (und auch bei Brynjolfsson und McAfee 2014) ändert sich das bisherige Muster technologiegetriebener Arbeitsmarktentwicklung. Das sowohl in den USA als auch in Europa

beobachtete Muster der Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt würde nicht weiter gelten, sondern mittlere und einfache Tätigkeiten würden in einem Maß wegfallen, das bisher durch Automatisierungsschranken begrenzt war. Am stärksten bedroht seien Menschen, die Telefonwerbung machen, Recherche-Gehilfen und Schneider. Den sichersten Job haben Physiotherapeuten, gefolgt von Vorarbeitern, Einsatzleitern in Katastrophenfällen und Sozialarbeitern. Insgesamt 47 Prozent aller Arbeitsplätze in den USA seien bedroht, schreiben Frey und Osborne. Carsten Brzeski, der Chef-Ökonom der ING-DiBa, schätzte auf Basis der Oxford-Studie, in Deutschland seien sogar 18 von 31 Millionen Arbeitsplätzen bedroht, das wären 59 Prozent. Nicht nur händische, bzw. mechanische Arbeit, also körperliche Arbeit oder das Führen von Maschinen – sondern insbesondere auch Verwaltungstätigkeit in der Datenverarbeitung – auch sogenannte „Kopfarbeiter“-Jobs.

Dass es sich hierbei nicht allein um Panikmache handelt, kann mensch vielleicht daran ablesen, dass selbst konservative Ökonomen über ein Grundeinkommen zur zukünftigen sozialen Befriedung diskutieren. Um auch denen ein minimales „Auskommen“ zu ermöglichen, die von der Lohnarbeit dauerhaft abgeschnitten sein werden. Auch wenn sich niemand der Illusion hingeben sollte, es werde ein „bedingungsloses“ Grundeinkommen geben – die zu geringe Höhe wird Bedingung genug sein – werden immer mehr Menschen keine Arbeit haben.

Was werden die Konsequenzen dieses prognostizierten Einbruchs an Beschäftigung sein?

Sicher ist, es wird eine massive Zunahme an Ungleichheit geben. Im selbst ernannten Prototyp einer smarten Stadt, San Francisco, die über die HighTech-Industrie im benachbarten Silicon Valley so extremen Reichtum produziert, dass eine 3-Zimmer Wohnung durchaus 8000 Dollar Monatsmiete kostet, selbst hier nimmt die Armut stark zu: 20% der Bevölkerung von San Francisco lebt von weniger als einem Dollar pro Tag. Die Zahl der Obdachlosen ist innerhalb von zwei Jahren um 25% gestiegen. Zwangsrumräumungen sind an der Tagesordnung.

Wenn immer mehr Menschen nicht arbeiten, der Zwang zur Erwerbsarbeit als normierende Ordnung nur noch sehr eingeschränkt greift, reicht die Lohn-Disziplinierung nicht mehr aus, um die (Self-)Governance aufrecht zu erhalten. Der Ausweg für die herrschende Klasse ist bereits jetzt erkennbar. Die zukünftige Ordnung basiert nicht mehr nur auf einer Bewertung von Arbeit, sondern auf dem Bewerten und Inwertsetzen jeglicher individueller Handlungen und Lebensäußerungen. Das Selbst-Unternehmertum dehnt sich auf alle Bereiche des Lebens aus. Der Mensch ist auch ökonomisch schon lange nicht mehr nur Träger seiner Arbeitskraft. Seine Eigenschaften in Gesamtheit sind so eng mit ihm verbunden, dass er selbst in Wert gesetzt wird. Wir verkaufen uns selbst, nicht mehr nur unser Arbeitskraft. Der soziale Wert, ermittelt über das Rating und Scoring von Netzwerken wie Face-

book, steigt zum realen, ökonomischen (Selbst-)Wert auf. Eingepreist wird das Bemühen um Selbstoptimierung. Eine Studie der OECD definiert als Humankapital die Gesamtheit der Kenntnisse, Qualifikationen, Kompetenzen, und individuellen Charakteristika eines jeden Menschen. Für den derzeit am weitesten fortgeschrittenen Scoring-Ansatz zur Bemessung und Steigerung dieses Humankapitals in Selbstoptimierung verweisen wir auf das chinesische SESAME-Projekt.

Wie damit umgehen?

Einige Anhänger*innen der orthodox-marxistischen Glaubensrichtung denken, dass die Befreiung der Gesellschaft umso wahrscheinlicher wird, je höher das (technologische) Niveau der Produktivität entwickelt ist. Das bedeutet: abwarten und sich freuen, dass mit jedem Schub technologischer Innovation die Revolution nahen könnte. Für Sozialrevolutionäre ein fragwürdiger Blick aus der Makro-Perspektive mit noch fragwürdigeren Vorstellungen hinsichtlich einer Revolution, die lediglich die fehlgeleitete, kapitalistische Nutzung von einer an sich begrüßenswerten, vermeintlich neutralen Technologie abzustreifen braucht. Als bliebe der Mensch unbeeindruckt von der

Veränderung seiner Lebensgrundlage – vollständig robust gegenüber den Lenkungsansätzen einer allgegenwärtigen Verhaltensökonomie.

Auch ohne jede Projektion in eine nahe Zukunft bröckelt die Basis für eine fundamentale Kritik, als alte Schwester der Revolutionär*in, maßgeblich mit zunehmender Fremdbestimmung und wachsender Abhängigkeit. Daher streiten wir gegen wachsende Ungleichheit und für die Wiedererlangung eines Mindestmaßes an Autonomie über den Kampf gegen den technologischen Angriff. Das betrifft nicht nur die stark zunehmende Entgarantierung und Entrechtung der Arbeit sondern umfasst viel weitergehend die höchst invasive Form der technologie-getriebenen Fremdbestimmung unserer Informationsbeschaffung, unserer Kommunikation, unseres Denkens.

Wir müssen die Inwertsetzung und partizipativen Zurichtung unserer Selbst durch permanente (Selbst-)Bemessung als Grundlage für (Fremd-)Steuerung angreifen.

capulcu

Captain Future – die Tage nach dem 24. Mai 2019

Fragment 1

„... Sie hören einen Kommentar von Siegfried Beuerle vom Norddeutschen Rundfunk

Nach den Anschlägen von letzter Woche hat Bundesinnenminister Hermann die richtigen Entscheidungen getroffen. Daran kann niemand ernsthafte Zweifel haben. Die Bundesregierung, und allen voran die Kanzlerin, hat gezeigt, dass sie handlungsfähig ist. Sie hat auch bewiesen, dass Sie in der Europäischen Union, zusammen mit Frankreich, die Gestaltungsmacht hat, umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Bevölkerung durchzusetzen. Das ist gut so. Denn wenn gelingt, was versprochen wird, werden nicht nur die terroristischen Schrecken des 24. Mai 2019 in die Geschichtsbücher eingehen, sondern auch das beherzte Vorgehen der europäischen Regierungen. Ein neues Kapitel der Sicherheitspolitik wurde aufgeschlagen



und guten Gewissens kann man sagen, dass es in diesem Punkt keine Parteien mehr gibt in Deutschland - wie ein Mann stehen die Parteiführungen hinter Angela Merkel. Dass selbst Die Linke endlich erkannt hat, wie wichtig die neuen sicherheitspolitischen Maßnahmen sind, ist ein gutes Zeichen. Wir müssen zusammenstehen gegen den Terror. Die EU-weite individuelle Ortbarkeitspflicht ist der richtige Schritt zur richtigen Zeit. Wer sich ihr widersetzt, wird zu Recht die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen, denn Sicherheit ist das höchste Gut jeder freien Gesellschaft .

Sie hörten einen Kommentar von Siegfried Beuerle vom Norddeutschen Rundfunk“

Fragment 2

>Beginn entschlüsseltes Dokument<

Hallo mein Lieber,
was sollen wir jetzt bloß tun??? Wir sitzen hier rum, Alle rauchen wie bekloppt, Keine_r weiß, wie es weiter gehen soll. Wir sind uns auch nicht sicher, ob wir schon alles richtig verstanden haben. Es gibt ja kaum konkrete Infos. Wie es aussieht haben sie es EU-weit durchgesetzt. Gibt es bei euch Infos, bis wann die Registrierung abgeschlossen sein soll? Im Netz ist noch nichts zu finden. Vanessa hat irgendwo gehört, dass nur ein Monat Zeit bleiben soll. Wir müssen uns dringend treffen! Die Struktur muss anders organisiert werden! Wir haben noch keine Ahnung, wie wir uns entziehen können. Es ist alles total unreal. Wenn das durchgeht, wissen sie immer (!) wo wir sind! Ich denke, wir müssen darüber nachdenken, hier abzuhaufen. Aber wohin? Wie können wir handlungsfähig bleiben? Vielleicht ist die Schweiz eine Option.

Wir versuchen gleich mal etwas analytischer an die Sache ran zu gehen. Ist aber nicht leicht einen kühlen Kopf zu behalten. Ach Quatsch! Wir sind wirklich Alle kurz vorm Durchdrehen!

Habt ihr Ideen? Schreibt was ihr denkt!
Macht es Sinn, sich nicht zu melden?
Habt ihr noch alte, unregistrierte Handys und Sim-Karten?
Kann man die Fußfesseln austricksen?

Ich schreibe dir morgen nochmal. Wir werden jetzt mal ne lange Liste mit Fragen machen und dann etwas ausschlafen.

Ich denke an dich, Grüße an die Anderen, Maxi

>Ende entschlüsseltes Dokument<

Fragment 3

Memo vom 26.5.:

- EU-weite Ortbarkeitspflicht! (Schnell einen anderen Begriff finden!!!)
- Maßnahme ist ohne Alternative, niemand wird eingeschränkt, Registrierungspflicht problemlos
- App muss immer an sein, Smartphonepflicht? (leicht durchsetzbar, sagt B.B.)
- Kopplung mit anderen Ortungssystemen dringend erforderlich! BKA fragen (Maut, BP etc)
- es gibt keine techn. Hürde

- Fußfesselpflicht bei Aufgreifen ohne zu ortendes System oder Entzugabsicht [Einigkeit im Rat!] (ist eine Forderung nach Lagerhaft bei Weigerung oder Sabotage durchsetzbar? Einschätzung der Landesverbände einholen) [M. hat Zustimmung signalisiert]

- perspektivisch ist an Implantatpflicht zu denken (einfacher und zuverlässiger)
- Ist die IT-Infrastruktur in der Lage, die Daten zu verwalten? Aufbau Behörde und Rechenzentrum
- Zuständigkeit? Inneres? Auf EU-Ebene? J-C anrufen
- Was sagt Bayern?
- BMVg einbeziehen
- Datenschutz versprechen!!!!
- Öff: Sicherheit durch Wissen, Wenn wir jederzeit wissen wo alle sind, kann jeder Verdächtige präventiv aus dem Verkehr gezogen werden.
- BPK bespielen: kein Terrorist wird sich mehr bewegen können. Wer nicht zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten. Vertrauen in den Staat, Handlungsfähigkeit der EU,... Sicherheit ist das höchste Gut jeder freien Gesellschaft...

Fragment 4

„Heyhey, supersüßes Bild von gestern. Süüüüß! War nen toller Tag, LYSM BFF!!! Knutschiiii!!!!!!“

CF

13. April 2017

*Wenn die Vernunft ein Kompass ist,
sind die Leidenschaften die Winde*

Alexander Pope

Heute ist es genau ein Jahr her, dass unsere Kameradin am 13. April von den Mossos d'Esquadra in einer Operation in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei entführt wurde, sie befindet sich derzeit im Gefängnis von Köln in Untersuchungshaft, während ihr und einem anderen Kameraden (z.Z. im Gefängnis von Aachen) der Prozess gemacht wird. Sie werden beschuldigt eine Filiale der Pax Bank in Aachen im November 2014 überfallen zu haben.

Außerdem wartet die niederländische Kameradin, die letzten Dezember von der Anklage freigesprochen wurde, im Jahr 2013 eine Filiale der Aachener Bank überfallen zu haben, immer noch darauf, ob die von der Staatsanwaltschaft eingelegten Rechtsmittel zugelassen werden oder nicht.

Während der derzeit stattfindenden Gerichtsverhandlung konnte man mit aller Deutlichkeit die Verwendung aller jener Kontrollmechanismen verfolgen, welche den Repressivorganen des Staates zur Verfügung stehen (abgehörte Telefone, Polizeibeschtattungen, Austausch

von DNA-Datenbanken, Aufnahmen von Überwachungskameras, biometrische Gutachten, Unterstützung verschiedenster Experten aus dem Universitätsmilieu für die forensischen Laboratorien, Kollaboration Beamter verschiedener Staaten, etc.), um das „normale Funktionieren“ einer Gesellschaft zu garantieren, die wir verabscheuen. Eine Gesellschaft, die auf der kapitalistischen Herrschaft und der Unterdrückung, der Kontrolle aller Aspekte unseres Lebens, der Entfremdung des Konsums und dem Elend einer Mehrheit zu Gunsten einiger weniger Privilegierten basiert.

Es interessiert uns nicht, ob die Angeklagten für das verantwortlich sind, was ihnen zur Last gelegt wird, unsere vollkommene Komplizität gilt allen, die die Logik des Privateigentums und der Ausbeutung herausfordern und für ein erfüllteres Leben ihre Freiheit riskieren.

Ebenso wenig interessieren uns ihre Kategorien, wie schuldig oder unschuldig. Um den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten, zielt der Staat zuerst gegen einige „übliche Verdächtige“ ab und deren Bestrafung soll ein Zeichen setzen, für alle möglicherweise Widerständigen, die sich wenn es so weit ist selbst dem System entgegen stellen könnten. Und mit der ständigen Bedrohung von „Eintragung, Überwachung, Anklage, Gefängnis“ versucht der Staat die solidarischen Bünde zwischen den rebellischen

Herzen zu zerstören, die sich angesichts der Auferlegung der Grenzen und Gitterstäbe im gleichen Kampf für die Freiheit erkennen.

Weder unschuldig noch schuldig! Für eine rebellische und internationalistische Solidarität!

Auf dass sie sich auch in der Endphase des Prozesses nicht alleine fühlen! Auf dass sie unsere rebellische Liebe und Herzenswärme fühlen!

Für die Zerstörung der Banken, der Gefängnisse und der Gesellschaft, die dieser bedarf!

Einige Anarchistinnen, 13. April 2017

Nieder mit dem Patriarchat – Worte aus dem Knast

Wir veröffentlichen hier den Brief einer anarchistischen Gefährtin, die seit einigen Monaten in Deutschland im Knast sitzt, da ihr vorgeworfen wird, eine Bank in Aachen überfallen zu haben. Aktuell steht sie vor Gericht. Sie hat diesen Brief im Kontext des 08. März, dem internationalen Frauentag, geschrieben.

Nieder mit dem Patriarchat – über soziale, rassistische und patriarchale Missstände

Dass wir auch hier in Deutschland in einer total ungleichen Gesellschaft leben, ist allgemein bekannt. Die Oberschicht ist gut abgesichert und wohl behütet, hat keine existenziellen Sorgen und kann ihren Kindern trotz aller allgemeinen Problemen auf dieser Welt eine zuversichtliche Zukunft bieten, etwas, das der Unterschicht nicht zusteht. Während ein kleiner Teil der Menschen zudem immer reicher wird, soll ein großer Teil am Existenzminimum gehalten werden, arbeitet für einen beschissenen Niedriglohn und wird zum immer sinnloseren Konsum getrimmt, damit dieses profitgierige System in dem wir leben, aufrecht erhalten werden kann. Während sich wenige auf ihren millionenteuren Yachten im Mittelmeer sonnen oder sich in ihren Privatjets über den Erdball kutschieren lassen, können sich viele andere nicht einmal im Leben einen wirklichen Urlaub leisten, geschweige denn ihre Miete, die Stromrechnung oder ein paar neue Zähne bezahlen. Während die Superreichen ihren angescheffelten Reichtum vor den geltenden Steuerpflichten in irgendwelchen Steuerparadiesen oder über ein paar Briefkastenfirmen retten und meist nicht einmal ernsthaft juristisch dafür belangt werden, sitzen so manche Arme Monate oder Jahre für Geldstrafen oder Kleinstkriminalitäten – für Beträge, die die Reichen täglich in Minuten ausgeben.

Der Staat und die Medien erzählen zwar jeder Mensch würde vor dem Gesetz gleich stehen, aber dabei weiß jedes Kind, dass wer reich und mächtig ist, nicht im Knast landet, da gute und teure Anwälte ihn heraus hauen werden. Wer schlechte Anwälte hat oder auch schon aus sozialen oder rassistischen Gründen als „übliche_r Verdächtige_r“ gilt, hat währenddessen einfach schlechte Karten. Und wer zudem nicht der deutschen Sprache mächtig ist oder nicht lesen und schreiben kann, hat faktisch keine Verteidigungschancen und ist auf ständige Hilfe anderer angewiesen, die oft nicht da ist. Der Gesellschaft ist es scheiß egal. Es werden die

üblichen Feindbilder der „kriminellen Ausländer*innen“, arabischen und nordafrikanischen „Terrorist*innen“ und „gefährlichen Flüchtlingen“ hochgehalten, die schnellstmöglich weg gesperrt oder abgeschoben werden sollen. Deutschland preist sich zwar gerne als weltoffenes Land an, das auch Flüchtlinge aufnimmt, aber nur wenn sich diese erfolgreich in das Arbeitssystem integrieren, wirtschaftlich aus ihnen Profit zu schlagen ist oder sie sich als Opferrolle vermarkten lassen. Wenn sie allerdings in ihren Familien, oder sogenannten „Banden“, nach Deutschland kommen, um in einem reicheren Land logischerweise besser überleben zu können oder denen nehmen, die mehr haben als sie, dann werden sie nicht nur weg gesperrt oder abgeschoben, sondern an ihnen noch fremdenfeindliche Politik statuiert und gerechtfertigt. Dabei geht es dem Staat vor allen Dingen um das Recht der Reichen und dem Schutz ihres Eigentums. Wer gegen Besitzverhältnisse verstößt, wird hier proportional am härtesten bestraft. Der Knast ist eben voll von sogenannten Einbrecher*innen, Betrüger*innen, Räuber*innen und Dieb*innen und nicht von Mördern oder Vergewaltigern, wie so oft dargestellt. Und die Ausländerquote ist natürlich sehr hoch, aber nicht weil Ausländer*innen krimineller als Deutsche sind, sondern weil sie generell zur Unterschicht gehören. Das war in einem Einwanderland wie Deutschland schon immer so und wird auch weiter so bleiben.

Doch da gibt es noch einen anderen Punkt, der hier die ganzen benannten Ungerechtigkeiten und strukturellen Unterdrückungen vielleicht sogar noch übertrifft, nämlich die patriarchale Gewalt. Und das trifft die Frauen im Knast noch einmal dreifach. Der Anteil der Frauen im Gesamtteil der Gefangenen ist ein absolut geringer. Deshalb werden die Bedürfnisse der Frauen auch fast gar nicht wahrgenommen. Die gesundheitlichen, medizinischen und hygienischen Möglichkeiten für Frauen und in frauenspezifischen Angelegenheiten sind erschreckend schlecht. Es gibt grundsätzlich immer mehr Aktivitäten, Sportmöglichkeiten und Aus- und Weiterbildungsoptionen für Männer als für Frauen. Die meisten Frauen kommen mehr oder weniger direkt aus häuslichen oder sexuellen Gewaltverhältnissen, oft wurden sie von ihren Männern oder Vätern zum klauen oder rauben gezwungen oder sind hier, weil sie sich gegen ihre Peiniger gewehrt haben. Der Staat und die Gesellschaft skandalisieren auf sexistische Weise, wenn Frauen kriminelle Handlungen durchführen, vor allen Dingen wenn sie besondere Positionen haben, die sonst gewöhnlich nur Männer machen.

Außerdem behält sich auch heutzutage der Staat weiter vor über den Körper der Frau bestimmen zu dürfen und die Frauen notfalls strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie diese Herrschaft über ihren Körper nicht hergeben. Das hat sich auch seit dem Mittelalter nicht geändert, bloß werden sie jetzt nicht mehr als Hexen auf dem Scheiterhaufen verbrannt, sondern landen im Knast. Während die Männer im Knast oft von ihren Frauen besucht werden, ist das umgekehrt nur selten der Fall. Oft sind die Männer der Frauen im Knast auch selbst in Haft, auf der Flucht oder kümmern sich nicht um sie. Außerdem haben fast alle Frauen im Knast Kinder draußen und somit oft das Problem wer sich um diese zwischenzeitlich kümmert. Die Frau ist eben oft auch aus dem Knast heraus gezwungen ihr Familie zu versorgen und aufrecht zu halten und das obwohl es von hier heraus enorm schwierig ist so viel zu organisieren. Im besten Fall steht der Frau immer noch ihre eigenen Mutter zur Verfügung. Denn am Ende ist die Frau im Knast in fast allen Kulturen verpönt und verachtet und wenn sie angeblich gewalttätig geworden ist, dann noch mehr, da das klassische Rollenbild einer Frau ihr jegliche Art von Selbstermächtigung abspricht. Somit spielt die patriarchale Struktur des Staates und des Strafgesetzes zusammen mit den

familiären Gewaltverhältnissen gegen die Frauen und führt zu ihrer Beherrschung und Unterdrückung. Und trotz dieser niederschmetternden Realität gibt es doch immer wieder kleine hoffnungsvolle Selbstbestimmungs- und Selbstorganisationsansätze der Frauen untereinander im Knast. Vielleicht ist oft die Empathie größer als zwischen Männern, in gewissen Situationen wird sich manchmal gegenseitig geholfen oder im einzelnen auch solidarisch gegenüber Schwächeren, Unterprivilegierten oder Rebellinnen verhalten. Jede dieser auch noch so kleinsten Gesten und Haltungen sind natürlich lebensnotwendig – für jede einzelne im Weg durch den Knast aber auch als Zeichen gegen all diese Unterdrückungen und Zwangssysteme.

Der Kampf geht weiter – bis alle Knäste nieder gestürzt sind!

Für die totale Befreiung von allen sozialen, rassistischen und patriarchalen Herrschaftssystemen. Kraft, Mut und Rebellion.

Freiheit für alle!



Schön wie ein Kommissariat, das brennt

Dokumentation:

*Wir sind keine Soldaten.
Wir sind kriminell.
Wir haben kein Vaterland, keine höheren
Gründe, wir nehmen keine Anweisungen
ausser die von uns selbst an.*

*Hingegen kämpfen wir.
Um unsere Leben zu finden,
unsere Freiheiten zu erkunden.*

Wir bekämpfen das Elend unserer Leben, die Unterdrückung der Moral und die Gitter, die uns einsperren.

In der Nacht vom 18. April haben wir ein Kommissariat in Lüttich (Belgien) angezündet. Es wurde komplett zerstört, von den Flammen verwüstet.

Wir widmen diese Attacke den Gefährt_innen in Aachen, die wegen Bankraub angeklagt sind.

Entschlossenheit und Mut!

Wir denken auch an den Compa von Montreuil und an Damien, immernoch in Fleury eingesperrt.

Gebt nicht auf!

Ein Gruss an alle, die sich verschwören!

*Mit Freude, Liebe und Gewalt,
allzeit im Krieg.*

„hast du kein Feuer?“ und Kompagnon

Das Niederbrennen der Bullenstation in Lüttich, Belgien, geschah zeitlich in dem Rahmen der Solidaritätswoche (17.-23.4.) mit den wegen Bankraubs in Aachen angeklagten Anarchist*innen. In diesen Tagen gab es weitere Akte der Solidarität in verschiedenen Ländern:

- in Zürich wurde die Grillsaison mit mehreren angezündeten Bankautomaten eröffnet
- in Hamburg wurde eine Bank angegriffen
- in Brüssel wurde ein Firmen-LKW eines Knastprofiteurs den Flammen übergeben
- in Mexico Stadt wurde eine Bank mit einem Sprengsatz verwüstet, welche bereits im Februar in Solidarität mit den Gefangenen in Aachen angegriffen wurde
- in Wien wurde eine Bank angegriffen
- aus Frankfurt a. M. wurden solidarische Grüße übermittelt in einem Communiqué welches sich zu einem „Angriff auf Menschenjäger - 3 Zoll Autos angezündet“ bekennt

- in Basel wurde ebenfalls ein Bankautomat abgefackelt
- in Mexico Stadt detonierte ein Sprengsatz vor der Tür einer Exxon Vertretung

Der Gerichtsprozess gegen die beiden Anarchist*innen geht dem Ende zu und Anfang/Mitte Juni wird das Urteil erwartet. Die Staatsanwaltschaft fordert lediglich basierend auf einer Zugehörigkeit zu einer „anarchistischen Szene“ und DNA-Treffern eine Gefängnisstrafe von 8,5 und 9 Jahren Haft für die Beiden.

für Infos und Berichte der Prozesstage checkt: solidariteit.noblogs.net

Urteil im Prozess gegen angeklagte Anarchisten

Heute, 7. Juni 2017, hat der Richter das Urteil im Prozess gegen unsere Kameradinnen ausgesprochen, die beschuldigt werden 2014 eine Filiale der Pax Bank in Aachen überfallen zu haben. Obwohl unser Kamerad freigesprochen wurde, haben sie unsere Kameradin und Schwester zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil zeigt deutlich, dass nicht nur der Tatbestand verurteilt wurde, sondern auch die Ideen, unsere anarchistischen Ideen, die Solidarität und die Haltung nicht mit der Herrschaft zu kollaborieren. Trotz der Absicht unseren Ideen und unserer anarchistischen Praxis einen Schlag zu versetzen und diese zu unterdrücken, sind wir und werden wir auch weiterhin stolz und überzeugt sein wer wir sind und wissen wofür wir kämpfen.

Genau das haben wir auch mit unseren Aufschreien der Wut und der Solidarität im Saal getan, genauso wie unsere Kameradin, die uns mit Würde, erhobenem Haupte und erhobener Faust grüßte als sie mitgenommen wurde. Auf dass dieser Sturm der Wut, des Hasses und der Liebe für die Kameradin kräftig weht und sich auf diese ganze verdammte Welt ausbreitet.

Ohne Freiheit für unsere Kameradinnen, gibt es Krieg unseren Feinden.

Wer nicht fragt bleibt dumm!

Als wir beieinander saßen und über das Übel der Welt und den Rechtsruck in vielen der westlichen Staaten redeten, erschrakten wir bei dem Gedanken, was wäre, wenn das erst der Anfang ist. Andere redeten bereits darüber. Manche verstecken sich und andere denken an Flucht. Wir suchen nach Handlungsmöglichkeiten.

Die Vorstellung ist schnell ausgemalt: Arm und mittellos stehen wir der Repression und Überwachung einer faschistoiden Gesellschaft oder einem autoritärem Staat gegenüber. Wir stecken drin im Dreck. Wie lässt sich Widerstand aufrecht erhalten und organisieren? Wie können wir Knast und Folter entrinnen und Unruhen anzetteln, die Verhältnisse sabotieren?



Einige solidarische Anarchistinnen.

Demonstration in Barcelona um 20:00 – Plaça Lesseps.

Es lebe die Anarchie!

solidariteit.noblogs.org

Konzepte lokaler und über regionaler Organisation wurden erörtert. Wir haben uns das Ausmaß des vorstellbaren Grauens ausgemalt. Über Ängste haben wir geredet, es sind uns Fluchtgedanken gekommen und wir haben sie zugelassen. Darum soll es in diesem Text hier nicht gehen. Eine solche Auseinandersetzung muss aber weiter geführt werden.

Schnell wurde klar, dass wir auf die meisten Fragen keine einfachen Antworten haben. Das uns vor allem viel Wissen und Fähigkeiten fehlen, ganz praktisch mit verschärften Verhältnissen um zu gehen.

Wir und mit Sicherheit auch die Meisten die wir kennen, haben intellektuelle, organisatorische, materielle und

auch soziale Defizite. Es erscheint zweifelhaft, ob wir als Gruppe härteren Bedingungen gewachsen wären. Vielleicht wären wir nicht klug genug und hätten zu wenig Mittel, um widerstehen oder überleben zu können.

Diese Feststellung ernstnehmen heißt: Wir müssen (!) daraus Konsequenzen ziehen. Sonst ist es das übliche Ge-laber, wie es zur Zeit an jeder Ecke zu hören ist. Daraus entstand eine erste Idee.

Wir haben uns aber nichts Neues oder besonders Schlau-es ausgedacht. Wir schlurfen langsam und mühsam vorwärts.

Es geht darum, unsere Fähigkeiten und Überlegungen, un-ser Wissen und Material organisiert zu teilen. Wir müssen sie erweitern und austauschen. Das bedeutet auch, dass wir das Wissen anderer brauchen und wir uns Fähigkei-ten beibringen und Nützliches teilen müssen. Es gilt, das zu organisieren. Wir lehnen zentralisierte Organisationen ab. Deswegen braucht es Verknüpfte Netze, die aus poli-tischen und sozialen Kontexten bestehen. Das heißt, wenn man was braucht, mal bei anderen nachzufragen. Erst wenn es strukturierter zu Sache geht erwächst Stärkung.

*(Um Missverständnissen vor zu beugen: Unter dem grau-
envollen Begriff „skill-sharing“ gibt es so was schon lange.
Wir finden das immer Scheiße, wenn es am Ende darum
geht, sich fit für die kapitalistischen Verhältnisse zu machen.
Wir teilen die Kritik an der Share-Ökonomie. Sie führt zu
mehr Ausbeutung)*

Was wir brauchen

Sich des eigenen Wissens und der eignen Fähigkeiten bewusst werden und die Aneignung von Wissen und Material: das wäre der erste Schritt. Wir zielen darauf, Handlungsfähigkeit auch unter stark repressiven Bedin-gungen aufrecht erhalten zu können.

Was wir im Einzelfall brauchen, kann sehr unterschiedlich sein. Das betrifft Material, Wissen und Fähigkeiten. Hier der unvollständige Überblick:

Zur Bewältigung des Alltags brauchen wir auch scheinbar Einfaches.

- Wie besorgen wir uns Geld auf unterschiedlichste Art und Weise? Das brauchen wir für unsere politische Praxis und zum Überleben. Wie lassen sich Stiftungen, Unis, Arbeitgeber, Reiche und politische Gegner_innen ab-zocken? Wo lohnt sich ein Überfall? Wie verhökert man Beute? Wie zieht man durch Hacken Geld von Konten ab oder manipuliert Geldtransfers?

- Wie funktioniert das organisierte Klauen von Lebensmit-teln am Besten? Wer kennt sich mit Elektroarbeiten aus? Was ist mit GasWasserScheiße? Wie Autos klauen?

Du findest die Fragen seltsam und nicht relevant? Wir sind arm und werden es bleiben.

Der Großteil der Einfälle betrifft unsere explizite poli-tische Handlungsfähigkeit.

- Wer hat medizinische Fähigkeiten oder kennt jemanden, der*die welche hat? Welche*r Ärzt_in behandelt Illegali-sierte und Abgetauchte? Wie organisieren wir am besten Medikamente?

- Wo kann man abtauchen?

- Wie kann man sich im Notfall den Verfolgern entzie-hen?

- Wie kommen wir an mehr kleinkriminelle Fähigkeiten?

- Wer kennt sich mit Metallverarbeitung aus?

- Wie bewegen wir uns in Zukunft unerkannt durchs Land und über die Grenzen?

- Wer kann Schlösser knacken, Bitcoin generieren, Autos hacken...

Diese Liste kann man lange fortschreiben. Weiteren Einblick wollen wir aber den Bullen nicht geben. Der Rest bleibt eurer Phantasie überlassen.

Wie kann man das strukturieren und organisieren?

Dass wir das zu mehreren diskutiert haben, ist offensicht-lich, sonst liefe das Alles von selbst. Wir wollen auto-nome Grüppchen anregen, bewusst Fähigkeiten, Wissen und Verfügbarkeit von Material zu organisieren. Wenn sich Wissensnetze ergeben, kann daraus die Stärkung unserer Fähigkeit zu Handeln werden.

Wir haben intern eine ersten Liste mit unseren Fähigkei-ten, unserem Wissen und unseren Wünschen gemacht. Da kamen schon mal mehr Fähigkeiten ans Tageslicht, als ge-dacht. Es stellt sich die Frage: Wie die „Liste“ organisie-ren und aufbewahren? Wie finden wir einen praktikablen Umgang damit? Wie können wir unkompliziert darüber miteinander kommunizieren? Wieviel Vertrauen muss sein, um „alles“ zu teilen? Wie viel Wissen gibt man preis? Wie machen wir Vertrauensverhältnisse zu Leuten auf, die wir andocken wollen, z.B. Ärzt*innen, oder Hacker? Dies ließe sich lange erweitern.

Wir setzen bei der Vernetzung mit Anderen auf Ver-trauen. Das Vertrauen ist durch politische Praxis, soziale Kontakte und durch Freundschaften gewachsen. Rein funktionale politische Verhältnisse wären eine Schwach-stelle für Spitzel und Bullen. Wir sehen deswegen unser Vorhaben auch nicht als reine technische Angelegenheit. Es geht eben um dauerhafte Vertrauensverhältnisse. Es geht darum, sowas überregional aufzubauen und so we-nig repressionsanfällig wie möglich zu organisieren.

Wir sind überzeugt, mit Leuten gezielt reden zu müssen. Man muss konkrete Abmachungen und verbindliche Ver-abredungen treffen, um Verlässlichkeit herzustellen.

Einfach zu sagen, „ich kenne einen Arzt, der ist ok und behandelt auch untergetauchte Patienten“, reicht meist nicht aus. Man muss vertrauensvoll mit dem Arzt reden: Unter welchen konkreten Bedingungen kann ich dich fragen? Bist du dann bereit? Kannst du auch wo hin fa-

hren? Was ist das Fachgebiet? Kannst du unter der Hand Medikamente besorgen? Kennst du andere Ärzt*innen, die helfen würden?

Das nur als Beispiel. Möglichst genaue Absprachen zu treffen ist wichtig. Nur so nützt die Organisierung der Fähigkeiten was.

Mackergehabe und Wichtigtuerei sind große Gefahren. Wenn es drauf ankommt, muss die konkrete Fähigkeit oder der Gegenstand abrufbar sein. Man gefährdet andere, wenn herauskommt, dass man das Versprochene doch nicht so ganz beherrscht oder nicht weiß, wo das Ding gerade ist.

Genauso wichtig ist das Sammeln, von dem, was man gerne können und haben will. Denn es kann sinnvoll sein, dass gezielt erlernt und beschafft wird, was fehlt. Zum Beispiel: Keine*r hat Ahnung von Elektronik? Kann sich jemand zu einem Volkshochschulkurs oder einer Ausbildung

hinreißen lassen? Oder vielleicht zum Bücherstudium und Schlaumachen? Alles mit Unterstützung der Anderen, das ist klar. Wir müssen uns gegenseitig helfen, zu lernen.

Oft beginnt man erst sich um Wissen zu kümmern, wenn man es konkret braucht. Das ist problematisch. Es frisst Energie und macht schnelles Agieren schwer. Wir wollen handlungsfähig bleiben, wenn Armut und Repression intensiver werden. Wir erarbeiten uns diesen Organisationsprozess neben der täglichen politischen Praxis.

Wir rufen andere Zusammenhänge auf, uns nachzueifern. Und wenn wir nur Andere auf Ideen bringen, hat sich dieser kleine Text über die Schwierigkeiten der Praxis gelohnt.

AG

Beitrag zum Salon gegen den politischen Ausstieg

Der Leipziger Salon gegen den politischen Ausstieg hat zum ersten Mal eingeladen. Zum Thema Risiken und Nebenwirkungen von (politischer) Lohnarbeit trafen sich am 30.03.2017 ca. 100 Menschen im UT Connewitz.

Der Raum wurde schick hergerichtet und es gab freien Wein, Obst und Schnittchen – danke dafür! Der Ablauf wurde wie folgt angekündigt: Kleiner Input der vier Referent*innen, Eröffnung des Buffets (wir haben vorher schon zugeschlagen ;)), Pause und Kleingruppenarbeit. Soweit so gut! Eine Grundlage für eine spannende Veranstaltung und Diskussion. Als die vier Refrent*innen anfangen zu reden wurde jedoch schnell klar, dass es hier nicht um „Dabei bleiben“ sondern um Ausstieg ging. Alle Referent*innen (eine Jugendclub Geschäftsleiterin, linke Journalistin/Unimitarbeiterin, ein Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten der Linken (WTF?) und eine Mitarbeiterin einer NGO) beschrieben sich mehr oder weniger als nicht mehr politisch aktiv...höchstens im Sinne ihrer Lohnarbeit, allerdings dort nicht in Form von Arbeitskämpfen.

Was sich im UT abspielte ähnelte eher einer studentischen Jobmesse statt einer Diskussion zwischen „Linksradiakalen“, die sich über Möglichkeiten langfristiger Widerständigkeit und Voraussetzungen dafür austauschen. Grundsätzlich hatten alle vier Referent*innen eine ähnliche (polit-) Biografie: auf die ein oder andere Weise aktiv gewesen während des Studiums, nun in Lohnarbeitsverhältnissen und damit einhergehend eher Ausstieg aus der Szene oder, wie es manche auf dem Podium selbst beschrieben, eine „Unterbrechung“ der politischen Arbeit.

Unser erster Kritikpunkt bezieht sich somit auf die Wahl der Referent*Innen. Wir fragen uns warum auf einem Podium zu (politischer) Lohnarbeit und Ausstieg ausschließlich studierte Menschen sprechen? Das Podium bildete eine eindimensionale Seite linker Aktivist*innen

ab, nämlich diejenigen, welche durch Privilegien, wie hohe Bildungsabschlüsse und ökonomische Kapazitäten, die Möglichkeit zum Studieren hatten. Das Studium schien demnach die Voraussetzungen für den Aktivismus gewesen zu sein: mehr Zeit als bei einem Vollzeit Job, ein ergibiges Umfeld und ein kritischer Lifestyle waren der Nährboden für linksradikales Engagement. War das Studieren abgehakt ging das Gerangel um die heißbegehrten Arbeitsplätze los, man will ja nicht umsonst studiert haben und der politische Aktivismus blieb aus Kapazitätenmangel auf der Strecke. Dass Menschen sich individuell für den Karriereweg entscheiden: geschenkt. Dass allerdings nur Menschen mit relativ hohen Wahlmöglichkeiten, dank hoher Bildungsabschlüsse, auf dem Podium saßen war nicht nur langweilig, sondern auch zermürend und frustrierend.

Vorallem diejenigen, die sich entweder nicht durch eine universitäre Laufbahn schlagen (können) oder sich einen konstruktiven Austausch über die durchaus berechtigten Ängste mit Beendigung des Studiums erwarteten, wirkte das Gesagte demotivierend. Es war eine Abbildung des Worst-Case- Szenarios der Verbindung von Lohnarbeit und politischem Ausstieg.

Dazu kam, dass die Job's alle moralisch jeweils individuell rechtfertigbar wirkten: Man helfe der Szene ja durch Geld aus der Partei oder als Geschäftsführerin eines bekannten linken Jugendclubs. Die NGO ist ohnehin politisch aktiv und natürlich ist es von Vorteil wenn die Lehrveranstaltungen an der Uni nicht ausschließlich von reaktionären ü50 Professor*innen, sondern auch von kritischen Menschen gegeben werden. Bei so viel Engagement auf der Lohnarbeit lohnt sich der politische Kampf ja eh nicht mehr, scheint ja alles okay zu sein. Ein bisschen Anerkennung kann man für sein Engagement auch noch abstauben. Aber gerade diese Job's, die durch ent-

grenzte Arbeitszeiten und ein hohes Maß an Selbstausbeutung durch moralischen Druck gekennzeichnet sind, was durchaus von Sprecher*Innen des Podiums reflektiert wurde, sind Teil einer schönen neuen Arbeitswelt, die so schön gar nicht ist.

Widerstand am Arbeitsplatz ist kein Thema mehr, denn der Job ist nicht mehr „Beruf sondern Berufung“, wie es so schön heißt, und verlangt höchste Selbstaufgabe. Die ökonomische Notwendigkeit der Lohnarbeit wird durch Selbstverwirklichung verschleiert. In welcher vorteilhaften Lage sich die vier Referent*Innen damit befanden, nicht nur irgendeinen Job zur Existenzsicherung nachgehen zu müssen, wurde nicht thematisiert. Kein*e kämpfende Amazon Mitarbeiter*in, kein*e sonst wie prekär angestellte, organisierte Person oder zumindest Menschen, die in solidarische kollektiven arbeiten, waren vertreten... geschweige denn Personen, die ihren politischen Kampf in der Organisation gegen das Jobcenter oder dem*der Chef*in sehen.

Die Zusammensetzung des Podiums gaukelte das kapitalistische Glücksversprechen vor: „Wenn ihr gute Kontakte knüpft (während des Studiums und in der Szene), genug Skills sammelt (u.a. auch in der Politgruppe) dann könnt ihr auch so einen seltenen, aber coolen Job wie wir bekommen.“ Vor allem der Aspekt, dass die in der politischen Organisation erlangten Skills und Kontakte durchaus bei der Jobsuche von Vorteil sind, wurde nicht beleuchtet. Eine Reflektion darüber, dass gerade die vorgestellten Jobs absolute Einhörner auf dem ohnehin schon umkämpften Jobmarkt sind fand leider nicht statt.

Thematisiert wurde auch nicht warum die Diskutant*innen überhaupt einer Lohnarbeit nachgingen. Dass wir alle Geld brauchen um Essen, Wohnung und Kultur erwerben zu können ist unter kapitalistischen Verhältnissen klar. Dass Arbeit, ob nun abgespalten und unsichtbar gemacht (Reproduktionsarbeit) oder offen und wertschaffend ein zentrales Element des Kapitalismus ist, sollte auch vorausgesetzt werden. Heißt wir sollten Wege finden dieses zentrale Element in seinem spezifischen Auftreten anzugreifen und zu verändern. Alles zielt darauf ab, dass der*die Staatsbürger*in am Ende der Ausbildung (Familie, Kindergarten, Schule, Ausbildung, Uni etc.) ihre Arbeitskraft verkauft oder kostenfrei für das Männliche verausgabt. Es ist schwer sich diesen vorgegeben Weg zu widersetzen und auch die Jobcenter und das Überleben in den „Sicherungssystemen“ gleichen oft einem 20 Stunden Job.

Später in den Kleingruppen sollte sich aufgeteilt werden, je nach Interessenlage welche Person den spannendsten Input gegeben hat. Für uns schien die Veranstaltung damit beendet. Wir hatten kein Interesse daran uns aufzuteilen a lá: „Setzt euch zu dem Job in dem ihr euch in fünf Jahren am ehesten seht.“ Als Standardbiografie der Linksradiakalen wurde hier einfach unreflektiert das Bild des Studi's reproduziert. Eine Biografie die oft mit sich

trägt nach dem Master und gut ausgebildet im Privaten zu verschwinden. Positiv anzumerken ist allerdings, dass sich eine Kleingruppe formiert hat, welche sich kurzer Hand mit Arbeitslosigkeit, damit verbundenen Ängsten und möglicher Organisation auseinander gesetzt hat. Dies ging allerdings von einer externen Person aus.

Leider sahen wir nicht den Raum für unsere Kritik auf der Veranstaltung. Zum einen wurde das Podium direkt in Kleingruppen aufgelöst. Zum anderen gab es in der Einleitung die Bitte keine Kritik an Einzelnen Biografien zu üben. Die finden wir vor dem Hintergrund eines „Parteigenossen“ auf dem Podium schräg. Sein Job ist Ehrenamtlich für die Partei die Linke in Leipzig und bezahlt (im normalen Jobverhältniss aber wie auf dem Podium geäußert nicht in der Gewerkschaft eingetreten) im Bundestag auch für die Linkspartei zu arbeiten. Hier ist sich zu fragen was meinent die Veranstalter*innen mit politischen Ausstieg? Woraus steigen wir aus? Wir sind mit einem klaren Standpunkt ran gegangen und dachten dieser wird allgemein vorausgesetzt. Nämlich außerparlamentarisch, selbstorganisiert und revolutionär – und diese Begriffe sind schon mega schwammig.

An sich waren wir alle gespannt auf das Podium und freuten uns über das Angebot einer breiten Debatte über die Angst vor dem Ausstieg, die mit Sicherheit viele politisch Aktive umtreibt. Demnach können viele von uns nachvollziehen, was Menschen dazu bewegt sich der Lohnarbeit zu beugen und die knappe Ressource Zeit eher dem Gelderwerb als der Politarbeit zu widmen. Tatsächliche Fragen und Anregungen, wie dieser alte Widerspruch angegangen werden kann, wurden leider gar nicht behandelt und ließ uns mit einem leeren Gefühl zurück. Dieser Beitrag soll nicht ausschließlich eine Kritik an der Veranstaltung darstellen. Wir wollen auch einige Fragen aufrollen, welche die sogenannte „politische Lohnarbeit“ betreffen, die als eine Alternative zum völligen Sich-Verabschieden aus der Szene angeboten wurde. Die Veranstaltung wurde wie folgt angekündigt:

„Politisch aktiv trotz, durch oder ohne Lohnarbeit? Arbeiten wir möglichst wenig, um viel Zeit zu haben, bezahlt in linksradikalen Projekten oder landen wir irgendwann in den Parteien, NGO's oder Gewerkschaften? Gemeinsam wollen wir Erfahrungen austauschen und darüber sprechen, wie wir arbeiten und welche Widersprüche und Freiheiten die verschiedenen Varianten mit sich bringen.“



Hier stellt sich bereits bezogen auf den Ankündigungstext die Frage, ob „bezahlte Arbeit in linksradikalen Projekten“ überhaupt (linksradikal) Politisch sein kann. Ist mit dem Zwang auf Verwertung, unter dem Druck der Kündigung und unter dem Kredo der Entfremdung linksradikale Politik zu machen? Ist es möglich sich von der Lohnarbeit nicht korrumpieren zu lassen? Wenn ja wie?

Unser Ansatz wäre eine andere Herangehensweise, eine andere Fragestellung: Wie ist es gemeinsam möglich wenig (Lohn-)Arbeit zu verrichten und trotzdem Geld, Essen und Wohnorte zur Verfügung zu stellen? Ladendiebstahl, Enteignung, Containern, Tafel und (stille) Besetzungen sollen hierbei als einige Antworten genannt werden. Natürlich sind diese Strategien nervenaufreibend: Wir haben keine Planungssicherheit, können aus der Mehrheitsgesellschaft alles andere als Anerkennung erwarten und wissen nie, ob und wann uns die Repression in die Knie zwingt!

Es braucht Häuser (Hausprojekte, Besetzungen von Wohnungen), Strukturen (autonome selbstorganisierte Beratungen und Basisnetzwerke, Baumaterialien, Drucker, Küchen, Solidaritätsgruppen etc.) Wissen und Organisation mit dem Ziel auf eine positive Aufhebung des Kapitalismus und einer Abschaffung der Herrschaft überhaupt. Damit wir gemütlich alt werden könnten! Dazu braucht es definitiv Diskussionen wie die der Genoss*innen gegen den politischen Ausstieg. Es bleibt festzuhalten, dass es möglich ist politisch zu bleiben und zu handeln! Die Voraussetzungen dafür sind ein gewisser Grad an widerständiger Organisation und Solidarität, sowie eine Rückbesinnung auf (eigene) soziale Kämpfe.

Wir sollten uns gemeinsam Gedanken machen wie wir uns langfristig, solidarisch und kollektiv organisieren können. Um unserer Kämpfe willen aber vor allem auch um unserer selbst! Denn wenn wir uns nicht um Brot, emotionale Fürsorge und etwas zum schlafen kümmern dann können wir auch nicht kämpfen. Aber wenn wir das Kümmern zum kämpfen machen, werden wir es gemeinsam zumindest leichter haben und können konkrete Alternativen in sozialen Kämpfen aufzeigen. Mit dem Ziel der sozialen

Revolution bei welcher mit Blick auf das Wort sozial vor allem die gesellschaftlichen Beziehungen gemeint sind die wir verändern müssen - neben den Strukturen. Die Lohnarbeit ist ein bestimmendes Moment, welches uns voneinander trennt... im Kampf gegen sie könnten wir uns neu wieder finden.

Einen Tag vor dem ersten politischen Salon ging es in einer anderen Lesung in Leipzig um Bankraub und Enteignung als politische Strategie und um die Frage, welche Auswirkungen das Ausbleiben solcher militanter Praxen auf die Form linksradikaler Theorie und Praxis hat. Außerdem: wie bekommen wir fernab von Lohnarbeit, Solipartys und Anträgen Geld für uns und unseren politischen Kampf zusammen? In den 70ern hieß es eine Bank zu machen. Heute heißt: nach dem Bachelor noch den Master.

Was hätte anders laufen können?

Ein gemischtes Podium, Kritik an Arbeit, positiver Ausblick von 40 Stundenwochen-Erniedrigten und ihren Konzepten und Strategien. Dazu hätte es ebenfalls noch Beispiele von erfolgreichen Arbeitskämpfen geben können sowie das aufzeigen von der Möglichkeit sozialer Kämpfe im eigenen Alltag. Die Diskussion dazu laufen in der letzten Zeit ja durchaus wieder vermehrt an (11 Thesen Bremen, Broschüre „Schritte in eine gelebte Utopie“, Antifa Kritik und Klassenkampf Frankfurt, Wilhelmsburg Solidarisch und die verschiedenen Ableger oder die „Selber machen“- Konferenz in Berlin (um nur einige Beispiele zu nennen). Hoffen wir beim nächsten Salon um Druck innerhalb linke Organisationen wird das mitreflektiert. Im Sinne von; wer halt 40 Stunden arbeitet hat Druck. Den kann eine klassische beispielsweise IL-Politgruppe nicht auffangen und tut es auch nicht. Da geht es wieder um die politische Organisation des privaten und Alltäglichen in dem durch aus für eine emanzipatorische Gesellschaft gestritten werden sollte.

Kritik oder Anregungen? Dann schreibt uns gerne an dabeigewesen@riseup.net

Revolution und Gegenrevolution

Wenn ich hier den revolutionären Prozess des Jahres 1917 und die vom „Roten Oktober“ ausgehende Gegenrevolution nachzeichne, dann ist zunächst eine Vorbemerkung zu den Veränderungen ihrer Rezeption und Geschichtsschreibung am Platz. Bis zur Öffnung der Archive unter „Glasnost“ wurde die geschichtliche Wirklichkeit unter einem dichten Mythenteppich verborgen gehalten. Er war aus den geschichtspolitischen Werkstätten der Sowjetunion, vor allem unter dem Diktat der Ende der 30er Jahre von Stalin verordneten offiziellen Darstellungen gewebt und über ML-orientierte Geschichtspflege und Propaganda in alle Länder getragen worden. Mit der Öffnung der Archive wurde eine Fülle von Material erschlossen, das den Mythenteppich allmählich auflösen half. Das gilt besonders für die von

*1918 bis 1922 gegen die revolutionären Bäuer*innen und Arbeiter*innen entfesselte Gewalt.*

Revolution

Die Revolution des Jahres 1917 vollzog sich wesentlich in drei Strängen. In der Revolution der Bäuer*innen im Frühjahr und Herbst, in der damit korrespondierend verlaufenden Machtübernahme in der Produktion durch die Fabrikkomitees (auch „Räte“ genannt) und schließlich durch die Soldatenräte in der Armee. An allen waren auch bolschewistische Arbeiter*innen beteiligt, sie wurden aber nicht von ihnen bestimmt. Die revolutionäre Explosion des Jahres 1917 wurde von den Textilarbeite-

rinnen des Petersburger Wyborg-Bezirks gezündet, die die Kämpfe der vergangenen Jahre gegen die zaristische Ernährungs- und Inflationierungspolitik in einen revolutionären Impuls übersetzten. Sie zogen männliche Arbeiter, manchmal mit Mühe, in die binnen Wochen erstarkende Streikbewegung hinein und setzten die Februarrevolution in Gang, an deren Ende die Abdankung des Zaren am 3. März stand. Die Bolschewiki waren davon überrascht worden und zogen, von Lenin aus der Schweiz angestachelt, nach. Von hier aus radikalisierte sich der revolutionäre Prozess schubweise auf dem Land, in den Fabriken und in der Armee. Auf dem Land überführten die Bäuer*innen die Gutshöfe (einige brannten sie ab) in die kollektive Verfügung der Dorfgemeinschaften und übernahmen die Verwaltungszentren. An der Bauerrevolution war bemerkenswert nicht nur die Übernahme der Gutshöfe, sondern die Selbstorganisation in der Herstellung einer eigenen lokalen Verwaltung. Der lokale Staatsapparat brach zusammen, in demokratischen Verfahren wurden Bauernkomitees gewählt, die eigenes Dorfrecht schufen. Sie verwandelten einen großen Teil der Gutshöfe in Schulen, in denen sie von ihnen bezahlte Lehrer*innen einstellten, weil sie Bildung sehr wichtig nahmen. Und sie begannen sogar, übergreifende Strukturen zunächst auf Regionalebene herzustellen. Sie wurden bei alledem bestimmt von den Vorstellungen der sogenannten „moralischen Ökonomie“, entwickelt über Jahrhunderte in den Kämpfen gegen die meist adeligen Grundeigentümer. Tragend war eine egalitäre, eigentumsfeindliche Einstellung, die auch die Versorgung der armen und notleidenden Mitbewohner*innen einschloss. Die unter Stolypin vor dem Krieg gebildeten und aus der Dorfgemeinschaft ausgescherten Kulakenwirtschaften wurden aufgelöst und ins Dorfkollektiv zurückgenommen. Bauernselige Romantiker aus der Ecke der Narodniki und von sozialrassistischer Verachtung gegen die „dunklen, rückständigen Massen“ bestimmte Marxisten (wie etwa Plechanow: „Lasttiere“) verfehlten in ihren Beurteilungen die Herkunft der bäuerlichen Einstellungen aus den Kämpfen der vergangenen Jahrhunderte in schöner komplementärer Übereinkunft. Im Oktober war die gesellschaftliche Basis des russischen Staats verschwunden und Lenin trieb aus seinem Versteck in Finnland die Genossen an, die Revolution auf dem Land endlich zur Kenntnis zu nehmen. Nicht ohne Grund, denn es war der bei weitem wichtigste Strang der Revolution. Schließlich lebten 80% der Bevölkerung auf dem Land. Die Verhältnisse, die diese Revolution schuf, waren nunmehr herrschende Verhältnisse, legitimiert in neuen revolutionären Rechtsformen. Die Revolution korrespondierte sogar direkt mit der von Zapata angeführten mexikanischen Revolution, in deren Tradition noch heute die von Chiapas ausgehenden Bewegungen stehen.

Die Fabrikkomitees hatten eine lange Tradition, die bis zur Revolution 1905 und darüber hinaus zurückreichte. Gewählt von der gesamten Arbeiter*innenschaft übernahmen sie die Kontrolle selbst oder organisierten ein unüberwindliches Gegengewicht gegen die Eigentümer bzw. das Management. Sie betrieben vor allem die Abschaffung des verhassten Stücklohns, mit Marx Signum

der kapitalistischen Produktion und Vorreiter und Begleitstrategie des weltweiten tayloristisch/fordistischen Angriffs auf die Klassenautonomie. Die Auseinandersetzungen zwischen bolschewistischen, menschowistischen, sozialrevolutionären und anarchistischen Theorie- und Strategiepositionen spielten hier keine Rolle. Geprägt wurden sie in ihren egalitären Einstellungen vor allem von den Bauernarbeiter*innen, den neu aus dem Dorf eingezogenen Arbeitskräften, als dem radikalsten Element des revolutionären Prozesses in den Fabriken.

In der Armee beseitigten parallel dazu gewählte Komitees als „Organe der Selbstorganisation der Soldaten“ die verhassten Strukturen der zaristischen Autokratie. Die Diskussion an der Basis favorisierte vor allem Guerilla- und Milizvorstellungen und verlief analog zu der Bildung von Milizen und roten Garden in der Fabrik. Auch hier waren die Bolschewiki keine bestimmende Kraft. Alle drei Stränge waren Ausdruck revolutionärer Selbstorganisation von unten. Allerdings gelang es den Bolschewiki, sich in den Auseinandersetzungen mit der provisorischen Regierung durch radikale Forderungen und Parolen in den Vordergrund zu spielen und Mitglieder zu gewinnen.

Die sogenannte „Oktoberrevolution“ war dem gegenüber ein verhältnismäßig unauffälliger Vorgang der Besetzung von Institutionen staatlicher Macht, ganz im Gegensatz zu der Jubel- und Heldenberichterstattung aus dem Mythentepich. Er fand weitgehend unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle statt. Das Nachtleben, auch das der besseren Kreise, verlief bis in die frühen Morgenstunden des nächsten Tages weitgehend unbehelligt, selbst in unmittelbarer Umgebung der Stätten und Newabrücken, die die bolschewistischen Geschichtlegenden zu Orten eines dramatischen Kampfgeschehens machen. Relativ geräuschlos besetzten bolschewistische Arbeiter und Soldaten Bahnhöfe, Post, Telegrafenamts und weitere Knotenpunkte der Verwaltung. Auch die Übernahme des Winterpalais war wenig spektakulär. Der Leiter der provisorischen Regierung Kerenski fuhr weg, seine Soldaten verdrückten sich und seine Minister verharren in unfroher Unsicherheit. „Kalifen für eine Stunde“ spottete die Presse. Aber der Spott sollte ihr in der Kehle stecken bleiben. Das Oktobermanöver war nur der Auftakt zu einer Offensive bolschewistischer Machtformierung. Ihr Erfolg beruhte darauf, dass sie die Gewaltressourcen und Zwänge des Bürgerkriegs mobilisieren konnte. Denn der Bürgerkrieg war das Medium, in dem die Bolschewiki ein unerschöpfliches Reservoir von -Gewaltmitteln zur Gestaltung neuer Machtverhältnisse entfesselten, unter Überschreitung von moralischen Barrieren und in mörderische/ Dimensionen hinein, die auch unter dem Zaren nicht durchbrochen bzw. erschlossen waren. In allen sozialen Bereichen der Revolution von unten fingen die Bolschewiki (nur über kurze Zeit im Verein mit den linken Sozialrevolutionären) zunächst die revolutionären Impulse durch rechtliche Zugeständnisse hinhaltend ab, um dann im Verlauf der Frühjahrsmonate des Jahres 1918 zu terroristischen Formen der Gegenrevolution von oben überzugehen.



Gegenrevolution

Lenin, der sich durch seine strategische Begabung und Redekunst immer mehr zum informellen Führer der Machtebene profiliert hatte und seit dem Attentat auf ihn im Sommer 1918 zur regelrechten Ikone hochstilisiert wurde, wurde mit anderen Kadern des Parteiapparats von Vorstellungen einer kriegsökonomischen Transformationspolitik geleitet. Sie griffen die Impulse aus der deutschen Kriegsökonomie auf -das waren zugleich die Impulse aus der russischen Kriegsökonomie, die ja ihrerseits seit 1914/15 deren Strategien aufgenommen hatte- und übersetzten sie in einen gewaltigen Prozess der Erneuerung Russlands mit Aspirationen globaler Ausstrahlung. Spätere Führungspersonen des Apparats, wie der als ZK-Mitglied hochrangige Altbolschewik Krassin (vor dem Krieg leitender Ingenieur bei Siemens, im Krieg auf höchster Bank.Ebene Mitglied der zaristischen Kriegsökonomie, jetzt bolschewistischer Außenminister), Groman (zaristische Ernährungsdictatur, blieb in der bolschewistischen Requisitionspolitik), Kriszanowski hatten herausragende Positionen in der zaristischen Kriegsökonomie gehabt. „Lerne beim Deutschen“ war Lenins ständige propagandistische Mahnung. Was beim Deutschen lernen? Dies hier: die in der deutschen Kriegsökonomie exemplarisch verfolgte Verbindung einer Offensive tayloristisch/fordistischer –also kapitalistischer- Rationalisierung mit der Effektivierung und Vergesellschaftung des militärisch/ökonomisch/politischen Kommandos. Taylorismus hieß in Taylors eigenen Worten „Krieg“ („war“) gegen den proletarischen Eigenwillen im Produktionsprozess und den Lebensformen. Lenins Ziel: „alle beteiligten Werkstätten zu einem einzigen wirtschaftlichen Organ zusammen zu fassen, das mit der Genauigkeit eines Uhrwerks ar-

beitet“, unter dem Kommando des „einheitlichen Willens der Leiter des Arbeitsprozesses“ und bei der Übernahme der deutschen Methoden „keine diktatorischen Mühen zu scheuen“. Wie sehr dies mit terroristischen Methoden des sozialen Zugriffs verbunden werden sollte und wie sehr das zunächst zurückhaltende Eingehen auf den revolutionären Prozess nur taktischer Natur war, ergibt sich schon daraus, dass bereits im Dezember 1917 die „Tscheka“ gegründet und als Terrorinstrument in die Durchsetzung des Transformationsprojekts eingebunden wurde.

Das gilt auch für den Rückstau der Revolution der Bäuer*innen. In der Gesetzgebung der ersten Monate des Jahres 1918 wurden viele Ergebnisse der Revolution durch Rechtsform anerkannt, legalisiert, verrechtlicht. Auch das war schon der Versuch der staatlichen Usurpation und Enteignung des revolutionären Prozesses. Aber die Bäuer*innen, über 80 % des revolutionären „Potentials“, wurden nicht etwa -ihrem sozialen Gewicht entsprechend- vorrangig oder auch nur gleichberechtigt in die Umwandlung Russlands eingeladen. Ganz im Gegenteil. Schon in den ersten Januarwochen wurde ohne Not der Raubkrieg gegen die Dörfer mit der Bildung von bewaffneten „Requisitionseinheiten“ zur Aufbringung des Getreides eingeleitet. Der nächste Schritt war die Bildung einer „Nahrungsmitteldiktatur“ im „Narkomprod“ im Mai 1918, die eigentliche offizielle „Kriegserklärung“ gegen die Bäuer*innen. Obwohl diese in der Revolution selbst schon die Kulakenwirtschaften beseitigt hatten, wurde diese Politik von Lenin zur Legitimation des Raubs durchtränkt mit eliminatorischer Propaganda gegen diese „Spinnen, Blutegel, Blutsauger.“ „...Lasst uns diese blutsaugenden Kulaken ersticken und erwürgen“. Nun gab es jedoch keine mehr. Also zielte das auf die Bäuer*innen selbst. Darin lag eine Dehumanisierung, die Stalins Politik des Jahres

1931 vorwegnehmen sollte, die von der neuen Genozidforschung als „Völkermord“ eingeschätzt wird. Aber das nutzte nichts. Auch nicht der Versuch, die „armen Bauern“ in einem „Kreuzzug“ gegen das revolutionäre Dorf in Stellung zu bringen – die in Jahrhunderten gewachsene Solidarität war nicht so leicht zu zertrümmern. Versucht wurde es dann im „Bürgerkrieg“. Der Widerstand gegen die auf Zigtausende angewachsene Requisitionsarmee wurde mit „rotem Terror“ bekämpft: Erschießungen, Liquidierungen ganzer Dörfer, Geiselnahmen, Deportation in neuerrichteten Konzentrationslagern waren die Methoden. Und die auch Folterpraktiken der Tscheka, die nichts ausließen: Handschuhmethode (Hände in kochendes Wasser und dann die Haut abziehen), Übergießen mit Wasser und Vereisung in der Winterkälte, oder das Zwängen in ein Fass mit Ratten unten drin, die sich auf dem Feuer durch den Körper durchfraßen. Das alles mit Billigung Lenins und des ZK, die wöchentlich von Tschekaführer Latsis informiert wurden. Die Bäuer*innen hatten im Bürgerkrieg eine schwierige Position. Sie standen gegen die „weißen“ Armeen auf der Seite der Bolschewiki und rückten sogar in die Rote Armee ein, wenn die „Weißen“ auf der Siegerstraße waren. Bei bolschewistischem Übergewicht stellten sie das ein und wehrten sich gegen den Getreideraub. Als die „Weißen“ 1921 besiegt waren, zeigten die Bolschewiki, worum es ihnen ging. Statt den Krieg einzustellen, ging es gegen die Bäuer*innen erst richtig los. Eine Phase gnadenloser Offensiven im Krieg nach innen gegen die Dörfer begann mit hunderttausenden Toten und Tschekaopfern. Die Konzentrationslager schwellen an und der Hunger in den Dörfern aufgrund der Requisitionsüberfälle forderte Todesopfer in steigendem Ausmaß. Die Kriegführung gegen die dagegen gerichtete Aufstandsbewegung eskalierte im Sommer 1921, als der gewendete zaristische Offizier Tuchatschewski mit dem nunmehr freigesetzten Potential an Maschinengewehren, schweren Waffen und Flugzeugen eine Gewalt eskalierte, der die Bauernverbände letztlich wenig entgegenzusetzen hatten. Tuchatschewski ging schließlich sogar zum Einsatz von Giftgas über, um die Bauern aus den Wäldern ins Offene zu treiben, praktisch ins Maschinengewehrfeuer hinein. Dennoch kämpften diese verzweifelt und die Auseinandersetzungen endeten nach einer Hungersnot mit entsetzlichen Erscheinungen, die diejenigen des Hungermords im Jahre 1932 vorwegnahmen, kurz vor einer Niederlage der Roten Armee im Patt, das dann von der „neuen ökonomischen Politik“ (NEP) abgefangen wurde.

Auch der Krieg mit der Arbeiterklasse eskalierte bald. Schon Anfang 1918 setzte das Regime den revolutionären Arbeiter*innen die Rückkehr zu strikten Hierarchien unter dem Management des einzelnen Betriebsleiters entgegen. Die Rückkehr zum kapitalistischen Stücklohn wurde angeordnet und im Kampf gegen egalitäre Neigungen der Arbeiter*innen um eine Lohnhierarchie auf 17 Lohnstufen und eine entsprechende hungerpolitische Differenzierung der Nahrungsmittelrationen ergänzt. Die Streikbewegungen wurden mit einem breiten Spektrum kapitalistischer Maßnahmen bekämpft: Betriebsschließungen, Ausschluss von der Nahrungsmittelversorgung,

Kündigungen bis hin zum Gewalteintritt der Tscheka. Eine Protestdemonstration in Nishnij-Nowgorod wurde sogar mit dem Einsatz von Maschinengewehren bekämpft. Besonderen Widerwillen der Arbeiter*innen erregte der Habitus der neuen Eliten mit ihren sorglos zur Schau getragenen Konsum- und Statusprivilegien. Die Wut darüber fand regelmäßig Eingang in die Parolen der Streikenden und in die direkten Auseinandersetzungen mit den im Auto nebst Chauffeur angereisten Kader. „Pelzmantel runter!“ riefen die frierenden und hungernden Malocher angesichts derartiger Zumutungen. Die Kommissare fanden nichts dabei. Sie hatten sich die schärfsten Villen in und um Moskau gesichert – Lenin machte da keine Ausnahme – und wurden in den besten Restaurants bedient. Trotz Übergang zur Militarisierung der Produktion nahmen die Arbeiter*innenkämpfe schon in den letzten Monaten des Jahres 1920 und dann massiv im Frühjahr 1921 zu, vor allem in Moskau und St. Petersburg. Der Aufstand der Seeleute, Soldaten und Arbeiter*innen in Kronstadt war nur ein abschließender Höhepunkt, allerdings einer mit großer Symbolkraft. Er wurde durch das Massaker unter Trotzki liquidiert – wegen der Sympathisanten der Aufständischen in der Roten Armee mit regierungstreuen Spezialkräften. Das Ergebnis für das Verhältnis zwischen der Klasse und ihren selbsternannten Diktatoren: der Graben zwischen dem Gros der Arbeiter*innen und ihren neuen Herren war unüberwindlich geworden. Die Partei war nur noch dem Namen nach „proletarisch“, urteilt Sheila Fitzpatrick, eine neutrale und distanzierte Forscherin von großem internationalem Renommee. Eine Partei ohne soziale Unterstützung, die „Avantgarde einer nicht existierenden Klasse“.

Das „roll-back“ gegen die revolutionären Soldaten war nicht weniger markant und sei hier kurz umrissen: die demokratischen Errungenschaften und die Orientierung an Guerillavorstellungen wurden schon im März zurückgenommen, synchronisiert mit den anderen oben skizzierten bolschewistischen Offensiven. Sofort wurde eingeleitet, was Trotzki in einem Prawda-Interview die „Neugründung“ der alten Streitkräfte nannte. In der Tat: die Aufnahme der zaristischen Offiziere in die rote Armee wurde gegen den erbitterten Widerstand der revolutionären Soldaten unter der Deckvokabel „Militärspezialisten“ durchgesetzt. Ihre Zahl schwoll stetig aber dramatisch während des Bürgerkriegs auf etwa 75 000 an. Und das hieß: 82% aller Kommandeure, 83% des Generalstabs, 90% der Divisionskommandeure waren schließlich alte Zaristen. Ihre Militärhandbücher wurden übernommen, vor allem zu Fragen der Disziplinierung. Die russische Renationalisierung brachte sich so im Vorgriff auf Stalins 1932 eingeleitete offene Renationalisierung zum Tragen. Klammheimlich erst mal, aber sehr zur Befriedigung der höchsten zaristischen Generalität. Wenn Tuchatschewski zum Gaseinsatz griff, dann war dies der Hintergrund. Auch den Gaskrieg hatten sie von den Deutschen gelernt. Die beabsichtigte Parallelität in der Reorganisation von Betrieb und Armee war nur der Ausdruck der Herstellung eines militärisch-industriellen Komplexes, wie er auch in anderen kapitalistischen Ländern zu beobachten war und

seinem Höhepunkt in der Synchronisierung von Produktion und Militär unter dem zweiten Fünf-Jahresplan zustrebte.

Die Kämpfe mit den Bäuer*innen und der Arbeiter*innen dauerten in den nächsten Jahrzehnten fort. Ich kann sie hier nicht behandeln. Sie waren allerdings der Hauptgrund, warum es im sowjetischen Russland nie zu einem planstaatlichen Kommando über Produktion und Gesellschaft kommen konnte. Noch im Jahre 1931 musste der Architekt stalinistischer Industrialisierungspolitik Ordschonikidse eingestehen, dass weder Vesenka (Planungsbehörde) noch Rabkrin (Arbeiter- und Bauerninspektion) eine Ahnung davon hatten, was im Produktionsprozess, auf dem „shop-floor“ überhaupt passierte. Jede Totalitarismusvorstellung bzw. -ideologie muss vor allem daran scheitern. Die SU war nie ein Planstaat. Planen konnte die Führung nur die „innere“ Kriegführung gegen die Bäu-

er*innen und die Arbeiter*innenklasse. Aber das galt ja auch für die anderen kapitalistischen Länder. Was denn anderes waren die sowjetischen Strategien als kapitalistisch? Sie trieben die tayloristische Rationalisierung voran, betrieben Mehrwertabpressung unter Einsatz von Stücklohn und mit radikalem Lohngefälle, Geldwirtschaft etc. Wegen der großen sozialen Widerstände war allerdings die Formierung staatlicher Gewalt besonders stark ausgeprägt, eine extreme Erscheinung im Konzert der kapitalistischen Mächte. Nach allem stellte der durch den „Roten Oktober“ eingeleitete Prozess nur einen Strang im Gesamtspektrum der globalen fordistisch/tayloristischen Offensive auf dem kapitalistischen Weg in eine Gesellschaft von Massenproduktion und -konsum dar.

Detlef Hartmann

Wenn die Nacht am tiefsten ist...

Fluchtlinien einer radikal emanzipatorischen Politik

Wir sind eine Gruppe aus der radikalen Linken in München, die seit vielen Jahren besteht und in der Antiglobalisierungsbewegung und in antimilitaristischen Bewegungen aktiv war. Die Realität der letzten Jahre sieht allerdings etwas anders aus: Unsere Gruppe ist wesentlich kleiner geworden, wir treffen uns weniger regelmäßig und für gemeinsame Aktionen bleibt wegen zunehmendem Stress im kapitalistischen (Arbeits-)Alltag wenig Zeit. Darüber hinaus erzeugen die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen bei uns Ratlosigkeit, wo man politisch ansetzen könnte.

Vielleicht erscheint es daher etwas überraschend, dass nun gerade von uns ein Text kommt, der versucht, einen breiteren Überblick über gegenwärtige politische Dynamiken und ihre Wechselwirkungen zu geben. Aber nicht trotz, sondern gerade wegen der Situation, in der wir uns befinden, haben wir den Versuch unternommen, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und die Rolle der radikalen Linken zu analysieren, um der verbreiteten Desorientierung und den daraus resultierenden Alternativen der Apathie oder der Feuerwehrpolitik wenigstens ein Stück weit zu entkommen.

Der vorliegende Text ist aus heterogenen Positionen und kontroversen Diskussionen, die wir im Laufe des letzten Jahres geführt haben, entstanden. Diese Skizze erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, kann aber vielleicht trotzdem als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Diskussion um Fluchtlinien einer radikalen emanzipatorischen Politik dienen. Wir würden uns über Reaktionen, Kritik und Diskussionsbeiträge freuen!

Do you remember global war?

Um den gegenwärtigen Zustand ansatzweise zu erfassen, ist ein Blick zurück unumgänglich und für uns scheint es (vielleicht auch biographisch bedingt) Sinn zu machen, bis ins Jahr 2001 zurückzugehen: Im Sommer 2001 hatte die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung mit den

Tagen von Genua ihren Höhepunkt erreicht, als 300.000 Menschen gegen den G8-Gipfel in der italienischen Hafenstadt auf die Straße gingen und sich Massenproteste und militanter Widerstand auf eine Weise und in einer Dimension verbanden, wie sie viele von uns vorher nie erlebt hatten.

Doch der kurze Sommer des antikapitalistischen Protests endete mit dem 11. September und danach brach der lange Herbst des „global war on terrorism“ an. Genau dieses Paradigma des „globalen Krieges“ stellt immer noch eine bestimmende Konstante unserer Gegenwart dar, die inzwischen tief im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist. Hier können nur einige wenige Aspekte des „globalen Krieges“ gestreift werden: Die Reaktion der USA und ihrer Verbündeter auf 9/11 hat neben spektakulären Feldzügen mit hunderttausenden Toten eine neue Form der hybriden Kriegsführung hervorgebracht, die heute in ihrer Kombination von Großangriff und verdeckten Operationen, Drohnenkrieg und zivil-militärischer Zusammenarbeit den Alltag in ganzen Weltregionen bestimmt. In Afghanistan und Irak, Jemen und Somalia, Libyen und Syrien, Tschad, Niger und Mali, um nur einige der Schauplätze zu nennen.

Die Motive für das westliche „Eingreifen“ aufzuschlüsseln, bleibt schwierig: Während anfangs neben der „Vergeltung“ für 9/11 kapitalistische Interessen und die neokonservative Hybris des „nation building“ im Vordergrund standen, scheinen diese Motive „des Westens“ inzwischen eher einer Art Feuerwehr- und Killer-Logik gewichen zu sein, der zufolge „Brandherde“ zu löschen sind und der „Feind“ nirgends vor (präventiver) „Vergeltung“ sicher sein darf. Zugleich sind die Schauplätze des „globalen Krieges“ immer auch Austragungsort geostrategischer Machtkämpfe einer kaum überschaubaren Anzahl von Akteuren, die in wechselnden Konstellationen eigene politische Interessen durchzusetzen versuchen: Der rasche Wechsel von Konfrontation zu Kooperation zwischen

Russland und der Türkei im Hinblick auf Syrien ist hier nur ein Beispiel.

Global war reloaded

Auf den ersten Blick hat der „global war on terrorism“ George W. Bushs von 2001 allerdings recht wenig mit der Realität des Jahres 2017 zu tun. Um den „globalen Krieg“ als kontinuierliches Phänomen zu begreifen, müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden: die Metamorphosen des „Feindes“ und die (eng damit verbundene) Ausweitung der Kampfzonen. Im Zuge des „globalen Krieges“ entstand mit dem ‚Islamischen Staat‘ (IS) ein neuer politischer Akteur der Gegenwart, der den ursprünglichen Feind „des Westens“, Al-Quaida, angesichts seiner territorialen Machtentfaltung, seiner globalen Medienpräsenz und nicht zuletzt seiner Attraktivität für Menschen auch in Europa, wie einen mäßig gelungenen Prototypen wirken lässt. Zugleich sind die heutigen Kriegsschauplätze nur begreifbar, wenn wir die Aufstände der Menschen in zahlreichen arabischen Staaten 2011 und das weitgehende Scheitern ihrer emanzipatorischen Ambitionen durch brutale Repression, militärische Eskalation und ausländische Intervention mit einkalkulieren: Erst durch das Scheitern des „arabischen Frühlings“ gerieten z.B. Libyen und Syrien in den Sog des „globalen Krieges“.

Trotz aller Veränderungen bleiben eine Reihe von Tendenzen festzuhalten, die den „globalen Krieg“ seit 2001 charakterisieren. Dieser Krieg reproduziert sich selbst auf stets erhöhter Stufenleiter: Er produziert „Feinde“, Kriegsgründe und Krieger, die zu töten und zu sterben bereit sind. Er generiert Kriegsgesellschaften, in denen stets neue Feinde und Krieger heranwachsen und in denen ein auf Dauer gestellter Ausnahmezustand herrscht, der die Überwindung der Kriegslogik unendlich erschwert und emanzipatorische Veränderung gänzlich unmöglich erscheinen lässt.

In der aktuellen Phase des „globalen Krieges“ scheinen sich alle düsteren Prophezeiungen seiner Apologeten zu bewahrheiten: Nach den Anschlägen von Paris, Brüssel, Nizza und zuletzt Berlin im Dezember 2016, scheint dieser Krieg zumindest partiell tatsächlich in die europäischen Metropolen eingezogen zu sein – nicht nur weil hier Bomben explodieren oder LKWs in Menschengruppen rasen, sondern auch weil viele der Attentäter in Europa aufgewachsen sind oder hier zu dem wurden, was sie sind. Durch soziale Medien und globale Rekrutierungsstrategien ist es dem IS gelungen, Menschen in den „westlichen“ Gesellschaften zu mobilisieren. Angeblich haben sich bisher etwa 5000 Europäer*innen dem IS in Syrien oder dem Irak angeschlossen, hinzu kommen viele, die das reaktionäre Projekt des IS indirekt unterstützen oder zumindest begrüßen.

Die gegenwärtige Phase des globalen Krieges zeichnet sich also nicht nur durch eine Ausweitung der Kriegsgebiete aus, sondern auch durch eine Zuspitzung der

Widersprüche: In den Staaten des Westens werden heute nicht mehr nur die Killer „des Westens“ produziert, sondern auch ihr Pendant der Gegenseite – dem westlichen Drohnenpiloten steht der islamistische (Selbstmord-) Attentäter gegenüber, wobei der phänomenologische Unterschied dieser beiden Figuren vor allem darin besteht, dass letzterer bereit ist, nicht nur Unschuldige, sondern auch sich selbst aus dem Leben zu reißen, während ersterer aus sicherer Distanz agiert und die Unschuldigen (meist) nicht primär anvisiert, sondern als „Kollateralschäden“ akzeptiert.

Beide Formen der Kriegsführung ähneln sich ansonsten grundlegend: Es ist ein immer währender Krieg, in dem man verdeckt agiert und in dem stets aus dem Hinterhalt zugeschlagen werden kann. Es ist ein Krieg, der keinen Unterschied macht zwischen Kämpfer*innen und Zivilist*innen, ein Krieg, in dem die Angst der Gegenseite vor jederzeit möglicher „Vergeltung“ ein zentrales Ziel darstellt. So ist der Ausnahmezustand (ob offiziell wie in Frankreich oder inoffiziell wie in der BRD) der neue Normalzustand geworden und das Leben der Menschen wird immer stärker geprägt von Terrorangst und neuen Sicherheitsgesetzen, dauernden Polizeirazzien und angeblich vereitelten Anschlägen und einem immer weiter wachsenden antimuslimischem Rassismus.

Uns erscheint es heute wichtig, als radikale Linke Position zum Projekt des IS zu beziehen, ohne dabei die globalen Machtverhältnisse und die extreme Asymmetrie der militärischen Auseinandersetzung aus dem Blick zu verlieren. Der IS ist ein Produkt des „globalen Krieges“, sowohl seine Ziele, als auch seine Mittel sind extrem reaktionär. Seine Attraktivität gerade für junge Männer hat oft wenig mit Religion und viel mit dem Versprechen einer brutalen und sexistischen Selbstermächtigung zu tun, die auf einem radikalen Bruch mit den Gesellschaften basiert, in denen die potentiellen Anhänger leben. So wenig die gesellschaftlichen Bedingungen als alleinige Erklärung oder gar Rechtfertigung für die Taten von IS-Kämpfern herhalten können, so wenig darf der Zusammenhang zwischen sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung einerseits und der Sehnsucht nach reaktionärer Selbstermächtigung andererseits ignoriert werden. Bisher aber fehlt uns eine klare und radikale Haltung, die eine



allgemeine linke Religionskritik mit einer konkreten Praxis gegen Fundamentalisten jeder couleur verbindet.

Der „globale Krieg“ stellt uns also vor zahlreiche Herausforderungen: Dem Ausnahmezustand und der Kriegslogik in unseren Gesellschaften entgegenzutreten, den IS und sein ideologisches Umfeld als Faktor nicht nur an fernen Kriegsschauplätzen, sondern auch hierzulande einzuordnen und zu bekämpfen. Angesichts der aktuellen Bedeutung des „globalen Krieges“ ist es ebenso erstaunlich wie bedauerlich, dass der zwischenzeitliche antimilitaristische Fokus von Teilen der radikalen Linken inzwischen wieder weitgehend verloren gegangen zu sein scheint – wenig wäre gerade nötiger, als eine klare inhaltliche Position gegen jeden Krieg und eine Praxis, die diesem Ziel Rechnung trägt.

Vom Krieg zur Krise

Den zweiten zentralen Faktor, der unsere Gegenwart prägt, stellt neben dem „globalen Krieg“ sicherlich die offenkundige Krise des kapitalistischen Akkumulationsregimes seit 2007 dar. Auch hier würde eine präzise Beschreibung der grundlegenden Sachverhalte schnell jeden Rahmen sprengen – deshalb nur einige grobe Pinselstriche: Ausgehend von einer Überakkumulationskrise in den 2000er Jahren bildete sich in den USA eine gigantische Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt, deren Platzen ab Herbst 2007 zu einer Bankenkrise („Lehmann Brothers“) führte, die sich schnell ausweitete. Durch die „Rettungsaktionen“ zahlreicher Staaten wurden und werden private Risiken sozialisiert und aus der Bankenkrise wurde vielerorts eine „Staatschuldenkrise“. Dieser wird in Europa, insbesondere auf Druck Deutschlands, mit drakonischen Austeritätsprogrammen begegnet, wodurch die Volkswirtschaften zahlreicher Staaten vor allem des europäischen Südens in die Rezession getrieben werden.

Die implementierten „Strukturreformen“ zerstören große Teile der sozialen Sicherungssysteme, lassen die (Jugend-) Arbeitslosigkeit in schwindelerregende Höhen schnellen und zwingen die betroffenen Staaten zu radikalen Privatisierungsprogrammen, wodurch öffentlicher Besitz de facto zwangsversteigert wird. Die fundamentale Krise des Kapitalismus ist heute keineswegs vorüber: stetig wachsende Spekulationsblasen an den Finanzmärkten, mangelndes realwirtschaftliches Wachstum und eine Überakkumulationskrise, die ständig in Deflation zu münden droht, welcher die EZB durch Minuszinsen und ein Anleihenkaufprogramm in Billionenhöhe gegenzusteuern versucht, wodurch sie die Spekulation abermals anheizt.

Um zu begreifen, dass die aus der Akkumulationskrise resultierende spekulative Blasenbildung auch ohne den ganz großen Crash alltäglich auf unsere Lebenswirklichkeit durchschlägt (und das nicht nur in den krisengebeutelten Ländern Südeuropas), genügt ein Blick auf die Entwicklung der Immobilienpreise in deutschen Großstädten. 15% Preissteigerung in Städten wie Berlin und München im Jahr 2015 hat nur bedingt etwas mit Zuzug und mangelndem (öffentlichen) Wohnungsbau zu tun: Großanleger versuchen die offensichtlichen Risiken auf

dem Aktienmarkt durch massenhafte Immobilienkäufe im Rahmen zu halten – mit dramatischen Folgen für alle, die zur Miete wohnen.

Die Kontinuität der Krise seit 2007 ist ein Faktum – was sich seit Ausbruch der Krise allerdings völlig verkehrt hat, sind die politischen Vorzeichen: Während wir 2008 über die Potentiale emanzipatorischer Veränderung angesichts der offensichtlichen Delegitimierung des neoliberalen Kapitalismus diskutierten, hoffen wir heute vielleicht den einen oder anderen kleinen Kampf gegen die Durchsetzung einer radikalisierten neoliberalen „Reformagenda“ erfolgreich zu bestreiten – der Kapitalismus aber ist in der Offensive.

Es existiert heute kein gemeinsamer Kampf gegen die Krise, geschweige denn gegen jenes Akkumulationsregime, das sie ausgelöst hat. Die meisten Kämpfe finden auf lokaler, regionaler oder maximal auf nationaler Ebene statt, von transnationaler Solidarität gegen die Austeritätsprogramme der Troika kaum eine Spur. Als die griechische Bevölkerung nach Jahren des Straßenprotestes versuchte, ihrer Ablehnung der Sparprogramme durch die Wahl einer linkssozialdemokratischen Regierung („Syriza“) Ausdruck zu verleihen, wurde diese von den großen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften Europas derart im Regen stehen gelassen, dass sie schließlich alle bitteren Pillen schluckte und nun jene Austeritätsprogramme umsetzt, die zu verhindern sie angetreten war. Damit hat nicht nur Syriza politischen Selbstmord begangen, sondern die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften der großen europäischen Staaten haben deutlich gemacht, dass sie nicht einmal eine graduelle Entschärfung der neoliberalen Agenda anstreben und somit politisch völlig obsolet sind.

Dass selbst der IWF die Austeritätsprogramme für Griechenland für nicht zielführend hält und einen Schuldenschnitt anmahnt, macht nur noch deutlicher, was ohnehin auf der Hand liegt: Im Fall Griechenlands ging es immer zuerst um eine politische Machtfrage. Schäuble und Co. ging es darum, deutlich zu machen, dass es keine Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem gibt, ganz gleich, wen die Leute wählen. Damit markiert das Scheitern der Syriza-Regierung in Griechenland aber auch jenen Punkt, an dem die traditionellen Muster der politischen Repräsentation im Parlamentarismus vollkommen ins Leere laufen.



Natürlich gab es in den letzten Jahren verschiedene Bewegungen in zahlreichen Ländern, die sich explizit oder implizit auch gegen den Kapitalismus, seine Krise und die Krisenbearbeitung der herrschenden Eliten gestellt haben: die Platzbesetzungen in Spanien, die Occupy-Bewegung in den USA, die Proteste gegen die weitere „Deregulierung“ des Arbeitsmarktes in Frankreich usw. Was aus unserer Sicht aber oft fehlte, waren Resonanzeffekte in anderen Regionen und der explizite Versuch, auf das große Ganze ab zu zielen. Ein wesentlicher Grund dafür war sicher der Umstand, dass zentrale politische Akteure, die eine Transnationalisierung ermöglichen könnten, sich faktisch von jeder Form internationaler Solidarität verabschiedet haben. Ein europäischer Streik gegen die immer weiter voranschreitende „Deregulierung“ des Arbeitsmarktes oder für einen europäischen Mindestlohn ist heute – zumindest aus deutscher Sicht – eine bloße Chimäre: „Sozialpartnerschaft“ und Standortdenken prägen die politische Agenda der DGB-Führung. Ohne gesellschaftliche Institutionen als Transmissionsriemen, aber sind ‚große Themen‘ schwer anzugehen, dementsprechend verlagern sich Bewegungsakteure zumeist auf kleinere, oft lokale Konflikte, anhand derer aber wiederum Netzwerke transnationaler Solidarität nur schwer aufgebaut werden können.

Wohl auch aufgrund mangelnder internationaler Solidarität ist der anfangs gerade in den besonders betroffenen Ländern Südeuropas starke Widerstand abgeebbt. Er ist von der großen politischen Bühne verschwunden, oder aber, wie z.B. im Fall von Podemos in Spanien, so kanalisiert worden, dass er mittelfristig in die politische Maschinerie integriert werden kann. Ein Gefühl der Ohnmacht scheint um sich zu greifen. Verantwortlich dafür ist eine Krise der Repräsentation: Demonstrationen, Proteste, Riots, Wahlen – alles bleibt weitgehend wirkungslos, was die Spardiktate betrifft.

In der Krise offenbart der neoliberale Finanzkapitalismus damit einen seiner zentralen Wesenszüge: Er ist ein deterritorialisierendes Regulationsregime, in dem nicht nur die „Wertschöpfungsprozesse“, sondern auch die herrschende Klasse immer weniger in einem nationalstaatlichen Gefüge verankert sind. Während fordistische Eliten noch in einem hohen Maß auf nationalstaatlich organisierte Prozesse der „Wertschöpfung“ (=Ausbeutung) und Hegemoniebildung angewiesen waren und ein enger Nexus zwischen dem wachsenden Konsumniveau breiter Gesellschaftsschichten und den Profiten der Kapitalist*innen bestand, sind diese Kopplungen heute außer Kraft gesetzt.

Diese Tatsache ist zwar den meisten Menschen in Europa nicht explizit bewusst, doch ein implizites, oft verzerrtes Bewusstsein existiert sehr wohl und leistet oft jener Tendenz der (imaginären) Reterritorialisierung Vorschub, die allerorts von reaktionären Kräften betrieben wird: Stärkung der nationalen (oder regionalen) Identitäten als Gegenmittel zum faktischen Bedeutungsverlust nationaler Räume im Hinblick auf die wirtschaftliche, politische und soziale Regulation.

Vor dem Hintergrund der hier nur knapp umrissenen Dynamiken von Krise und Krieg wollen wir nun auf die konkreten gesellschaftlichen Widersprüche und Kämpfe zu sprechen kommen, die die gegenwärtige Situation prägen: die globalen Migrationsbewegungen und die Renaissance des Nationalismus in Europa und den USA.

Von der Krise zum Rechtsruck: ‚Brexit‘ und Trump

Mit Großbritannien hat sich eines der wirtschaftlich und politisch wichtigsten Länder aus der europäischen Gemeinschaft verabschiedet. Der Ausgang des Brexit-Referendums lief dabei gegen die herrschende kapitalistische Vernunft: Der globale Finanzplatz London droht durch den EU-Austritt schweren Schaden zu nehmen, an den Finanzmärkten kam es in Folge des Brexits zu harten Einbrüchen und der Wert des Pfunds fiel auf ein Rekordtief. All dies war völlig vorhersehbar und trotzdem nicht entscheidend für den Ausgang des Referendums.

Offensichtlich wird die EU immer weniger mit dem Versprechen wachsenden Wohlstands und einer Angleichung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse assoziiert. So haben die nostalgische Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“ des fordistischen Wohlfahrtsstaates sowie die Ressentiments gegenüber der EU und der mit ihr verbundenen Einwanderung, die von den Brexit-Apologeten zum Sündenbock für das gescheiterte neoliberale Modell in Großbritannien gemacht wurde, gesiegt. Mit dem britischen Votum für den EU-Austritt triumphiert der Nationalismus gegenüber einer Globalisierung neoliberaler Prägung.

Die Hoffnung auf eine Restauration des nationalen Wohlfahrtsstaates, die manche Austrittsbefürworter getrieben haben mag, bleibt angesichts der transnational agierenden Kapital- und Finanzmarktakteure und der wirtschaftsliberalen Agenda der britischen Eliten utopisch: Die britische Regierung versucht bereits jetzt durch Steu-erdumping einer drohenden Kapitalflucht zu begegnen.

Während die politische Klasse Europas noch schockiert nach London starrte, ereignete sich jenseits des Atlantiks ein politisches Desaster, das noch weit höhere Wellen schlägt: Donald Trump zog ins Weiße Haus ein. Ohne hier genauer auf die Gründe für Trumps Wahlsieg und seine ebenso reaktionäre wie gefährliche Politik eingehen zu können, liegt eines auf der Hand: Der Brexit und die Wahl Trumps folgen dem gleichen Muster. Beide stehen für die Aufkündigung des herrschenden politischen Konsenses, der „den Westen“ in den letzten Jahrzehnten prägte: Neoliberalismus, Freihandel und relativer gesellschaftlicher Liberalismus werden durch ein reaktionäres Projekt ersetzt, das auf Nationalismus, partiellen Protektionismus und gesellschaftlichen Rollback setzt.

Trump hat schnell klar gemacht, wie ernst er die Rhetorik seines Wahlkampfes meinte: Seine innenpolitische Agenda vom geplanten Mauerbau an der Grenze zu Mexiko über Abschiebungen „illegaler“ Migrant*innen bis zum

Einreiseverbot für Muslime schafft ein gesellschaftliches Klima des offenen Rassismus. Während innenpolitisch also eine Verwandtschaft zwischen Trumps Programm und dem europäischen Neonationalisten wie Orban konstatiert werden könnte, sind die außenpolitischen Auswirkungen der Präsidentschaft Trumps noch kaum abschätzbar: Angesichts apokalyptisch-faschistoider Berater à la Bannon erscheint jede Form außenpolitischer Eskalation, bis hin zu einem Krieg gegen China denkbar.

Die deutsche Regierung nimmt das Gepolter aus Washington zum Anlass, um eine radikale Erhöhung der Militärausgaben zu fordern; mit dem Argument, nur so seien die USA dauerhaft auf ihre „Solidarität“ in der NATO zu verpflichten. Wenn es überhaupt ein außenpolitisches Problem mit Trump gibt, dann nur, weil er aufgrund seiner angeblichen Nähe zu Putin Russland gegenüber nicht zu einer harten Haltung in der Lage sei.

Nur eine Fraktion der herrschenden Klasse scheint uneingeschränkt optimistisch in die Zukunft zu blicken – die US-(Finanz-)Wirtschaft: Der Dow Jones feiert ein Allzeithoch nach dem anderen. Milliardäre und ehemalige Goldman-Sachs-Banker in Kabinett und Beraterstab werden u.a. mit Steuersenkungen dafür sorgen, dass sich auch im neuen Regulationsregime Profit erwirtschaften lässt; durch die völlige „Privatisierung“ der Bildung, eine Förderung fossiler Energieträger oder eben durch den Bau einer 3000 Kilometer langen Mauer.

Ähnliche reaktionäre Tendenzen wie in Großbritannien und den USA zeichnen sich u.a. in Frankreich, den Niederlanden, Österreich und zahlreichen Staaten Osteuropas ab, so dass ohne Zweifel von einer politischen Zeitenwende gesprochen werden kann. Wer dachte, die Freihandelsdoktrin der letzten Jahrzehnte sei innerhalb des kapitalistischen Systems inzwischen alternativlos, sieht sich eines Besseren belehrt: Das Dogma der letzten Jahrzehnte lautete TINA („there is no alternative“), das neue lautet gewissermaßen „there is an alternative – and it's even worse!“

Angesichts dieser bedrohlichen Welle vollzieht sich gerade eine paradoxe Verschiebung der Perspektiven: Das bisher von linken Kräften politisch bekämpfte Projekt des Neoliberalismus, das gerade vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen Krise und der immer deutlicher werdenden ökologischen Krise jeden letzten Rest politischer Legitimität verspielt zu haben schien, erfährt angesichts von Trump und Co. eine Relegitimierung. Die Tatsache, dass gerade die verheerenden gesellschaftlichen Konsequenzen von zwei bzw. drei Jahrzehnten Neoliberalismus den Nährboden für den reaktionären Rollback bereitet haben, dem wir uns zur Zeit gegenübersehen, droht in den Hintergrund zu geraten.

Wir sind als Linke nicht gewillt, zwischen neoliberaler Pest und nationalistischer Cholera zu wählen, sondern wir wollen eine völlig andere Gesellschaft. Wir müssen versuchen, uns von den jüngsten Siegen des Neonationalismus nicht den Blick auf jene Tatsache verstellen zu lassen, die

ihnen zugrunde liegt: die umfassende Legitimationskrise des kapitalistischen Akkumulationsregimes der letzten Jahrzehnte und die daraus resultierende Repräsentationskrise des politischen Systems. Dass diese Repräsentationskrise z.Z. nur reaktionären Projekten zum Erfolg verhilft, ist auch Ausdruck der eklatanten politischen Schwäche der institutionellen Linken. Für uns als radikale Linke sollte beides, die Repräsentationskrise des bestehenden Systems und das Vakuum auf der Linken, Ansporn sein politisch zu intervenieren.

Aufrüsten der Festung Europa

Nicht nur der Brexit machte die schwindende Bindekraft der EU zuletzt deutlich: Auch in der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ konnten sich die EU-Staaten lange nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Während das sogenannte ‚Dublin-System‘ unter dem Druck der Migrationsbewegungen zwischenzeitlich faktisch zusammengebrochen war, gelang es der EU nicht, sich auf ein neues Verfahren der Aufnahme und Verteilung der geflüchteten Menschen zu einigen. Auch die auf die Flüchtlingsbewegungen folgende Abschottung der Grenzen entlang der Balkanroute setzte sich zunächst in Form nationaler Alleingänge durch.

Erst mit dem ‚Türkei-Deal‘ gelang es der EU die Initiative in der ‚Flüchtlingsabwehr‘ wieder zurück zu gewinnen. Für die ‚Sicherung‘ der europäischen Außengrenzen und die Internierung der Geflüchteten in großen Auffangslagern an der syrisch-türkischen Grenze zahlt die EU der Türkei bis zu 6 Milliarden Euro. Außerdem wurden der türkischen Regierung zunächst die Aufhebung der Visapflicht und Fortschritte bei den EU-Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt. Alle Geflüchteten, die es auf eigene Faust bis nach Griechenland schaffen, sollen umgehend wieder zurück geschoben werden. Seit Abschluss des ‚EU-Türkei-Deals‘ schweigen die europäischen Regierungen zu allen Verletzungen der Menschenrechte und autoritären Entwicklungen im Land: Das autoritäre AKP-Regime verwandelt sich unter der despotischen Führung von Erdoğan in eine brutale Diktatur, die den Militärregimes in der jüngsten türkischen Vergangenheit in nichts nachsteht.

Durch den ‚Türkei-Deal‘ werden die flüchtenden Menschen gezwungen, sich auf immer gefährlichere und teurere Passagen zu begeben. Die 2016 noch einmal stark gestiegene Zahl der Toten im Mittelmeer ist eine direkte Konsequenz der europäischen Abschottungspolitik. Doch auch die Abdrängung der Migrationsrouten ins Bürgerkriegsland Libyen mitsamt der hochgefährlichen anschließenden Bootspassage durch das zentrale Mittelmeer scheint den EU-Strategen als Abschreckung nicht ausreichend: Als nächstes soll ein Deal mit Libyen ähnlich dem Türkei-Deal her, ungeachtet der Tatsache, dass das Land vom Bürgerkrieg zerrissen ist und keine der konkurrierenden ‚Regierungen‘ überhaupt das gesamte Territorium kontrolliert. Die EU wird hier wohl „nation building“ im Zeichen der ‚Flüchtlingsabwehr‘ betreiben. Wer es trotz

allem hierher schafft, soll dann möglichst bald wieder abgeschoben werden, auch wenn – wie in Afghanistan – im Herkunftsland ein Krieg tobt, der jedes Jahr mehr Zivilist*innen das Leben kostet.

Nach dem Sommer der Migration

Der „globale Krieg“ brach nicht nur punktuell in Gestalt der jüngsten Anschläge ins Bewusstsein der Menschen in Europa, weitaus nachhaltiger prägte er das Jahr 2015 auf indirektem Weg durch die Migrationsbewegungen: Millionen von Menschen sahen sich gezwungen ihre Herkunftsländer zu verlassen und einige von ihnen versuchten sich nach Europa durch zu schlagen, in der Hoffnung dort Schutz und die Chance auf ein Leben in Würde zu finden. Es ist kein Zufall, dass unter den Herkunftsländern der Geflüchteten, die letztes Jahr nach Deutschland kamen, Syrien, Afghanistan und Irak ganz vorne rangierten. Alle drei Länder sind Schauplätze des „globalen Krieges gegen den Terror“.

Auf eine geopolitische Analyse der genannten Konflikte soll hier verzichtet werden. Uns scheint es an dieser Stelle wichtiger zu sein, nach den Perspektiven für eine antirassistische Politik zu fragen.

Nachdem das massenhafte Sterben an den EU-Außengrenzen in der Vergangenheit jenseits antirassistischer und linker Kreise nur für wenig Empörung und Protest gesorgt hatte, veränderte sich der herrschende Diskurs in der BRD im Sommer 2015. Viel mehr Refugees als in den letzten Jahren versuchten nach Deutschland zu gelangen und anders als viele von uns erwartet hätten, beteiligten sich tausende Menschen spontan an Begrüßungs- und Hilfsaktionen. So erfreulich dies war, so heuchlerisch war die offizielle Begleitmusik von Merkels „Wir schaffen das“ über den omnipräsenten Neologismus der „Willkommenskultur“ bis zu Gaucks unerträglichem Gewäsch vom „hellen Gesicht Deutschlands“.

Linke Versuche in der Welle der Hilfsbereitschaft antirassistischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, entpuppten sich bald als schwierig: Viele wollten helfen, waren aber nicht für ein weitergehendes politisches Handeln zu gewinnen. Helfer*innenkreise und antirassistische Gruppen interagierten nur punktuell, Radikalisierungsprozesse der Helfer*innen angesichts der offensichtlichen Unmenschlichkeiten der deutschen Flüchtlingspolitik blieben lange Zeit die Ausnahme. Ob sich dies nun angesichts der Abschiebeoffensive ändern wird, bleibt abzuwarten, zumindest scheint es in vielen Helfer*innenkreisen zu rumoren.

Auch der andere logisch erscheinende politische Schlußschluss, nämlich der mit Menschen, die als Refugees oder Arbeitsmigrant*innen nach Deutschland gekommen sind, scheint sich bisher nur partiell einzustellen. Als kollektives politisches Subjekt wurden die Flüchtenden vor allem dort medial sichtbar, wo ihnen auf ihrem Weg die Weiterreise verwehrt wird (Calais, Idomeni usw.). Am Ziel ihrer Reise

angekommen, verwandelt sich das politische Agieren oft in Praktiken des Alltagswiderstandes und verschwindet so aus dem medialen Fokus. Auch erschweren der prekäre Aufenthaltsstatus, die Alltagsprobleme in den Erstaufnahmelagern und Gemeinschaftsunterkünften und das deutsche Asylrecht, mit seiner strategischen Spaltung der Geflüchteten in möglichst viele Untergruppen mit unterschiedlichem Status, Prozesse der politischen Selbstermächtigung.

Dennoch gibt es einige ermutigende Beispiele für den Versuch von Migrant*innen und linken Gruppen gemeinsam für elementare (soziale) Rechte zu kämpfen, wie zum Beispiel die Protestcamps und Hungerstreiks von Geflüchteten in der Münchener Innenstadt, die eindrucksvollen Protestmärsche Geflüchteter, das Protestcamp am Oranienburger Platz in Berlin, die antirassistischen Aktionstage gegen das zentrale Abschiebelager in Bamberg im Sommer 2016 und die jüngsten Demonstrationen gegen Abschiebungen nach Afghanistan, sind wichtige Beispiele für gemeinsame Kämpfe von Refugees und einheimischen Aktivist*innen. Allerdings fehlt bei allen diesen Kämpfen die breite gesellschaftliche Solidarisierung, die im Herbst 2015 angesichts der Ankunft von zehntausenden Geflüchteten am Münchener Bahnhof so eindrucksvoll zum Ausdruck kam. Trotzdem: Refugees sind durch ihre Kämpfe in den letzten Jahren auch hier zu einer wichtigen politischen Bewegung geworden, die sich nicht nur an antirassistischen Kämpfen beteiligt.

Migration und Klassengesellschaft

Jenseits der politischen Kämpfe, die gemeinsam mit Geflüchteten, Migrant*innen und all jenen geführt werden müssen, die bereit sind sie zu unterstützen, stellt sich die Frage, welche längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen sich im Kontext von Migration und Sozialabbau absehen lassen: Auch in Deutschland erscheint eine weitere Unterschichtung der Gesellschaft mit den dazugehörigen Tendenzen der Verelendung wahrscheinlich. Neben Hartz IV-Bezieher*innen, Aufstocker*innen, prekär Beschäftigten und einer rapide zunehmenden Zahl von „Altersarmen“, werden zunehmend Menschen treten, die als „Ausreisepflichtige“ oder „EU-Ausländer“ keinerlei Anspruch auf Sozialleistungen und keine Chance auf einen regulären Job haben. Es drohen Szenarien, wie sie bis vor kurzem z.B. aus Italien bekannt waren, wo hunderte obdachlose Geflüchtete rund um die Bahnhöfe großer Städte auf der Straße schlafen oder in leerstehende Gebäude einziehen, um in regelmäßigen Abständen vertrieben, aber eben nicht untergebracht zu werden.

Die Unterschichtung der Gesellschaft bietet aus Sicht des deutschen Kapitals mit Sicherheit einige Vorzüge. Die Forderung deutscher Arbeitgeberverbände nach ‚Lockierung‘ des Mindestlohns für Geflüchtete ist nur ein Beispiel. Die sozialpolitische Kehrseite der Medaille, die um sich greifende Verelendung, ist aus Sicht der kapitalbesitzenden Klasse wenig wünschenswert, da der relative soziale Friede hierzulande eine wesentliche Grundlage der

Herrschaft eben dieser Klasse darstellt. Diese Ruhe wird man sich nicht nehmen lassen wollen und so droht auch vor dem Hintergrund von Illegalisierung, Prekarisierung und Sozialabbau eine ähnliche Entwicklung wie jene, die der „globale Krieg“ katalysiert.

Der Ausnahmezustand wird also einen Doppelcharakter annehmen, da die Innenstädte nicht nur eine Front im „globalen Krieg gegen den Terror“, sondern auch im nationalen/lokalen Krieg gegen die „gefährlichen Klassen“ sein werden – den ‚südosteuropäischen Einbrecherbanden‘ zum Beispiel, vor denen Bremens Polizeichef 2016 warnte.

Die Anschläge von Paris, Brüssel, Nizza und Berlin, die Übergriffe der Kölner Silvesternacht und die tägliche rassistische Berichterstattung haben im hegemonialen Diskurs einen spezifischen ‚Tätertypus‘ entstehen lassen: der junge muslimische Mann, als potentieller Klein- und Gewaltkrimineller, Vergewaltiger und Terrorist. Hier drohen Kriegsrhetorik, Terrorangst, die Zerschlagung sozialstaatlicher Sicherungssysteme und der wachsende (antimuslimische) Rassismus, eben jene Täter real hervorzubringen, vor denen dann Sonderkommandos und Sondergesetze „Schutz“ versprechen.

Die AfD als Krisenprofiteur

Das politische Kapital aus der Zuspitzung der verschiedenen Krisenprozesse schlägt bisher die radikale Rechte: Spätestens mit den Wahlerfolgen der AfD in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im März 2016 sehen wir uns einem gesellschaftlichen Rechtsruck gegenüber, der in den Pegida-Demonstrationen Ende 2014 seinen Anfang genommen hat. Aus der Kleinpartei mit neoliberaler und erzkonservativer Agenda, ist innerhalb eines Jahres eine Partei geworden, die sich als Sammlungsbewegung am rechten Rand des Parteienspektrums zu etablieren scheint und die Rolle des FN in Frankreich oder der FPÖ in Österreich übernehmen könnte. Mit einer Mischung aus völkischem Nationalismus, Islamophobie, Wertkonservatismus und extremem Neoliberalismus kann die AfD sowohl bei den gutbürgerlichen Sozialrassistenspunkten, die vor ein paar Jahren Sarazins Publikum bildeten, als auch bei Teilen der Deklassierten und Prekären, beziehungsweise jenen, die dieses Schicksal auf sich zukommen sehen.

So ist es der AfD längst gelungen, weit über das klassisch rechtsradikale Lager hinaus breite Schichten der Bevölkerung unter ihrem Dach zu sammeln und für ihr reaktionäres Projekt zu mobilisieren. Die AfD vereint ein breites gesellschaftliches Spektrum von fundamentalistischen Christen, über konservative Professoren und Publizisten, reaktionäre Teile des Adels, mittelständische Unternehmen und Familienbetriebe, weiße Facharbeiter*innen und Kleingewerbetreibende, bis hin zu prekären Niedriglöhner*innen und Hartz-IV-Empfänger*innen.

Erstaunlich ist, dass es der AfD trotz ihrer offen neoliberalen Agenda gelingt, sowohl unter Gewerkschaftsmitgliedern als auch in armen Stadtteilen überproportional viele Wähler*innenstimmen zu holen. So hat die AfD in Baden-Württemberg mit einem Anteil von 30 Prozent der Stimmen von Arbeitnehmer*innen die SPD als ‚Arbeiterpartei‘ weit hinter sich gelassen. Die inhaltlich stark neoliberal geprägte Partei schafft es also, sich auch als soziale Alternative zu den etablierten Parteien zu präsentieren und so u.a. das Vakuum zu füllen, das der Niedergang der SPD hinterlassen hat.

Doch die AfD ist nicht nur eine Wahl-, sondern auch eine Bewegungspartei: Mit Pegida, den Demos für Alle, den Tausend-Kreuze-Märschen und den zahlreichen lokalen Ausschreitungen gegen Flüchtlingsunterkünften, existiert eine vielfältige soziale Bewegung von rechts, die der AfD als Resonanzraum und Mobilisierungspotenzial dient.

Auf dem politischen Parkett gelingt es der AfD erfolgreich mit einer Strategie des kalkulierten Tabubruchs den politischen Diskurs immer weiter nach rechts zu verschieben. Nach jeder krassen Ansage einer AfD-Protagonist*in in den Medien – Schießbefehl an der Grenze, Rehabilitation des Begriffs „völkisch“, Wende der Erinnerungspolitik um 180 Grad usw. – erfolgt eine partielle Korrektur durch eine andere AfD-Politiker*in, jedoch ohne tatsächliche Distanzierung, um dann wieder gemeinsam das neu eröffnete diskursive Terrain zu besetzen. Einen negativen Einfluss auf die Wählergunst haben die zahlreichen mit der Partei verbundenen politischen Skandale und internen Konflikte bisher nicht: Die AfD scheint eher wegen als trotz ihrer konsequenten Radikalisierung so erfolgreich zu sein.

Die Reaktionen von Seiten der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Partei ‚Die Linke‘ auf diesen gefährlichen Trend schwanken bisher zwischen Hilflosigkeit und Anbiederung an die verlorene Klientel. Anders die CSU: Sie liefert sich in Sachen Flüchtlingspolitik einen Wettstreit mit der AfD um die Enttabuisierung rechtsextremer Positionen. Die Verbreitung rassistischer und nationalistischer Rhetorik im etablierten politischen Diskurs, ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zur Normalisierung des „Rechtsrucks“. So bleibt die angebliche „Flüchtlingskrise“ trotz stark sinkender Flüchtlingszahlen immer noch das alles dominierende politische Konfliktthema. Der AfD ist es gelungen, das bisherige politische Parteienspektrum aufzubrechen und die Krise der ehemaligen „Volksparteien“ dramatisch zu verschärfen.

Radikale Linke waren bisher nicht dazu in der Lage, auf diese Entwicklung eine adäquate Antwort zu geben: Klassische Antifa-Strategien im Umgang mit dem neuen Rechtspopulismus, die vor allem auf die Recherche und Skandalisierung von personellen Überschneidungen und Querverbindungen ins offen neonazistische Spektrum setzen, bleiben weitgehend wirkungslos. Kampagnen wie ‚Nationalismus ist keine Alternative‘ und die Mobilisierungen gegen AfD-Parteitage in Stuttgart oder in

Werl/NRW entwickeln wenig Ausstrahlungskraft über die radikale Linke hinaus.

Notwendig erscheint uns eine offensive und möglichst breit getragene gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der AfD als Motor und wirkmächtigstem Ausdruck des aktuellen rechten Projekts. Um die soziale Selbstbemächtigung der Partei – gemeinsam mit ihrem Nationalismus, Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus – anzugreifen, erscheint es notwendig, die soziale Frage von links wieder in den Fokus unserer Politik zu rücken und mit den Fragen von Migration und „globalem Krieg“ zu koppeln. Angesichts der weiter bestehenden Krise des Kapitalismus und der politischen Repräsentation sowie der reaktionären gesellschaftlichen Tendenzen finden wir es wichtig, überzeugende eigene Inhalte formulieren und konkrete soziale Alternativen entwickeln.

Was tun?

Die gegenwärtige Orientierungslosigkeit und Marginalität der radikalen Linken hat zahlreiche Ursachen: Da ist zum einen der sich immer weiter steigende Verwertungsdruck, der zu wachsendem Stress (z.B. im Studium) und Prekarität führt, so dass vielen schlicht die Zeit fehlt, sich politisch zu engagieren. Zugleich verstärkt der Neoliberalismus die Individualisierung und untergräbt die Bereitschaft zum kollektiven Handeln.



Allerdings ist es nicht nur die neoliberale Subjektivität, die kollektives politisches Handeln marginalisiert, es ist auch die Tendenz in der deutschen radikalen Linken Alltagsprobleme als individuelle Probleme zu begreifen und sich so zwar einen theoretischen Antikapitalismus auf die Fahnen zu schreiben, aber diesen kaum in konkrete Kämpfe gegen die kapitalistischen Zumutungen im hier und jetzt zu übersetzen. Im Gegenteil: Oft werden konkrete (z.B. gewerkschaftliche) Auseinandersetzungen als Ausdruck reformistischer Realpolitik belächelt, die das große Ganze ohnehin nicht ändern könnten – ganz so als ob die faktische Passivität diesen Auseinandersetzungen vorzuziehen sei, da so zumindest die theoretischen Ideale nicht in Mitleidenschaft gezogen würden. Diese Form der Selbstreferenzialität erscheint uns in vielen anderen

europäischen Ländern weit weniger verbreitet und eine wesentliche Blockade für eine radikale Linke in der BRD, bei dem Versuch wieder gesellschaftliche Relevanz zu erlangen.

Zuletzt fehlte es uns zudem oft an Resonanzräumen: Entweder die radikale Linke dominierte eigene (meist recht überschaubare) Kampagnen und blieb dann weitgehend unter sich (wie z.B. bei der Mobilisierung gegen den AFD-Parteitag in Stuttgart), oder aber andere politische Kräfte initiierten Kampagnen und die radikale Linke blieb vollkommen unsichtbar (wie z.B. bei den Anti-TTIP/CETA-Protesten). Besonders deutlich wurden die gegenwärtigen Probleme in Sachen Bündnispolitik anlässlich der Proteste gegen den G7 2015 in Garmisch: Das zunächst von relativ radikalen Kräften geprägte Bündnis wurde von Campact gespalten, um Zeitpunkt, Ort und Charakter des Protests eigenständig bestimmen zu können. Radikale Kräfte im Bündnis waren zurecht empört, was aber wenig half, zumal Campact etwa 10 Mal so viele Leute nach München mobilisierte, wie die radikalen Kräfte nach Garmisch. In Zeiten von Profi-Campaigner*innen (nicht selten prekarierte Genoss*innen) scheinen unsere traditionellen Vorstellungen von Bündnispolitik nicht mehr richtig zu greifen.

Der Mangel an „echter“ – sprich: produktiv-konfliktgeladener – Zusammenarbeit über Spektrengrenzen hinweg wird ergänzt durch das weitgehende Fehlen internationaler Kooperation. Die Versuche internationaler Kampagnen und Mobilisierungen blieben zuletzt von sehr begrenztem Erfolg: Blockupy Frankfurt hat zwar als Event funktioniert, weil v.a. auch mit militanten Aktionsformen ein Zeichen gesetzt wurde, allerdings blieben die beteiligten internationalen Netzwerke sehr überschaubar und somit auch die aus den Ereignissen resultierende Dynamik sehr begrenzt.

Um einen Weg aus unserer derzeit marginalen Position zu finden, halten wir es für zentral die soziale Frage wieder ins Zentrum unseres Handelns zu rücken. Das heißt zum einen die Dinge, die uns direkt und alltäglich betreffen, wieder verstärkt zum Gegenstand unserer Politik zu machen: Gentrifizierung und Verdrängung in unseren Stadtteilen, Prekarisierung, Arbeitshetze und Lohndumping an unseren Arbeitsplätzen oder Maßnahmenterror und Kürzungen auf ALG II, Altersarmut als Zukunftsperspektive für die Bevölkerungsmehrheit usw. Die an all diesen Punkten zu entwickelnden Kämpfe werden nicht in jedem Fall höchsten revolutionären Ansprüchen gerecht werden, sie werden zu ‚lokal‘, zu ‚reformistisch‘ zu sehr geprägt von der minimalistischen Agenda potentieller Bündnispartner wie Gewerkschaften, Mietervereine o.ä. sein. Dennoch tun genau diese Auseinandersetzungen Not, wenn die radikale Linke nicht zum jugendkulturellen Nischenphänomen werden will, das einzig durch seinen – allerdings sehr wichtigen – antifaschistischen Aktivismus politisches Profil gewinnt.

Dabei gilt es bei aller Bündnisfähigkeit und Offenheit gegenüber moderaten Kräften die eigene Radikalität nicht

aufzugeben: Eine (post-)autonome Linke als integraler Bestandteil und radikaler Flügel einer breiten sozialen Bewegung – dieses Ideal sollten wir nicht aufgeben, auch wenn es derzeit scheint, als ob uns nicht nur die Stärke, sondern auch die soziale Bewegung insgesamt fehlt.

Die soziale Fragen ins Zentrum rücken heißt aber auch die sich verschärfenden sozialen Widersprüche in jenen Politikfeldern in den Blick zu nehmen, die wir gezwungenermaßen weiterhin beackern werden: Die AfD ist eben nicht nur als rassistisches, nationalistisches und antifeministisches Projekt zu bekämpfen, sondern verstärkt auch als autoritäre Spielart der kapitalistischen Vergesellschaftung. Die Deklassierten unter den Wählern der AfD haben ganz offensichtlich viel reaktionäre Scheiße in ihren Köpfen, doch zwei Facetten ihrer Weltsicht sind nicht gänzlich von der Hand zu weisen: Die soziale Schere geht immer weiter auf und weder die etablierten Parteien noch die Medien oder die zentralen Akteure der Zivilgesellschaft repräsentieren bzw. artikulieren das (ebenso berechnete wie unreflektierte) Gefühl wachsender Teile der Bevölkerung beschissen zu werden. Dass gerade eine Partei neoliberaler Hardliner zum Artikulationsorgan dieses Gefühls wird, ist eine Absurdität und muss als solche thematisiert werden. Wollen wir die soziale Frage aber zu einem wesentlichen Aspekt unseres Kampfes gegen Rechts machen, stellt sich die Frage, wer hier ein geeigneter Bündnispartner ist: SPD und Grüne mögen gegen den völkischen Rassismus der AfD sein, sozialpolitisch sind sie aber für vieles von dem verantwortlich, woraus die AfD jetzt Kapital schlägt.

Wir müssen versuchen, an neuralgischen Punkten deutlich zu machen, wie die verschiedenen Formen der Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung verschränkt sind, und dieses Bewusstsein zum Ausgangspunkt eines gemeinsamen Kampfes um soziale Rechte machen: Fortschreitende Gentrifizierung und die Verdrängung der bisherigen Bewohner*innen eines Stadtteils kann z.B. verknüpft werden mit dem Kampf migrantischer Tagelöhner*innen um Wohnraum und dem Kampf von Geflüchteten gegen ein Lagersystem, das jeder Vorstellung eines selbstbestimmten Lebens diametral entgegensteht. Das Ziel ist ein gemeinsames: Wohnraum für Alle! Wir finden es wichtig, dass sich derlei lokale Kämpfe in eine größere, internationale Bewegung einbinden, sonst bleiben sie punktuell und ohne eine radikale Perspektive.

Genau solche Formen internationaler, spektrenübergreifender Zusammenarbeit wird es brauchen, wenn wir jener Tendenz begegnen wollen, die sich derzeit überall in Europa abzeichnet: ein politisches Feld, das durch die Opposition von elitärem neoliberal-aufgeklärtem Mainstream und erstarkendem pseudo-antielitärem Nationalismus geprägt ist und in dem links des Neoliberalismus ein Vakuum klafft. Die radikale Rechte repräsentiert wachsende Teile der subalternen Klassen: Die einst von Gewerkschaften und linken Parteien mit geschaffene und repräsentierte Klassenidentität ist deren Transformation zu „New Labour“ zum Opfer gefallen und allzu oft durch einen Rückgriff auf nationalistische und rassistische Identifikationsmuster ersetzt worden.

Wir stehen also vor einem Paradox: Während die Krise des globalen Kapitalismus seit 2007 und die offensichtliche Krise der politischen Repräsentation in Europa und den USA, die sich in dem weitgehenden Vakuum links des Neoliberalismus manifestiert, eigentlich ein idealer Ausgangspunkt für linke Bewegungen sein müsste, erscheinen diese zu sehr in Abwehrkämpfen verfangen und von sich überschlagenden Negativentwicklungen desorientiert. Als ersten Schritt hin zu mehr gesellschaftlicher Relevanz sollten wir als radikale Linke unser Auftreten überdenken: Statt Szeneritualen, Verbalradikalismus und jugendkulturell geprägter Selbstdarstellung geht es darum, einen Politikstil entwickeln, der Offenheit für alle Interessierten, Bereitschaft zur Diskussion, aber auch Durchsetzungsfähigkeit signalisiert, wo es uns wichtig ist.

Grundlegend ändern wird sich die Situation allerdings erst, wenn ein europäisches (und globales) linkes Projekt erkennbar wird, das eine konkrete Alternative zum neoliberalen Projekt EU entwirft – und zwar nicht in konstruktivem Dialog um kosmetische Veränderungen, sondern in radikaler Konfrontation. Der Blick zurück auf die Antiglobalisierungsbewegung kann hierbei durchaus sinnvoll sein, nicht um Vergangenes zu glorifizieren, sondern um an die Stärken des letzten transnationalen Bewegungszyklus in Europa, mit seinen Sozialforen und Gipfelprotesten anzuknüpfen und dabei die alten Fehler nicht zu wiederholen.

Gruppe 11, Mai 2017
akg11@riseup.net

Anschlagserklärung zum Angriff auf das zentrale Büro von SYRIZA (Athen)

Dokumentation:

„Am 19.02.2017 hat eine Gruppe von Anarchisten, Kommunisten und Antiautoritären mit Molotov Cocktails und Hämmern das Hauptbüro von SYRIZA am Koumoundourou Platz angegriffen. Nachdem wir von dem starken Polizeiaufgebot (DIAS, Zivibullen, Sonderwachen) zur ungeordneten Flucht gezwungen wurden, verursachten wir Sach-

schäden an Fahrzeugen von Parteikadern, Fenstern und am Haupteingang des Büros, und versäumten es nicht zwei Maschinen der DIAS Einheit mit Molotov Cocktails abzuschießen, die sich daraufhin brennend von der Stelle entfernten. Die Aktion wurde unter kritischen politischen Umständen verwirklicht, im Vorfeld der Konferenz der Eurogruppe am 20. Februar, auf welcher wie erwartet, die neue Runde des Klassenangriffs gegen die Arbeiterklasse und die Jugend

auf den Weg gebracht wurde. Zuerst jedoch konzentrieren wir uns auf die Beschlüsse von SYRIZA der letzten Zeit um mit Fakten zu begreifen was praktisch unmöglich ist, ohne ausreichendes Wissen der Historie dieser konkreten Partei. Wir beurteilen an dieser Stelle zweckmäßig ihre Beschlüsse, in Form einer Einleitung.

Die Politische Herkunft von SYRIZA

Die Matrix von SYRIZA ist die Koalition (Synaspismos) der Linken und des Fortschritts. Die Koalition bildete sich 1989 aus der Verbindung von KKE und EAR (frühere KKE Inland). Die Werke und die Tage dieser politischen Hybride sind bekannt. Koalition mit der ND von Mitsotaki (Regierung Tzanetaki) und wenig später Beteiligung an der Koalitionsregierung Zolotas (ND-PASOK-Synaspismos). Diese Regierungsgruppe, die den Rettungsring bildet in der versinkenden städtischen politischen Szenerie der Zeit, sie öffnete den Weg für die Gesetzgebung der sogenannten Verflechtung (mit den öffentlichen ministeriellen Beschlüssen für die Lizenz von Fernsehkanälen) und natürlich begründeten sie den neoliberale Angriff der kommenden Jahrzehnte und der weiteren Anbindung an kriminelle Organisationen wie E.U. und NATO.

Die Auflösung der Koalition, als einheitliche Partei im Jahr 1991, hat eine neue parteiliche Gruppierung zum Ergebnis, die den gleichen Namen behält. Mittlerweile sind jedoch die am Steuer, die für „Erneuerungen“ stehen. Letztere werden getreu ihrer eurokommunistischen Herkunft wählen und dem Raub an den europäischen Völkern, dem Vertrag von Maastricht, zuzustimmen. Und so, wie sie sich im Jahr 2004 in SYRIZA umbenennen, werden sie nicht aufhören, der bürgerlichen Klasse die notwendigen Beglaubigungsschreiben der Unterwerfung zu übergeben. Der neue Kurs, den die Umbenennung in SYRIZA für die Partei markiert und die Ernennung von Alexis Tsipras zur Leitung wenig später, bedeutet dass sie niemals von den Schienen der bürgerlichen Politik abkommen werden. Wir würden sogar sagen, dass es der beste Weg ist zu dienen - wie schon 1989 – indem man einen Rettungsring nutzt nachdem sich die bürgerliche politische Szenerie 2010 aufgelöst hat.

SYRIZA und die Wirtschaftspolitik - Die Antwort der Bewegung

Unser Angriff auf die Zentrale am Koumoundourou Platz erfüllt die Notwendigkeit für die, wenn auch nur minimale Vergeltung der Gewalt, die die Regierung und die Politik der Referenden an uns ausübt. Unser Ziel war, ist und wird sein, mit allen Mitteln zurück zuschlagen gegen die angewandte Politik der sozialen Ausrottung, welche vom inländischen und internationalen Kapital befohlen und umgehend von dem jeweiligen Regierungsgesindel ausgeführt wird. Heute besitzt der Pimpf der sozialdemokratischen Strömung, die auf den Namen SYRIZA hört, den Amtssitz der Beauftragten und Spediteure der Kapitalplanung. Ausgehend von der Tatsache, dass die

zentrale Herausforderung der politischen Umstände auf die Deeskalation der Krise und die Stärkung des Kapitals setzt, glauben wir nicht dass die Regierungsberatungen Spielraum für politische „Abweichungen“ und „Unfälle“ lassen. Die Wahl SYRIZA´s bildete eine zwanghafte, aber zugleich kontrollierte Wahl der inländischen und internationalen bürgerlichen Klasse für die ungehinderte Fortführung einer Politik gegen das Volk. Und dies wurde deutlich von den gleichen Kadern SYRIZAs, vor der Wahl und durch andere Rekruten, als sie in euro-atlantische Hauptsitze zerfielen, um Treueerklärungen zu machen und um die Nominierung der Regierung anzunehmen. Es wurde deutlich, dass wenn sie sich in einem Delirium befinden, sie ihr vermeintlich volksfreundliches Programm präsentierten und im selben Moment blind ihre Treue zur EU und zum Euro schworen.

Wir wissen nicht welcher ökonomischen und politischen Schule des Denkens (jenseits einer Mischung neoliberalen Postkeynesianismus) die sonst hochangesehenen „Marxisten“-Volkswirte von SYRIZA folgen, wenn sie haufenweise leeres Geschwätz über die Möglichkeit der Unterstützung des Einkommens aufzählen. Im selben Moment in dem sich die griechische Wirtschaft unter einem Regime abhängig von Darlehen, Bankencrash, Inexistenz der Produktion und Währungsgefangenschaft befindet. Im selben Moment schließlich, indem die weltweite kapitalistische Krise für ein weiteres Mal in der Geschichte als primäre Frage die Verlagerung der Verluste des Kapitals auf die unteren Bevölkerungsschichten setzt. Dass was wir wohl verstehen ist, dass die Herren von SYRIZA Betrüger sind.

Weil innerhalb der EU und des Euro, innerhalb der Verhältnisse der kapitalistischen Krise, populistische Lösungen auf der Ebene der „Spitze“ und der Regierung nicht existieren können, um auch an die anderen Verlogenheiten über „den Wind der Europa verändert“ anlässlich der Wahl von SYRIZA und den eingetretenen aufeinander folgenden Siegen der „Linken“ in anderen europäischen Staaten zu erinnern. Die Lösung wird ihnen nur das kämpfende Volk, der Bruch mit der inländischen bürgerlichen Klasse, dem Kapitalismus und dem Staat, die Soziale Revolution geben. Es ist historisch erwiesen, dass in den Verhältnissen bürgerlicher Herrschaft, geschweige denn in den Verhältnissen der kapitalistischen Krise so wie heutzutage, das Amt der Regierung nicht nur nicht die Klassenbeziehungen stürzen kann, ja sie kann sie nicht einmal verschieben. Die wechselhafte und unverschämte Wahldemagogie SYRIZAs über die Abschaffung der Memoranden, und ihre vollends erwartete Wendung nach der Wahl, die schließlich die Annahme der zwei Memoranden erreichte, beweist die ursprüngliche Täuschung des Parlamentarismus.

Eine Täuschung, welche die revolutionären Linke und im weiteren Sinne die Arbeiterklasse teuer zu stehen kam, nachdem man die Position eines revolutionären Umsturzes verlassen hatte und durch lächerliche Begriffe über „allmählichen Umsturz der Beziehungen“ ersetzte, verwandelten sie sich in eine Krücke des Kapitalismus und



der unpopulären Feuerkraft. SYRIZA liefert historische Beweise für den ideologischen Bankrott der Sozialdemokratie und des Eurokommunismus, nachdem sie im Namen eines dem äußeren Anschein nach politischen Realismus und keiner alternativen Perspektive, dem brutalsten Angriff auf die Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg dient. Als Anarchisten und Kommunisten, und darüber hinaus als bewusste Proletarier haben wir das Lager gewählt. Das organisierte Lager der Verteidigung unserer eigenen Interessen als Klasse.

In diesem Lager haben nicht nur die keinen Platz, die Zweifel über die Position von SYRIZA als Klassenfeind haben, sondern auch diejenigen die sie weiterhin zum Ausdruck bringen. Die proletarischen Kräfte werden erstarken und zurückschlagen, wenn sie die Reste der bürgerlichen Ideologie und die Illusionen die diese teilen abwerfen. Von SYRIZA trennen uns nicht nur die unmittelbaren materiellen Interessen der gegnerischen Klassen die wir verkörpern, sondern auch eine grundsätzliche Frage von moralischem Interesse. Wir sprechen über die Verteidigung der historischen Integrität der Klassenkämpfe und seiner Gefallenen. Wir sprechen über das Blut der Kämpfer*innen, über die Folterungen, die Verbannungen und die Gefängnisse, über die Selbstverleugnung und die Treue, über die Hingabe an das edelste Ideal: das der individuellen und gesellschaftlichen Befreiung. Diejenigen, die die Verurteilung eines Volkes unterschreiben, indem sie klaglos ihren Befehlen gehorchen, können nicht als Linke bezeichnet werden, können nicht für diejenigen sprechen, die sie selbst verurteilen. Hände die Memoranden unterschreiben, Hände die den Feind anbetteln, können keinen Tribut der Ehre an diejenigen richten, die ihre Hände zum Faustschlag zusammendrücken. Ließen sie also unsere Toten ruhen und hörten auf, sie den Linken zugehörig darzustellen, weil die anarchistische Bewegung außerhalb der historischen Krise in der sie ihre schwarzen Geschäftsbücher führen, existiert, agiert und sie zu ihrer Zeit verurteilt wird. Unser Angriff auf ihre Büros stellt ein kleines Zeichen der Verurteilung dar, die sie erleiden werden.

Die Herren von SYRIZA haben uns nach unserem Angriff auf ihre Büros, neben allen anderem, als Menschen der Unterwelt und Asoziale bezeichnet. Wir wissen nicht ob diese Bezeichnungen aus der Arroganz der Herrschenden hervorgehen oder aus einem Versuch heraus, dem Geschehen keine Aufmerksamkeit zu schenken, denn sie wissen ganz genau wer wir sind.

Herren von SYRIZA, wir sind alles andere als Asoziale, wir sind ein Teil der gesellschaftlichen Mehrheit die in der Not der Memoranden lebt, die ihr gewählt habt. Der gesellschaftlichen Mehrheit die ihr marginalisiert habt. Wir sind die Arbeitslosen, die Geringverdiener, die Schwarzarbeiter. Wir sind die mürrischen Figuren in der Schlange von O.A.E.D. (Anm.d.Ü: Arbeitsamt), von Essensausgaben und Krankenhäusern. Wir sind die Obdachlosen, die Selbstmörder, die Hochverschuldeten. Wir sind die Bedrückten, die Gestressten und die Bedrängten. Aber vor allem sind wir zornig. Und unser Zorn macht euch Angst, weil er früher oder später eine Schlinge werden wird und euch erwürgt.

Herren von SYRIZA, die Unterwelt bildet ihr und eure Zunft. Wie sonst könnte man die bürgerliche Welt bezeichnen zu der ihr gehört? Schmiergelder, Erpressungen, Geldwäsche, Unterschlagungen, Verschleiern von Skandalen, Ermordungen, Zinswucher, sind nur einige von den „edlen“ Merkmalen der bürgerlichen Demokratie, der ihr mit solcher Kraft dient. Was sonst habt ihr sozusagen reflektiert als den gegenwärtigen Kapitalismus, außer der gesetzlichen „Omertà“ (aus dem ital.: das Gesetz des Schweigens) nach der Ordnung der Mafia? Was anderes habt ihr noch reflektiert als das „Ideal“ des vereinten Europas, außer das kannibalische Gesetz des Stärkeren? Und wie könnt ihr es überhaupt wagen von Marginalisierten und Unterwelt zu sprechen, wenn man sich (ihr euch) mit Drogenhändlern, Eidbrüchigen und Veruntreuern zusammensetzt und zusammenarbeitet? Wie, wenn eure „Linke“ im Namen der Förderung der „geopolitischen Interessen des Landes“, Allianzen mit dem diktatorischen Regime von Ägypten, mit dem Mörderstaat Israel und der Naziregierung von Kiev schließt? Wie, wenn Griechenland die Nummer eins auf dem Markt für Waffensysteme in Europa bleibt, indem es großzügig das Kartell der Waffenindustrie beliefert? Wie, wenn ihr Land und Wasser an die Krähen des internationalen Kapitals ausverkauft, indem ihr grundsätzliche gesellschaftliche Bedürfnisse (Transport, Strom, Wasser) den Händen der unerbittlichen Monopole als Beute überlässt? Wie, wenn die Preise der grundlegenden Nahrungsbedürfnisse, von Profitgruppen festgelegt werden?

SYRIZA und die Flüchtlingsfrage

SYRIZA, als treue Fortführer ihrer Vorgänger in der Frage der Anti-Migrationspolitik, vergaßen schnell die Aussagen vor der Wahl, verteilten Entschuldigungen durch den Mund von G. Mouzala an N. Dendias für den Fehler, den sie machten indem sie für die Abschaffung der „Sammelager für Migrantinnen“ demonstrierten, solange sie in der Opposition waren. Sie erhalten die Flüchtlingslager durch tägliche Bekanntmachungen für deren Vervielfachung. Es ist derselbe (G. Mouzala), der mit beispielloser Arroganz und Ironie die Mobilisierungen der Eingeschlossenen verhöhnt, indem er sie als Provokation von einer Hand voll Solidarischer charakterisiert. Kämpfe für die Würde, die täglich in den Galeeren geführt werden. Kämpfe des Widerstandes gegen die miserablen Le-

bensbedingungen. Kämpfe des Widerstandes gegen den Kern der Auffassung, die sie gefangen hält.

In den Räumen der „warmen“ Gastfreundschaft wo gefrorene Leichen hineingeworfen werden. Es sind die Sozialdemokraten von SYRIZA, die alle internationalen Abkommen, die Beschlüsse der EU und die Anweisungen der NATO in Bezug auf die Migrations- und Flüchtlingsfrage vorantrieben, stützten und durchführten. Der Regierungsblock heißt die Präsenz der NATO in der Ägäis willkommen und lobt den EU - Türkei Deal, der tausende Flüchtlinge-Migranten auf Inseln, die in Gefängnisse umgewandelt werden, umzingelt. Sie geben ihre Beglaubigungsschreiben ab und werden die geopolitische Titelseite für die Verteidigung der Interessen der imperialistischen Kräfte freihalten, die nachdem tausende Menschen entwurzelt von ihren Herkunftsorten (durch Kriege und ökonomischen Aderlass) flüchten, ihre Fluchtwege blockieren, indem sie sie öffnen und schließen, analog zu den Bedürfnissen der kapitalistischen Gewinne (als billige Arbeitskraft). All das, was die (General-)Stäbe von SYRIZA als „Schlacht“ auf der diplomatischen Ebene präsentieren, sehen wir als das an was es ist: (Zer)Brechen der Armen und Entwurzelten zu Gunsten des Fleischwolfs des Kapitals.

SYRIZA und politische Gefangene

Die Sonderpolitik in Bezug auf die Rechte der politischen Gefangenen wird mit unverminderter Intensität durch die Justizbehörden fortgeführt, die mit der politischen Deckung der Leitung des Justizministeriums, entwickelte Taktiken zum Nachteil der politischen Gefangenen des Systems anwenden. SYRIZA beweist, dass „der Staat eine Kontinuität besitzt“. Es ist immer noch eine Frage der „Menschenrechte“, für die sie, solange sie in der Opposition waren eintraten. Das vorher beschriebene belegt jedoch, dass sie in keinerlei Widerspruch zu jeder anderen rechten Regierung stehen. Für uns war dies natürlich zu erwarten. Wenig später bestätigte uns die Geschichte: mit der Verhaftung und Inhaftierung von Verwandten der Mitglieder der Feuerzellen, mit der Verurteilung des Mitglieds des Revolutionären Kampfes, Nikos Maziotis, zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe in erster Instanz, mit der Entführung des kleinen Lambros-Viktoras aus den Händen seiner Mutter Pola Roupa (Mitglied des Revolutionären Kampfes) nach ihrer Festnahme und seine Einweisung als Gefangener in die psychiatrische Abteilung des Kinderkrankenhauses.

Noch immer führt die Regierung SYRIZA das Unternehmen der Vernichtung des kommunistischen Revolutionärs Dimitris Koufondinas fort, der seit 15 Jahren eingeschlossen in einer Kellerzelle im Koridallosgefängnis sitzt und seit 7 Jahren als Geisel, beraubt des Rechts auf Hafturlaub, dass ihm seit 2010 zugesprochen wurde. Der Grund dafür, formuliert in dem staatsanwaltlichen Beschluss, ist seine Weigerung der Ächtung des bewaffneten Kampfes und eine fehlende Reueerklärung des Kämpfers. Die gleiche Urteilsbegründung wird formuliert

für den anarchistischen Revolutionär Kostas Gournas, der ebenfalls das Recht auf Hafturlaub zugesprochen bekommen hat und in der Liste mit allen übrigen anarchistischen politischen Gefangenen steht, denen in diesem Moment der Staatsanwalt Perimenis die Hafturlaube verweigert, welche ihnen zugesprochen wurden.

Und um nicht zu vergessen alle restlichen Dinge, die dem vorausgegangen sind, wie die Folterungen an Panagiotis Aspiotis und Marios Seisidis um ihnen eine DNA-Probe zu entnehmen, das Schießen auf die Rücken der Gefährten Kostas Sakkas und Marios Seisidis, die Bekämpfung der Hungerstreikenden, die vernichtenden Strafen der Gerichte (dritter Chalandriprozess/Brandstiftungen) gegen politische Gefangene, und auch der aktuell laufende Prozess, indem sich in diesen Tagen der Anarchokommunist Tasos Theofilos befindet, welchem mit einer Verurteilung zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe gedroht wird durch polizeiliche und juristische Vorgehensweisen, die vertikal und horizontal jeden Versuch der Durchführung eines fairen Prozesses durchdringen.

Stärken wir die sozialen und Klassenkämpfe. Rufen wir die Menschen des Kampfes zur Einheit auf. Denn ohne die vereinten Kräfte der Bewegung verraten wir unser wesentliches Vehikel für den Umsturz. Denn wenn wir uns nicht heute auf die antifaschistischen Kämpfe stützen, die den Faschismus in jeder Stadt Griechenlands zerbrechen, wenn wir nicht an den Kämpfen für die Wiedererlangung der gesellschaftlichen Güter und der grundlegenden proletarischen Bedürfnisse (gegenüber der Versteigerung der ersten Häuser, gegen die Stromabstellungen durch DEI, gegen die Verwertung unserer Versetzungen) teilnehmen, wenn wir nicht heute an den Kämpfen für die Verteidigung des sonntäglichen Ruhetags und den unabhängigen Kämpfen gegen die Ausbeutung an den Arbeitsplätzen teilnehmen, wenn wir uns der Abwertung unserer Nachbarschaft und der Hegemonie der Drogenmafia und des illegalen Kapitals der Nacht, die die Plätze in Schlachthöfe verwandeln, nicht widersetzen, geben wir den Boden der Gegenrevolution auf.

Denn nur eine vereinte Bewegung kann inspirieren und von unten revolutionieren. Bekämpfen wir die Angst und geben wir den Ausgebeuteten Selbstvertrauen und Hoffnung. Nur eine vereinte und starke Bewegung kann die revolutionäre Lücke füllen und die Vergeblichkeit des Verzichts in einen aktiven Prozess der Anzweiflung des politischen Establishments umwandeln.

Denn nur die Entwicklung von Strukturen gesellschaftlicher Selbstorganisation und Klassensolidarität, die Erschaffung von Strukturen gesellschaftlicher Gegenwehr und starker Schutz der Bewegung können den frontalen Angriff des Staates und der Bosse in Schach halten. Denn der revolutionäre Prozess ist keine Angelegenheit der Arbeiterklasse, isoliert von den politischen Auseinandersetzungen der Zeit, sondern ein Prozess politischer Reibung und Gärung die die sozialen und Klassenkämpfe durchdringt, indem die Frage der proletarischen Gegenmacht gestellt wird.

Geführt*innen

P.S.: Während wir den Angriff ausführten und uns entfernten, befand sich zufällig in diesem Moment ein alter Mann vor dem Eingang des Büros. Es ist bewiesen, dass für uns der Wert der menschlichen Unversehrtheit Vorrang hat vor unseren politischen Zielen. Das Gleiche praktizierten natürlich die Vertreter der Linken des Kapitals nicht, die ein Pogrom für unsere Angriff unternahmen und schließlich 7 Migranten ohne Papiere festnahmen, welche mit Sicherheit abgeschoben wurden.

(Dieser Text wurde übersetzt von <https://athens.indymedia.org/post/1569825/> . Er ist besonders deshalb interessant,

weil ein bestimmter Teil des anarchistischen Raums in Athen bislang die Position vertreten hatte, Syriza eine Chance zu geben, ihre Versprechungen umzusetzen. Das jetzt die Zentrale direkt angegriffen wurde, bedeutet für einige Leute sicher eine Kehrtwendung. Der Angriff erfolgte an einem Nachmittag im Karneval, die Presse freute sich zunächst über zahlreiche Verhaftungen „Verdächtiger“. Zwei DIAS Bullen wurden ernsthaft angebrannt. Ein Überwachungsvideo ging auch über Nachrichtensendungen https://www.youtube.com/watch?v=mh_AyKLy6PO . Ob das alles dem Syriza Hype von sogenannten „Postautonomen“ Gruppen in Deutschland schadet, darf bezweifelt werden.)“

anonym

Zu den Räumungen im Nachgang des NoBorder Camps in Thessaloniki

Im Nachklang des NoBorder Camps in Thessaloniki wurden Ende Juli 2016 mehrere besetzte Häuser geräumt, vor allem handelte es sich um Squats in denen Geflüchtete wohnten und aktiv waren. Im Folgenden ein aktuelles Statement aus den Reihen der Betroffenen und eine kurze Zusammenfassung wie die bisherigen Gerichtsprozesse ausgegangen sind.

Aufruf zur Solidarität

Letzten Sommer wurde das Squat Orfanotrofia in Thessaloniki vom griechischen Staat geräumt und abgerissen. Ein*e Genoss*in allein ist jetzt aufgrund der Besetzung von Repression betroffen, angeklagt für alle von uns, in einem Gerichtsverfahren am 31.5.2017. Wir rufen zur Solidarität auf!

Die Geschichte beginnt mit der Besetzung des Orfanotrofia im Dezember 2015. Tausende Migrant*innen wurden über Nacht als illegal deklariert und sitzen auf griechischem Territorium fest. Innerhalb von Monaten wurden sie auch von Idomeni vertrieben, was eine riesige, selbst gebaute und in großen Teilen auch selbstverwaltete Ansiedlung, nahe der Grenze zu Mazedonien, war. Sie wurden in, aufs Land verteilte, isolierte Lager gebracht unter der Überwachung der Armee und der NGOs.

Diejenigen von uns, die Idomeni diesen Sommer regelmäßig besucht hatten, hatten gesehen wie eine Mauer direkt vor unseren Augen gebaut wurde, das Menschen praktisch im Schlamm lebten, von der Polizei geschlagen wurden, Kinder in selbstgebauten Zelten geboren wurden, wie alles auffindbare aus dem Müll verbrannt wurde um ein bisschen Wärme in der frierenden Kälte zu haben, wie die Menschen von Stadt zu Stadt verschoben wurden und von Lager zu Lager, in Bussen die einfach auftauchten und dann wieder verschwanden, wie sie andauernd mitten im Nirgendwo gestoppt wurden für sinnlose Kontrollen auf ihrem Weg zur Grenze. Wenn sie es zur Grenze schafften wurden sie häufig nach Athen zurück

gebracht, wo viele von ihnen in die Hände von Schmugglern oder sogar von der Organhandeldmafia fielen.

Die Liste wird länger, je länger die Misere andauert. Migrant*innen werden wieder unsichtbar gemacht, während Griechenland von einem reinen Schmugglerstaat zu einem NGO und humanitäre Geldleistungen eintreibenden Sammler wird. In diesem Moment werden Geflüchtete in Abschiebelagern, Gefängnissen und Polizeistationen konzentriert, wo sie ermordet, psychologisch erdrückt werden und unausweichlich zur Selbstaufgabe oder strukturellen Illegalität gedrängt werden, da sie keine Möglichkeit haben sich niederzulassen, zu arbeiten, Bildung zu erhalten, ihre Würde zu beanspruchen.

Wer wir sind

Viele Menschen entschlossen sich in dieser Situation zu handeln und an der Seite der Geflüchteten zu stehen. Nicht aufgrund von Mitleid, nicht aufgrund von Geld, sondern einfach so. Das sind wir. Wir kamen zusammen von den verschiedenen Ecken der Stadt und der Welt, von den sozialen Bewegungen an den Arbeitsplätzen, den Nachbarschaften, den Schulen und der Uni, von denen der Straße. Wir hatten das gemeinschaftliche Bedürfnis einen Raum zu schaffen wo Locals und Geflüchtete sich versammeln und treffen können, einen kollektiven Raum jenseits der Überwachung und Kontrolle der NGOs, des Staates und seiner Institutionen; einen Raum der Gleichheit und Selbstorganisation bestärkt und hervorbringt. Dieser Raum war das verlassene Waisenhaus, welches bereits zuvor von der Bewegung besetzt wurde. Es wurde besetzt, so dass es Unterkunft für Geflüchtete bieten konnte, also Menschen die von Repression betroffen sind und marginalisiert werden, einfach weil sie so unglücklich genug waren auf der falschen Seite der Erde geboren zu sein, auf der falschen Seite des hierarchischen bipolaren Wertesystems, für welches manche Menschenleben wichtiger sind als andere. Sie waren unglücklich genug in einer Welt zu existieren, die den Gedanken

reproduziert und in sich trägt Menschen in Privilegierte und Entrechtete zu unterteilen.

Was aus uns wurde

Wir wurden eine Versammlung von privilegierten Locals und Europäer*innen als auch Migrant*innen, mit verschiedenen Übersetzungen und sogar noch mehr Sprachen unter uns, für einen gemeinsamen Kampf, keinen Kampf der Repräsentanten. Wir besetzten das ehemalige Waisenhaus 'Megas Alexandros' und mit unseren eigenen Händen erschufen wir, die Migrant*innen, die Locals, die Europäer*innen, Schlafräume für bis zu 80 Personen, eine Küche, eine Apotheke, einen Kinderraum, ein Café und einen Garten. Wir hielten regelmäßig Treffen mit Anwäl*innen ab, die sich um die Papiere der Migrant*innen kümmerten und erhielten regelmäßig Angebote von Essen und Kleidung der Nachbarn, welche darüber hinaus auch regelmäßig am Leben des Hauses teilnahmen. Wir organisierten Vorträge und Diskussionen über des Projekt Orfanotrofeo als auch über das Recht von Migrant*innen auf Bewegungsfreiheit und Papiere sowohl im Haus aber auch auf öffentlichen Plätzen, in Squats und auf Festivals. Wir organisierten Aktionen gegen die Räumung und den Abriss des Gebäudes, riefen zu Versammlungen vor Abschiebegefängnissen auf um die Freiheit der dort eingesperrten zu verlangen, verlangten freien Zugang zu Arbeit und Gesundheitsversorgung, viele Gruppen führten ihre regelmäßigen Besuche in den Lagern fort und beteiligten sich aktiv in antifaschistischen Initiativen. Alle Entscheidungen wurden auf den wöchentlichen Versammlungen getroffen und in die Sprachen übersetzt die alle Beteiligten abdeckten. Wir haben niemanden aufgrund von Religion, Herkunft oder Familienstatus diskriminiert. Am allerwichtigsten: wir haben niemals und werden niemals die Unterscheidung von legalen und illegalen Migrant*innen akzeptieren. Für uns wurde das Squat ein lebendiger Raum und der erste sichere Raum für Migrant*innen. Dieser Ort existierte für acht Monate und war der Beweis, dass wir zusammen leben, arbeiten und kämpfen können.

Repression but not suppression

Ende Juli 2016 hämmerte die Polizei an unsere Tür mit Kränen und Bulldozern, nahm alle Menschen, fest die sie im Gebäude finden konnten und überließen es schließlich den Bauarbeitern, die heilige Sache der Kirche zu beenden und rissen das gesamte Gebäude ab. [Die Kirche



war Besitzerin des Gebäudes, Anm. d. Üb.] Es ist schon faszinierend wie gut die Zusammenarbeit des Stadtrats, der

SyrizANEL-Regierung, der Polizei, der Universität, der Massenmedien und der Kirche funktioniert wenn es um das Verwalten und die Unterdrückung von Migrant*innen geht.

Wir wurden von Anfang an von der „wohltätigen“ Priestermafia bedroht. Dafür gibt es Gründe. Denn die meisten Migrant*innen sind Muslime. Denn die Migrant*innen waren sichtbar, nahmen am täglichen Leben der lebhaften Umgebung teil anstatt sozial ausgeschlossen zu sein, außerhalb der Sicht, wie der Staat es gerne hätte. Ausserdem weil die Kirche das Grundstück ohne das Gebäude für ein eigenes wohltätiges Megaprojekt haben wollte.

Nach Jahren der Gleichgültigkeit entschied die Kirche nun endgültig nicht nur einen historisch relevanten Teil des Gebäudes abzureissen sondern, um so wichtiger, ein Projekt der Solidarität zu zerstören, welches es geschafft hatte nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft zu leben gegen die Logik des Kapitals. Es wurde ein Gebäude abgerissen welches unser Zuhause geworden war.

Eine Menge wurde zusammen mit dem Haus zerstört: ein Raum für Treffen, ein Raum gefüllt mit Geschichten und Erlebnissen, ganze Lagerräume voll von Kleidung und Lebensmitteln, persönlichen Habseligkeiten. Aber wir werden nicht aufgeben! Einige von uns haben ihre Reisen fortgesetzt, einige sind hier geblieben um nach Arbeit zu suchen oder ihre nächsten Schritte vorzubereiten. Für uns, würde Aufgeben bedeuten den Drang nach Freiheit zu verleugnen.

Was geblieben ist

Bis heute ist das Grundstück, des früher besetzten Zuhauses Orfanotrofeo, voll von Bauschutt. Es kam zu keiner „effektiven Nutzung“ oder „Umwandlung“ von der die Kirche und die Offiziellen geredet haben. Das bestätigt was wir schon wussten: Die Räumung und die Geschwindigkeit, mit der der Abriss stattgefunden hat, hatte nichts zu tun mit dem Bedarf eine „gemeinnützige Institution“ zu schaffen, sondern vielmehr mit dem Willen ein gefährliches Projekt zu zerstören, eine Kampfgemeinschaft in der Locals und Migrant*innen gemeinsam lebten und kämpften.

Die Situation der Migrant*innen hat sich nicht viel geändert. Die Leute haben sich an die Ertrinkenden in der Ägäis gewöhnt. Die Mehrheit der geflüchteten Kinder geht immer noch nicht zur Schule. Die Lager werden „verbessert“, so dass sie noch mehr Geflüchtete aufnehmen können, weit weg von den Stadtzentren, isoliert und marginalisiert. Abschiebungen in das „sichere Land“ Türkei finden weiterhin statt, so wie es im Türkei-EU Deal vorgesehen ist.

Nach der Räumung des Orfanotrofeio Squats wurden wir in Lager außerhalb der Stadt gebracht. Wir haben uns entschieden wieder in die Stadt zurück zu kehren und uns mit anderen Menschen im Kampf gegen die Repression zusammenzuschließen auch wenn der Staat entschlossen ist uns zu isolieren und zu spalten. Solidarische Menschen sind in Gerichtsprozessen mit ernsthaften Strafen und hohen Geldstrafen bedroht. Unsere Einheit wird nichtsdestotrotz stärker und wir werden immer gemeinsam solidarisch sein und zusammen nach einem Leben in Würde und Freiheit streben. Wir teilen was wir haben und wir kämpfen zusammen für das, was wir verdienen, gegen die Abwertung unserer Leben und unserer Träume. Wir haben vielleicht ein Squat verloren aber über all dem haben wir bewiesen dass der Staat und seine Lakaien ernsthafte Angst haben vor Selbstorganisation, praktischer Solidarität gegenüber sans papiers und einem gemeinsamen Kampf von Locals und Migrant*innen.

- *Gemeinschaften des Kampfes mit Migrant*innen in allen Nachbarschaften!*

- *Für eine Welt frei von Ausbeutung, Trennung, Grenzen und Staaten!*

- *Sofortiger Stopp aller Ermittlungen!*

- *Solidarität mit unser*er Genoss*in welche von Knast bedroht ist wegen des Orfanotrofeio Squats!*

Der Prozess auf den im obigen Text Bezug genommen wird fand am 31.5.2017 statt begleitet von 100 solidarischen Genoss*innen und endete mit einem Freispruch.

Insgesamt sind in Thessaloniki 99 Personen angeklagt. Dazu gehören die Verhafteten bei den Räumungen der drei Hausbesetzungen "Hurriya", "Orfanotrofeio" und "Nikis", sowie die Verhafteten bei der Protestaktion in einer Kirche gegen die Räumung des "Orfanotrofeio" und bei einem Protest gegen den Tod der schwangeren Asas Ragda im Refugee Camp Softex bei Thessaloniki.

Bis jetzt wurden 4 Prozesse geführt gegen insgesamt 41 Personen, der Prozess gegen die 58 Besetzer*innen des "Hurriya"-Squats wurde verschoben auf den 26. Januar 2017.

Die bisherigen Kosten der Verfahren und Strafen summieren sich auf eine Summe zwischen 12.000 und 20.000 Euro (!). Zeigt euch solidarisch und unterstützt uns mit euren Spenden!

Die Ergebnisse der bisherigen 4 Prozesse

Mehr Details zu den Prozessverläufen und den Statements vor Gericht sowie Gerichtsinhalten im Liveticker auf [OpenBorder](#)

- 28. Juli 2016: Urteil für die 9 Leute aus dem Squat Nikis

2 Aktivist*innen aus Italien, sowie ein Mensch aus Patras wurden freigesprochen. Die 6 Aktivist*innen aus Thessaloniki wurden zu 4 Monaten Haft auf 2 Jahre Bewährung verurteilt und ein*e weitere*r Aktivist*in zu einer Zahlung von 5 Euro pro Tag über ein halbes Jahr, insgesamt 1200 Euro, plus Gerichtskosten in Höhe von 200 – 400 Euro pro Person. Zeigt euch solidarisch und spendet Geld für die Betroffenen!

- 1. August 2016: Urteil gegen die 24 Verhafteten einer Protestaktion während eines Gottesdienstes in Thessaloniki gegen die Räumung des Orfanotrofeio Squats

Bei einer Protestaktion während eines Gottesdienstes in Thessaloniki wurden Flyer gegen die Räumung des Orfanotrofeio Squats verteilt (Räumungen müssen in Griechenland von "Eigentümer*innen" angeordnet werden, dies war beim Orfanotrofeio die Kirche). Die Polizei stürmte daraufhin in die Kirche und verhaftete 24 Aktivist*innen mit dem Vorwurf der "Störung religiöser Handlungen" etc. Sie wurden auf die Wache zur ED-Behandlung gebracht. Es sind Refugees und Nicht-Refugees angeklagt. Aktivist*innen die Fingerabdrücke verweigert haben werden zu 6 Monaten Haft, ausgesetzt zu 3 Jahren Bewährung verurteilt. Alle anderen sind freigesprochen, haben allerdings die Gerichtskosten zu tragen.

- 3. August 2016: Verurteilung der 5 angeklagten Besetzer*innen des Orfanotrofeio

Das Urteil gegen die 5 Besetzer*innen des Orfanotrofeio lautet: Die 4 schwedischen und eine griechische Freund*innen wurden zu jeweils 10 Monaten Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung verurteilt, d.h. sollten sie in den 3 Jahren eine Straftat begehen kommen sie 10 Monate ins Gefängnis. Zusätzlich muss eine Person eine Strafe von 4200,- Euro zahlen. Dazu stehen Gerichtskosten von 200 bis 400 Euro pro Person an. Die Anwalt*innen sind solidarisch und wollen kein Geld. Eine Person (Geldstrafe) ist in Berufung gegangen und wurde am 31.5.2017 freigesprochen.

- 16. August 2016: Prozess gegen 3 Refugees aus dem Camp Softex bei Thessaloniki wegen angeblicher Körperverletzung eines Polizisten.

Die drei Freunde sind angeklagt bei Ausschreitungen und Protesten wegen des Todes der schwangeren Asas Ragda, nach verweigerter Behandlung durch Ärzt*innen am Donnerstag 28. Juli 2016 im Camp Softex bei Thessaloniki, einen Polizisten verletzt zu haben. Die Angeklagten haben es geschafft vor dem Prozesstermin unterzutauschen.

- 13. Januar 2017: Doppelte Revision des Prozesses gegen die 24 Aktivist*innen der Kirchen-Protestaktion zur Räumung des Orfanotrofeio in Thessaloniki (Griechenland).

Gegen das Urteil vom 1.8.2016 (s.o.) ist am Freitag, den 13.01.2017, die griechische Staatsanwaltschaft erneut

vor Gericht gezogen. Von dem Vorwurf der „Beleidigung der Kirche“ wurden alle 24 Angeklagten (19 waren anwesend) nach mehrstündiger Verhandlung freigesprochen. Die Richter sahen es als nicht erwiesen an, wer genau die Kirche betreten hatte. Dazu zweifelten sie – sehr zum Missfallen der anwesenden Kirchenvertreter – an, inwiefern diese, in ihren Augen in einer Kirche zwar unangemessene, aber politische, Protestaktion eine Verletzung religiöser Gefühle und Beleidigung der Kirche dargestellt

hatte. Es waren bis zu 100 Unterstützer*innen vor Ort, die den Prozess lautstark und kritisch begleiteten.

Kommende Prozesstermine:

- 22. Juni 2017: Prozesstermin für die 58 Besetzer*innen des Hurriya-Squats in Thessaloniki (Griechenland)

für Infos checkt: <https://cantevictsolidarity.noblogs.org>

Ein Gespräch zur Situation in Aserbaidschan

Frage: Hallo, erzähl doch erstmal wer du bist.

Javad: Ich bin Javad. Ich lebe seit ein paar Jahren in Deutschland, bin aber in Baku/Aserbaidschan aufgewachsen. Meine Familie und viele meiner Freunde und Freundinnen leben noch in Baku.

Frage: Wie kriegst du von aktuellen Entwicklungen in Aserbaidschan mit?

Javad: Also zunächst rede ich natürlich mit den Leuten, mit denen ich Kontakt habe und lass mir erzählen was sie so erlebt haben oder mitkriegen. Und dann ist das Internet auch eine wichtige Informationsquelle. Wobei man sagen muss, dass es mittlerweile eigentlich kaum noch unabhängige Nachrichten und auch Blogger_innen



aus Aserbaidschan gibt. Die sind alle im Knast, haben aufgehört oder das Land verlassen. Was es gibt sind Blogs und Infoseiten sowie Facebookgruppen, die von Exilant_innen von der EU aus betrieben werden. In Aserbaidschan selbst sind auch diese vor ein paar Monaten verboten worden. Doch dazu kann ich vielleicht später mehr erzählen.

Frage: Ja gerne. Dann erzähl doch erstmal ein paar allgemeine Hintergrundinfos zu Aserbaidschan.

Javad: Aserbaidschan liegt am Kaukasusgebirge und grenzt ans Kaspische Meer, Russland, den Iran, Armenien, die Türkei und Georgien. 9,5 Millionen Menschen leben dort, die meisten in Städten, alleine um die 4 Millionen in Baku. Die meisten Menschen sind schiitische Muslime es gibt aber auch Sunnit_innen, Christ_innen und Juden_Jüdinnen und es leben 17 nationale Minderheiten in Aser-

bajdschan. Die gesellschaftliche Bedeutung von Religion hat in den letzten Jahren etwas zu genommen, insgesamt ist die Gesellschaft aber nicht sehr religiös geprägt und es herrscht eine moderate Auslegung des Islam vor. So ist es ganz normal, dass Frauen ohne Kopftuch rum laufen. Deutlich über 60% der Wirtschaftsleistung hängt am Erdöl. Auch die Ausbeutung anderer Rohstoffe hat eine herausragende Bedeutung, dagegen spielen übrige Industrie, Landwirtschaft und Tourismus eine untergeordnete Rolle.

1918 erklärte sich Aserbaidschan erstmalig zum Staat, es wurde eine demokratische Republik ausgerufen, die allerdings schon 1920, durch die aserbajdschanische, sozialistische Sowjetrepublik ersetzt wurde. Am 20. Januar 1990, als die Sowjetunion bereits Auflösungserscheinungen zeigte, vertrieb die Bevölkerung die Rote Armee aus Baku. 1991 wurde die aserbajdschanische Republik ausgerufen, die bis heute existiert. Seit 1993 bis zu seinem Tod 2003 regierte der ehemalige KGB-Chef und 1. Sekretär des Zentralkomitees der kommunistische Partei Heyder Aliyev als Präsident. Seitdem sein Sohn Ilham Aliyev. Seit kurzem ist seine Frau Mehriban übrigens Vizepräsidentin. Aber natürlich wurden die immer mit weit über 80% gewählt, in total freien Wahlen.

Frage: Wie ist die Situation im Moment? Selbst wenn man in Deutschland regelmäßig Zeitung liest, kriegt man kaum etwas mit. Ich erinnere mich nur an Enthüllungen zur Bereicherung der Präsidentenfamilie, im Zusammenhang mit den Panamapapers, den wieder aufflammenden Konflikt um Karabach und Repression gegen Journalist_innen.

Ja all das gab's. In den Panamapapers wurde aufgedeckt wie Gelder aus der Förderung von Öl, Gas und Gold über Briefkastenfirmen, die u.a. der Tochter des Präsidenten gehören den Reichtum der Präsidentenfamilie vermehren. Sowieso gehört eigentlich alles was Geld abwirft ihnen. Ilham Aliyev, der Präsident, wurde bereits 2012 vom Zentrum für Studien zu Korruption und organisierte Kriminalität, zum „Korrupten des Jahres“ gekrönt.

Der Konflikt um Karabach ist 25 Jahre alt. Die Regierung benutzt ihn immer wieder um von innenpolitischen Problemen abzulenken, die Russen verdienen daran, in dem sie Armenien aufrüsten und dort sogar Armeebasen unterhalten und gleichzeitig auch Aserbaidschan Waf-

fen verkaufen und so wird der Konflikt alle paar Jahre aufgewärmt. Natürlich auf Kosten von Zivilist_innen und der meist jungen Wehrpflichtigen, die gerade zur Grenzsicherung eingesetzt sind.

Und Journalist_innen sind schon ein Hauptziel der Repression, es gibt keine Pressefreiheit. Aber eigentlich wird jede_r verfolgt, der zu erkennen gibt, dass er gegen die Regierung ist. Die Journalistin, die an den Recherchen zu den Panamapapern mitgearbeitet hat war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits inhaftiert. Sie ist im Gegensatz zu zahlreichen anderen, auf internationalen Druck hin, frei gekommen.

Insgesamt hat sich die Situation der Bevölkerung aber nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich enorm verschlechtert. Im letzten Jahr ist der Kurs der nationalen Währung zweimal rapide gefallen. Vorher war 1 Manat ungefähr 1 Euro, jetzt nur noch die Hälfte. Die Wirtschaft hängt am Öl und der Preisverfall auf dem Weltmarkt, sowie Sanktionen gegen Russland haben die Situation verschlimmert. Schon vorher war es so, dass die Löhne der Meisten nicht im Geringsten zum Überleben reichte, der Mindestlohn beträgt umgerechnet gerade mal 80 Euro monatlich. Dabei sind die Lebenshaltungskosten nicht geringer als in Deutschland. Die meisten Leute leben in eigenen Häusern oder Wohnungen, zahlen also keine



Miete, aber Lebensmittel, Energie usw. alles wird teurer, unter umgerechnet 800 Euro wird es schwer auszukommen. Deshalb verdienen alle irgendwie was dazu, Korruption ist prägend für alle Gesellschaftsbereiche. So verdienen z.B. selbst Ärzte lediglich 150 Euro – offiziell ist es kostenlos ins Krankenhaus zu gehen – in der Realität muss man die Ärzte dort bezahlen, schließlich können sie von ihrem offiziellen Lohn nicht überleben. In Baku wurde mit den Millionen aus dem Öl die glitzernde Skyline einer reichen Stadt gebaut, aber die meisten Menschen sind ziemlich arm.

Frage: Dann erzähl doch jetzt mal mehr zu Repression gegen Presse, Blogger_innen und politische Gegner_innen.

Javad: Es gibt sehr viele politische Gefangene und Leute, die ihrer Festnahme nur durch Exil entgehen konnten. Ich kann sehr viel erzählen, besser ich erzähl einige aktuelle, wichtige und herausragende Fälle und dann kannst du ja noch nachfragen.

Ein bekannter, oppositioneller und Blogger ist Orduhan Temirhan, der vor dem Krieg in Karabach zunächst nach Baku geflüchtet war und seit vielen Jahren als politischer Flüchtling in den Niederlanden lebt. In den letzten Jahren war er sehr aktiv, hat einen Blog und eine Facebookgruppe betrieben und hat in verschiedenen Ländern, der EU Demos organisiert, um auf die Situation in Aserbaidschan aufmerksam zu machen. Aufgrund dessen werden Mitglieder seiner Familie in Aserbaidschan von der Polizei schikaniert. So wurden vor einigen Monaten 13 Familienmitglieder, darunter ein 2 jähriges Kind, auf eine Wache verschleppt. Dort wurde eine seiner Schwestern dazu gezwungen ihn anzurufen und darum zu bitten, im Interesse seiner Familie, mit seinen Aktivitäten gegen die Regierung aufzuhören. Statt sich einschüchtern zu lassen hat er einen Mitschnitt des Telefonats auf seinem Blog veröffentlicht. Seine Familienmitglieder wurden größtenteils nach einigen Tagen frei gelassen, zwei allerdings erst nach 2 Monaten.

Mehman Huseynov lebt in Baku und hat dort einen eigenen Videoblog betrieben. Er hat viele Filme gemacht, in denen er die Korruption von Regierungsmitgliedern aufgedeckt hat. Darin waren dann auch Häuser und fette Autos von Familienmitgliedern zu sehen. Sein letzter Film zeigte die goldgeschmückte Villa eines Ministers, der gleichzeitig über 300 Firmen besitzt, die u.a. im Bausektor quasi das Monopol innehaben. Auch vorher wurde Mehman bereits mehrfach verhaftet und zu kurzfristigen Haftstrafen verurteilt, nach diesem Film wurde er erneut verhaftet und gefoltert. Da er dies nach seiner Freilassung veröffentlichte, wurde er wegen Verleumdung der Polizei zu zwei Jahren Knast verurteilt.

Afgan Muxtarli war, bis zu seiner Flucht nach Georgien, Journalist bei einer Oppositionszeitung. Von dort hat er 2015 eine umfassende Recherche über die Wege der Gelder der korrupten Präsidentenfamilie publiziert. Jetzt wurde er in Georgien entführt und nach Baku gebracht. Dort wurde ihm vorgeworfen über 10.000 Euro nach Aserbaidschan geschmuggelt zu haben. Dabei ist sein Pass bei seiner Frau in Georgien und er hat die Grenze niemals freiwillig überquert. Er ist für die Dauer des Prozesses inhaftiert.

Rasul Jafarov hatte, während des Eurovision Songcontest 2011 in Baku, eine Demo gegen die Regierung unter dem Motto „Singen für Demokratie“ organisiert. Er ist außerdem der Gründer eines Menschenrechtsvereins und publiziert Artikel zu politischen Gefangenen. Rasul Jafarov arbeitet als Anwalt und wurde in Zusammenhang mit dieser Tätigkeit wegen Verdunklung, Fälschung von Beweismitteln und Beeinflussung von Zeugen sowie Steuerrückzahlung zu 6,5 Jahren Knast verurteilt. Er wurde 2015, nach einem Jahr Haft, amnestiert. Das war, eine Aktion des Präsidenten um den internationalen Druck zu begegnen, der sich durch Boykottaufrufe im Vorfeld der Europa Spiele Baku 2015, aufgebaut hatte. Die Spiele hatte sich der Präsident, laut BBC, 7 Milliarden Euro kosten lassen und dabei selber kräftig abkassiert, da wollte er wohl sicher gehen. Die Amnestie war also keineswegs

eine generelle Lockerung, wie die vorher aufgeführten, aktuelleren Fälle zeigen.

Generell werden häufig Vorwürfe konstruiert oder sogar ganz erfunden und mit untergeschobenen Beweisen belegt. Menschenrechtsanwält_innen werden wegen Steuerrückzahlung verurteilt und zahlreiche Journalist_innen sitzen wegen Drogenbesitz im Knast. Bei uns haben die die Journalisten ständig gleich Kiloweise Heroin dabei. So erging es auch zwei jungen Anarchisten, die zum Geburtstag des alten Präsidenten, Vater des aktuellen Präsidenten, sein Denkmal mit einer Parole bedachten. Auch sie hatten gleich 10 Kilo Heroin dabei.

Laut der parlamentarischen Versammlung des Europarats, belegt Aserbaidschan Rang 3 auf der Liste der Länder mit den meisten Menschenrechtsverstößen.

Frage: Du meinstest vorhin Blogs von Exilant_innen wurden in Aserbaidschan verboten. Ist die Nutzung des Internets dann zensiert, also die Seiten gesperrt?

Javad: Ja, also ohne Anonymisierung wie TOR sind die nicht mehr aus Aserbaidschan zu erreichen. Wenn ich mit Freund_innen aus Aserbaidschan rede, wissen die oft weniger über aktuelle Ereignisse als ich. Es ist sehr schwer an unabhängige Informationen zu kommen.

Frage: Gibt es Anbetracht der geschilderten Repression überhaupt noch nennenswerten Widerstand?

Javad: Die Wahlen sind eine Farce, aber auch außerparlamentarisch gibt es nichts was der Präsidentenclique gefährlich werden kann. Wenn sowas wie größere politische Kundgebungen stattfinden, was nicht oft passiert, dann nur in Stadien. Alles andere wird verboten.

Frage: Glaubst du eine weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation und daraus folgend eine noch größere Not der Bevölkerung könnte daran etwas ändern?

Javad: Wohl kaum, das Regime sitzt ziemlich fest im Sattel. Einerseits sind fast alle irgendwie in das korrupte System involviert, weil man ja sonst auch gar nicht genug verdienen kann um zu leben, deshalb ist es schwer aufzumucken, schließlich bist du auch korrupt und das könnte gegen dich verwendet werden. Andererseits sind die Meisten desinformiert und haben Angst. Gerade die Aussicht, dass deine ganze Familie bestraft wird, wenn du bei der Regierung in Ungnade fällst, scheint mir wirkungsvoll bei der Einschüchterung der Bevölkerung.

Als die Lebensmittelpreise, aufgrund der letzten Währungsabwertung massiv stiegen, hab ich ein kurzes Video von einem Protest in einem Dorf bei Baku gesehen, der von Soldaten mit Schüssen in die Luft auseinander getrieben wurde. Aber niemand aus Aserbaidschan, mit dem ich geredet hab, kannte diese Geschichte und auch sonst habe ich nichts von Protesten aufgrund der wirtschaftlichen Situation gehört. Sowas wie Streiks gibt's eh nicht und würde auch mit Knast bestraft.

Frage: Gibt's denn gar nichts Positives zu berichten?

Javad: Nee, leider nicht. Nur schlimm und schlimmer.

Frage: Schade, dann müssen wir unser Gespräch wohl leider ohne Happy End beenden und jede_r muss weiterhin selbst überlegen wie wir die Regierungen loswerden. Danke für die vielen Informationen.

Das Gespräch wurde auf Anfrage des Autonomen Blättchens geführt.

Aufruf aus Venezuela an die Anarchist*innen in Lateinamerika und weltweit: Die Solidarität ist mehr als nur ein geschriebenes Wort.

Wir wenden uns dem gesamt anarchistischen Spektrum zu, vor allem den Kräften auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Nicht nur um die Aufmerksamkeit auf die gegenwärtige Lage in Venezuela seit April 2017 zu richten, sondern um die aus unserer Sicht dringende Notwendigkeit eines internationalen anarchistischen Austauschs über die dramatische Lage voranzutreiben, allem voran mit Positionen und Aktionsformen die sich entlang der historischen Linie des anarchistischen Ideals bewegen.

Es ist bedauerlich, dass auf der einen Seite die Chavistische Regierung – die heute von Maduro geleitet wird – mit ihrer medialen Resonanz im Ausland und, auf der anderen Seite, die rechte Opposition und die Sozialdemokratie, sich in einer dreckigen Kampagne befinden, um der Welt ihre einseitigen Darstellungen der Wahrheit zu verkaufen, die von Machtinteressen durchdrungen

werden. Viele anarchistische Stimmen außerhalb Venezuelas haben bis jetzt geschwiegen, diese Stille ist gewissermaßen eine indirekte Akzeptanz der „Wahrheit“ die die konkurrierenden Kräfte für die Macht innerhalb des Staates versuchen zu etablieren.

Wir wissen dass sie solidarischen und mitfühlenden Stimmen in unserer Nähe keinen Zugang zu den meisten Medien haben und dass viele Genoss*innen sich innerhalb komplexer Realitäten bewegen in denen bestimmte Themen und Probleme, aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu deren Alltag, Vorrang haben, doch diese Schwierigkeiten sollten nicht zu einem Hindernis werden, so dass auf bestimmte, wenn auch bescheidene Art und Weise, der Situation in Venezuela und dem Anarchismus in dieser Region Aufmerksamkeit, Interesse und Solidarität geschenkt werden kann.

Kurz zusammengefasst, sagt der lokale Anarchismus zurzeit, dass die aktuelle Situation den faschistischen Charakter des Chavez-Regimes- und seinem Nachfolger Maduro- aufzeigt. Reaktionäre Militärregierungen wurden schon immer von „El Libertario“ angeprangert. Dieses Regime kennzeichnet sich durch Kriminalität, Drogenhandel, Raub, Korruption, Inhaftierung politischer Gegner, Folter, und dazu kommt noch das katastrophale Management auf wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ethischer Ebene. Chavez konnte mit seiner messianischen und charismatischen Führungsart punkten, seine Regierung finanzierte sich durch hohe Ölpreise, aber nach seinem Tod und mit dem Ende des Erdölaufschwungs, geriet der sogenannte bolivarianischen Prozess ins Schwanken, denn seine Fundamente waren zu fragil. Diese „Revolution“ trat in die Fußstapfen der historischen Tradition des Diktators Juan Vicente Gómez im frühen zwanzigsten Jahrhundert, die vom Militär Marcos Perez Jimenez weitergetragen wurde und auch heute innerhalb der repräsentativen Demokratie nicht aufgehört hat zu existieren.

Auf internationalen Ebene (Noam Chomsky ist das beste Beispiel), zogen viele Leute ihre ursprüngliche Unterstützung für den venezolanischen Autoritarismus zurück und kritisieren ihn heute vehement. Wir nehmen jedoch mit großer Sorge das Schweigen vieler AnarchistInnen dieses und anderer Kontinente über die Entwicklungen in Venezuela wahr. Es gibt ein Sprichwort, „Schweigen ist Zustimmung“, dessen Inhalt die aktuelle Lage widerspiegelt, denn ein ganzes Volk hungert und wird mit bestialer Gewalt unterdrückt, während diejenigen die dagegen protestieren sollten wenig oder gar nichts sagen. Wir rufen diejenigen auf, die die libertären Fahnen umarmen, damit sie, falls sie es noch nicht getan haben, sich über unsere Tragödie aussprechen. Wenn man eine anarchistische Weltanschauung hat, gibt es für Gleichgültigkeit keine Rechtfertigung. Nur das komplette Gegenteil einer anarchistischen Perspektive spricht sich für die Farce der Regierung aus und vergisst was von vielen Anarchist*innen im Laufe der Zeit über den autoritären Sozialismus und dessen Entartung durch die Macht gesagt wurde. Vielleicht ließen sich in der Vergangenheit einige Leute durch die „progressive“ Illusion des Chavismus täuschen, sogar einige AnarchistInnen, aber wenn wir immer noch im Einklang mit unserem Ideal leben wollen, ist es unmöglich diesen Glauben aufrecht zu erhalten.

Wir bezeugen zur Zeit die letzten Zuckungen einer sterbenden und repressiven Regierung die keinerlei Legitimation mehr besitzt und die versucht sich an der Macht zu verewigen. Eine Regierung die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, eine Regierung die mit ihren repressiven und paramilitärischen Gruppen mordet und die auch Plünderungen fördert. Eine korrupte Regierung, die mit Nahrungsmittelkörben die Leute erpresst die auf dem Schwarzmarkt für einen Dollar verkauft werden, eine Regierung die in allen Arten von Geschäften mitmischt, eine Regierung der Boli(varianischen)-Bourgeoisie und des Militärs, die allesamt anhand des Erdöls und des Bergbaus reich wurden. Eine Regierung die Leute verhungern lässt und tötet während sie brutale wirtschaftliche Anpassungen mit dem transnationalen Kapitalismus tätigt, dem sie übriges die kriminellen Auslandsschulden immer pünktlich bezahlt.

Es ist Zeit den Pseudo-Informationen derjenigen die den Staat kontrollieren oder darauf hoffen ihn bald zu kontrollieren entgegenzutreten, wir erwarten hierfür die aktive Unterstützung von Einzelpersonen und anarchistischen Gruppierungen aus Lateinamerika und dem Rest des Planeten.

Jedes Zeichen der anarchistischen Solidarität wird von der zwar kleinen und mit vielen Schwierigkeiten konfrontierten anarchistischen Bewegung Venezuelas begrüßt. In solchen Zeiten ist es für uns enorm wichtig zu wissen dass wir mit der Unterstützung der GenossInnen weltweit rechnen können, egal ob bei der Verbreitung unserer Informationen aus Venezuela, um mit eigenen Meinungen und Überlegungen ein Gegengewicht gegen die autoritäre Rechte und Linke zu erzeugen, oder – was noch viel besser wäre – indem solidarische Aktionen in verschiedenen Ländern gefördert werden, die auf den Hunger und die Unterdrückung des heutigen Venezuelas aufmerksam machen und die gesamte Situation verurteilen. Wir brauchen eure Unterstützung mehr denn je, um auf verschiedenen Ebenen die gegenwärtige Tragödie in Venezuela anzuprangern.

Mehr Infos unter: El Libertario:
<http://periodicoellibertario.blogspot.com>



Jinwar – ein Ort der Frauen

Ein eigenständiges Dorf von, für und mit Frauen

Inmitten des Krieges in Syrien bauen sich Frauen in Rojava ein neues Leben auf. Die beim Aufbau der demokratischen Autonomie, bei der Basisorganisierung in Frauenkommunen, Frauenkooperativen und Frauenräten gewonnenen Erfahrungen haben ihnen Mut und Selbstvertrauen gegeben, neue Schritte zu wagen. So entstand die Idee, das Frauendorf Jinwar zu gründen. Jinwar, was auf Kurdisch »Ort der Frauen« heißt, soll ein Dorf werden, in dem Frauen, die durch Krieg und Gewalt Leid erfahren haben, genauso wie Frauen, die keine klassische Familie gründen wollen, sondern sich vielmehr nach einem kollektiven Leben mit anderen Frauen sehnen, gemeinsam und selbstbestimmt leben können.

Frauen aus verschiedenen Städten und Dörfern Rojavas sind in dieses Projekt involviert. Mit dem Aufbau von Jinwar verbinden sie den Aufbau einer neuen Lebenskultur, die zugleich an traditionelle ökologische Produktions- und Lebensformen in der Region des Fruchtbaren Halbmondes anknüpft. Sicher ist jetzt schon, dass die Wirkung von Jinwar nicht auf ein Dorf beschränkt bleiben wird, sondern auch Frauen an anderen Orten inspirieren, stärken und neue Lebensperspektiven aufzeigen wird.

In einem Interview berichten mir Cihan und Emîne vom Dorfaufbaukomitee »Jinwar« mit Stolz und Zuversicht von ihrem Vorhaben.

Cihan arbeitet zugleich im Vorstand der Einrichtung für Angehörige von Gefallenen mit. Sie hat acht Kinder. Ihr Sohn Mazlum ist 2014 in Mabruka gefallen, als die vom IS besetzten Gebiete zwischen den Kantonen Kobanê und Cizîrê befreit wurden. Fünf weitere Kinder und ihr Ehemann sind bei der Guerilla und bei den Volksverteidigungseinheiten YPG bzw. bei den Frauenverteidigungseinheiten YPJ. Sie lebt mit ihrer jüngsten Tochter zusammen.

Emîne arbeitet im Stadtrat von Dirbêsiyê und hat auch Angehörige im Krieg verloren. Seit dem Beginn der Revolution in Rojava ist sie aktiv beim Frauenkongress Kongra Star und repräsentiert ihn im Dorfaufbaukomitee. Sie ist nicht verheiratet. Sie sagt, dass sie sich für die Frauenarbeit entschieden habe, weil sie selbst eine Frau sei und sich anderen Frauen verbunden fühle: »Als Frauen können wir den Schmerz anderer Frauen besser begreifen.«

Welche Probleme erleben Frauen in der Gesellschaft in Rojava?

Emîne: Frauen erleben viele Probleme und viele Schmerzen. Frauen werden in unserer Gesellschaft immer noch nicht vollständig akzeptiert. Durch die Frauenarbeit wollen wir das ändern und Frauen die Last etwas erleichtern.

Wie kam es dazu, dass Ihr Euch am Jinwar-Aufbaukomitee beteiligt habt?

Emîne: Seit circa zwei Jahren haben wir über ein solches Projekt diskutiert. Wir wollten hier in Rojava etwas für Frauen auf die Beine stellen. Aber zunächst waren die Bedingungen dafür sehr schwierig, denn der Krieg ließ nicht zu, dass wir hier mit einem solchen Vorhaben beginnen. Als Anfang dieses Jahres einige Frauen ernsthaft die Initiative in die Hand nahmen, haben wir uns gefreut. Denn als Frauen wissen wir, was Frauen alles durchmachen müssen. Besonders freue ich mich darüber, dass wir unser Dorf jetzt hier in Rojava aufbauen.

Cihan: Als das Jinwar-Aufbaukomitee gegründet wurde, wollte ich mich im Namen der Angehörigen von Gefallenen daran beteiligen. Ich habe mich darüber gefreut, weil dies eine Arbeit von Frauen für Frauen ist. Was in meiner Kraft steht, werde ich tun, um zum erfolgreichen Aufbau beizutragen. Seit tausenden von Jahren werden Frauen unterdrückt. Aber die Zukunft gehört ihnen. Die männliche Mentalität hat sich alles einverleibt, was Frauen erschaffen haben. Dabei waren es Frauen, die am Anfang die Welt und die Gesellschaft aufgebaut haben. Frauen haben Weizen gefunden und angebaut. Frauen haben alles gemacht: Gärten angelegt, das Leben organisiert, Kinder bekommen und aufgezogen ... Dann wurden Frauen all dessen, was sie in der Geschichte erschaffen haben, beraubt und unterdrückt. Mit der Revolution in Rojava und der Wertschätzung, die der Vorsitzende Apo ihnen gezeigt hat, haben Frauen großen Mut bekommen, sich ihr Leben zurückzuerobern. Viele Männer wollen das immer noch nicht akzeptieren. Sie beschwerten sich: »Alles ist immer nur für Frauen. Früher gehörte alles den Männern, jetzt sind Frauen zu allem geworden und nehmen sich alles!« Nein, das stimmt so nicht. Wir wollen diese Welt gemeinsam gestalten. Wir wollen die Männer nicht unterdrücken. Aber Männer sollen auch die Frauen nicht mehr unterdrücken. Es soll ein gleichberechtigtes Leben geben. Deshalb ist Jinwar für uns sehr wichtig. Wer hätte sich erträumen können, dass eines Tages ein Frauendorf aufgebaut wird? Darüber freuen wir uns und wir rufen alle Frauen der Welt auf: Egal wo Ihr lebt, freut Euch gemeinsam mit uns!

Jinwar bedeutet »Ort der Frauen«. Wie stellt Ihr Euch das Leben am Ort der Frauen vor? Was für ein Leben wollt Ihr dort aufbauen?

Cihan: Wir fangen erst neu damit an, aber wir wollen ein natürliches, freies, schönes Leben aufbauen. In den Familien gibt es immer Streit zwischen Männern und Frauen. Es herrscht Unzufriedenheit. Wir wollen ein Leben mit Verständnis füreinander. Das ist unsere Vision. Aber wir fangen erst neu an, deshalb wissen wir noch nicht, wie es in der Realität aussehen wird. Häufig stimmen Phantasie und Wirklichkeit nicht überein. Das Ziel des Dorfes ist, dass alle Dorfbewohnerinnen dort gemeinsam leben und arbeiten können. Wir können dort unsere eigenen Gärten und Bäume anpflanzen. Frauen, die Kinder haben, kön-

nen dort gemeinsam mit ihren Kindern leben. Das Ziel ist, dass sich Frauen dort ohne Schwierigkeiten ausdrücken und ihr eigenes Leben verwirklichen können.

Emîne: Wir wollen ein kollektives und natürliches Leben, d. h. ein ökologisches Leben aufbauen. Soweit möglich, wollen wir uns mit unserer Arbeit selbst versorgen. Wir wollen gemeinsam unserem Bedürfnis entsprechend hier die nötigen Lebensmittel erzeugen, gemeinsam ernten und essen.

Am 25. November 2016 hat sich das Dorfkomitee offiziell gegründet und Ihr habt an der Stelle, wo Jinwar entstehen wird, die ersten Bäume gepflanzt. Zum 8. März hat die Grundsteinlegung stattgefunden. Wie sieht der gegenwärtige Stand der Arbeiten aus?

Emîne: Wir haben nun die Infrastruktur für das Dorf vorbereitet: Der Boden wurde geebnet und ein Zufahrtsweg wurde gebaut. Die Strom- und Wasserversorgung wurde gesichert. Es gab einen alten Brunnen, der wieder instand gesetzt wurde. Aber da es dieses Jahr viel geregnet hat und die Regenzeit noch nicht vorbei ist, konnten wir mit dem Häuserbau noch nicht beginnen. Wir haben jetzt alle Vorbereitungen dafür getroffen, dass wir beginnen können, sobald die Wetterbedingungen geeignet sind. Das heißt, es wurden die notwendigen Materialien beschafft und die Menschen organisiert, die am Bau mitwirken werden.

Für die verschiedenen Arbeitsbereiche haben wir Arbeitsgruppen und ein Komitee zusammengestellt. Wir sind fünf Frauen, die die gesamten Arbeiten koordinieren. Es gibt Frauen, die für die Finanzen zuständig sind, andere organisieren die Bauarbeiten. Zugleich müssen wir uns um die Verpflegung der BauarbeiterInnen kümmern. Andere Frauen legen die Gärten an, wieder andere machen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zugleich haben wir ein breites unterstützendes Umfeld von Frauen aus verschiedenen Arbeitsbereichen der Frauenbewegung und von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die mitwirken. Es gibt sehr viele Arbeiten, die gleichzeitig stattfinden und koordiniert werden müssen.

Ihr baut ein Dorf aus Erde, in Lehmbauweise. Warum habt Ihr Euch dafür entschieden?

Cihan: Unser Dorf aus Erde wird sehr schön werden. Es ist natürlich und gesund. Auch unsere Vorfahren haben hier in Lehm- und Ziegelbau gelehrt. Auch wenn es mehr Arbeit bedeutet, sind Häuser aus Lehm schöner als aus Beton. Lehm isoliert im Winter gegen Kälte und im Sommer gegen Wärme. Frauen verstehen was von dieser Arbeit. Wir haben früher auch Lehmziegel gemacht, mit Lehm gebaut und verputzt. Arbeiten, die Frauen in die Hand nehmen, sind erfolgreich. Wir machen unsere Arbeit sorgfältig und schön. Jinwar soll unser Paradies werden.

Mit dem Dorf plant Ihr auch die Versorgung und die Landwirtschaft. Was wollt Ihr anbauen?

Emîne: Insgesamt haben wir für das Dorf und die Landwirtschaft zwanzig Hektar Fläche zur Verfügung. Dreieinhalb Hektar Obst- und Olivenbäume haben wir angepflanzt. Des Weiteren haben wir Roggen gesät. Als nächstes wollen wir noch Weintrauben anpflanzen. Ansonsten können hier Linsen, Bohnen, Kichererbsen, Kümmel, Weizen, Kohl, verschiedene Gemüse- und Kräutersorten angebaut werden. Der Boden und das Klima sind traditionell sehr ergiebig. Wenn die Bauarbeiten des Dorfes fertig sind, werden wir den landwirtschaftlichen Anbau erweitern.

Wie viele Frauen werden in dem Dorf leben? Wie viele Häuser werdet Ihr bauen? Wird es außer Wohnhäusern noch andere Gemeinschaftseinrichtungen geben?

Emîne: Insgesamt haben wir Platz für fünfzig Wohnhäuser vorgesehen. In diesem Jahr wollen wir bis Ende Herbst dreißig Häuser, eine Schule, eine Jineoloji-Akademie, ein Haus für das Gesundheitskomitee und Depots für die Landwirtschaft fertigstellen. Einen Garten mit Heilkräutern werden wir anlegen. Die Gesundheitsversorgung soll vorrangig auf traditioneller »kurdischer Medizin« (d. h. Naturheilkunde) basieren. Frauen, die von Kräutern und traditionellen Heilmethoden etwas verstehen, beteiligen sich auch am Aufbau von Jinwar.

Wenn eine Frau kommen und in Jinwar leben möchte, kann sie dann einfach zu Euch kommen? Können Frauen hier ihre eigenen kulturellen oder landwirtschaftlichen Projekte verwirklichen?

Cihan: Ja, natürlich. Bislang haben wir schwerpunktmäßig Frauen angesprochen, die durch den Krieg ihre Ehemänner verloren haben. Sie haben am meisten das Bedürfnis nach einem kollektiven Leben mit anderen Frauen. Jede kann hier ihren eigenen Möglichkeiten entsprechend etwas tun: Manche wollen in der Landwirtschaft arbeiten, andere wollen Gartenbau oder Viehzucht betreiben. Traditionell werden in den Dörfern hier Schafe, Ziegen, Kühe, Hühner, Truthähne, Gänse für den Eigenbedarf gehalten und in kleinem Umfang wird auch Handel damit betrieben. Jede Frau, die hier leben möchte und etwas tun will, kann sich an das Aufbaukomitee wenden. Wir werden dann gemeinsam diskutieren, ob unsere Pläne und Vorstellungen zusammenpassen. Überall in Rojava können Frauen über ihre Kommunen, über Kongra Star und die verschiedenen gesellschaftlichen Basisorganisationen und Räte mit uns Kontakt aufnehmen.

In Rojava ist das Leben insgesamt über Kommunen und Volks- bzw. Frauenräte organisiert. Wird sich Jinwar auch als Frauenkommune organisieren?

Emîne: Ja, natürlich. So wie es in allen Dörfern und Städten Kommunen und Räte gibt, werden wir uns als Frauenkommune auch im Rahmen der Strukturen der Demokratischen Autonomie organisieren.

Wie werden die Regeln des Zusammenlebens in Jinwar aussehen? Welche Regeln und Wertvorstellungen gibt es? Wer

beschließt darüber? Wie sollen Probleme im Alltag gelöst werden? Als Beispiel: Wenn eine Frau ihren Müll einfach in die Gegend wirft und die anderen sich darüber ärgern. Wie wird dann damit umgegangen?

Cihan: Solche Probleme werden wir selbst lösen. Dafür gibt es unsere Kommuneversammlungen. Heute sind es schon überall die Frauen, die Probleme und Konflikte des gesellschaftlichen Zusammenlebens lösen. Frauen haben sowohl in der Geschichte als auch in der heutigen gesellschaftlichen Realität bewiesen, dass sie sich selbst verwalten können. Arbeiten und Aufgaben, die früher nur Männer gemacht haben, erledigen heute ganz selbstverständlich auch Frauen. Frauen haben gelernt zu kämpfen, Auto zu fahren und ihr Leben selbst zu lenken. Frauen können ihre Häuser und ihr Leben selbst aufbauen. Frauen können Kinder auf die Welt bringen und erziehen. Es gibt nichts, was Frauen nicht können. Deswegen können Frauen auch ihre Probleme selbst lösen. Eine Frau wird niemals ihren Müll in den Garten einer anderen Frau werfen! Diese Mentalität ist uns fremd. Frauen verstehen einander und Frauen achten auf die Sauberkeit in ihrer Umgebung.

Wie werdet Ihr Euren Schutz und Eure Verteidigung gewährleisten? Jinwar stellt eine Alternative zu patriarchalen Lebensformen dar. Es kann Männer geben, die das nicht akzeptieren. Zugleich gibt es die Realität des Krieges in Syrien und Rojava. Wie könnt Ihr Euch vor eventuellen Angriffen durch den IS oder das Regime schützen?

Emîne: Die Sicherheit ist ein grundlegender Bestandteil unserer Organisierung in den Kommunen und Räten. In einem Frauendorf werden Frauen für ihre eigene Sicherheit sorgen. Wir werden unser eigenes ziviles Selbstverteidigungs- und Sicherheitskomitee zusammenstellen.

Wie sind die Reaktionen und die Erwartungen von Frauen, mit denen Ihr über den Aufbau von Jinwar redet? Was sagen Eure Bekannten und Nachbarn dazu?

Emîne: Hier gibt es viele Menschen, die sich nicht so einfach von etwas Neuem überzeugen lassen, solange sie es nicht mit eigenen Augen gesehen haben. Viele meinen skeptisch, dass es unrealistisch und eine Illusion sei, ein Frauendorf aufzubauen. Einige sagen: »Was ist das für ein Dorf, das Ihr da aufbauen wollt? Ihr werdet unsere Beziehungen zu Männern kaputtmachen, es wird Streit mit den Männern geben. Jede Frau, die Ärger mit ihrem Ehemann hat, wird das Haus verlassen und dort hinziehen.« Wir sagen, dass es uns darum geht, dass Frauen auf eigenen Beinen stehen, sich aus Abhängigkeiten lösen und für sich selbst sorgen können. Es gibt zum Beispiel junge Frauen, die mit ihrer Familie nicht zurechtkommen, dort nicht mehr leben und auch nicht heiraten möchten. [Es wird gesellschaftlich bislang kaum akzeptiert, dass junge Frauen von zuhause ausziehen und allein leben.] Sie möchten selbst für sich sorgen und eine Arbeit machen. Auch für diese Frauen wollen wir Alternativen schaffen. Aber es wird etwas Zeit brauchen, bis die Gesellschaft

allgemein ein solches Projekt verstehen und akzeptieren wird. Aber wenn Jinwar steht, wenn sie es mit eigenen Augen sehen, dann werden alle hierherziehen wollen.

Was sagen Männer dazu?

Cihan: Es ist nicht verwunderlich, dass Männer und die männliche Mentalität sich gegen unser Vorhaben stellen. Sie sagen: »Diese Apocá haben Frauen zu Göttinnen gemacht, die jetzt über uns bestimmen können!« Aber sie können nicht mehr verhindern, dass wir unsere Pläne umsetzen. Die Perspektiven von Serok haben uns viele neue Möglichkeiten eröffnet. Frauen akzeptieren die Männerherrschaft nicht mehr. Frauen spielen jetzt überall eine Führungsrolle und nutzen diese Möglichkeiten. Es ist uns egal, was die Männer dazu sagen, da wir uns unserer Stärke bewusst sind, können sie uns nicht mehr aufhalten.

Vielleicht wird es nicht allen Frauen möglich sein, nach Jinwar zu ziehen, aber ich bin mir sicher, dass die Wirkung von Jinwar weit über das Dorf hinausgehen und Frauen an anderen Orten auch Mut machen wird. Eine wichtige Erfahrung beim Aufbau der ersten Fraueneinrichtungen vor circa fünfzehn Jahren war, dass Frauen an Selbstbewusstsein hinzugewonnen haben. Denn fortan wussten sie, dass es einen Ort gibt, der ihnen gehört, wo sie immer willkommen sind. Dieser Fakt hat auch das Verhalten der Männer beeinflusst, denn Männer waren fortan auch gezwungen, ihr Verhalten gegenüber Frauen zu reflektieren. Denn Frauen vermittelten, dass sie Alternativen haben und nicht mehr gezwungen sind, sich alles gefallen zu lassen.

Was denkt Ihr für Euer eigenes Leben? Wie sieht der Zeitplan aus? Wann werden die ersten Frauen in Jinwar einziehen?

Eigentlich hatten wir den Baubeginn für den 10. März geplant. Aber dieses Jahr hat es sehr spät geregnet, deshalb gibt es einige Verzögerungen im Ablauf. Bis zum Herbst, d. h. innerhalb von sechs Monaten, wollen wir die ersten dreißig Häuser, die Schule, Akademie und Krankenstation fertigstellen.

Welche Botschaft und welchen Aufruf habt Ihr an Frauen außerhalb von Rojava? Wie können Frauen aus anderen Ländern ihre Solidarität mit Jinwar zeigen?

Emîne: Unsere Tür ist für alle Frauen offen. Alle Frauen können Jinwar ideell und materiell unterstützen. Wir erklären uns mit Frauen in allen Teilen der Welt solidarisch und genauso freuen wir uns über die Solidarität und Mitarbeit von anderen Frauen.

Cihan: Alle Frauen können unsere Stimme weiter in die Welt tragen und sich mit uns vereinen. Jede Frau, die mit einem Stein oder Lehmziegel zum Aufbau von Jinwar beitragen möchte, ist herzlich eingeladen.

Ein weiteres Gespräch führte ich mit Awaz, die sich entschlossen hat, mit ihren drei Kindern nach Jinwar zu ziehen. Sie ist dreißig Jahre alt und hat eine zwölfjährige Tochter Viyan, den zehnjährigen Sohn Heval und den siebenjährigen Sohn Reber. Sie leben in der Nähe von Tirbesipiyê, in einem kleinen Dorf mit dreißig Häusern. Sie hat bis zur sechsten Klasse die Schule besucht. Der Unterricht war damals auf Arabisch. In jungem Alter wurde sie verheiratet. Gemeinsam mit ihrem Ehemann arbeitet sie hart in der Landwirtschaft, um ihre Familie zu ernähren. Da es jedoch keine ausreichende Arbeit gab, gingen sie nach Aleppo und Hama. Vor sechs Jahren kamen sie mit Beginn der Revolution in Rojava zurück in ihr Heimatdorf. Ihr Ehemann schloss sich den YPG an und wechselte nach drei Jahren zu den Asayîş. Vor einem Jahr, am 3. April 2016, verlor er bei einem Bombenanschlag auf die Asayîş-Einrichtung in Qamişlo sein Leben.

Wie war es für Dich, als sich Dein Ehemann entschied, zu den YPG zu gehen?

Das war für uns nichts Unerwartetes. Denn ich wusste, dass Avdulxani seit dem Alter von zwölf Jahren mit den Hevals zusammengearbeitet hat. Damals musste er aufgrund der Unterdrückung durch das Regime diese Arbeit im Geheimen machen. Das war kein Problem für mich, weil ich wusste, dass er da mit dem Herzen bei der Sache war. Er hat sowohl politische Arbeiten gemacht als auch für den Unterhalt der Familie gearbeitet und sich zuhause um seine Kinder gekümmert.

Standest Du auch mit FreundInnen aus der Bewegung in Kontakt?

Ja. Sehr viele FreundInnen, darunter auch viele, die im Freiheitskampf gefallen sind, waren bei uns zu Gast, sie haben häufig bei uns übernachtet. Ich kenne die Gedanken und Ziele der Freiheitsbewegung. Da Avdulxani von klein auf unter den Hevals aufgewachsen ist, hat er auch mir viel davon erzählt, und ich habe mich auch für den Freiheitskampf interessiert.

Welche Veränderungen hat der Tod von Avdulxani in Deinem Leben ausgelöst?

Es gab sehr große Veränderungen für mich. Denn davor haben wir gemeinsam mit unseren Kindern gelebt. Nachdem ich dann mit meinen Kindern allein war, war das sehr schwer für mich. Ich bin stolz auf das, was er getan hat, wofür er gekämpft hat. Aber als Partnerin hat mir sein Tod das Herz gebrochen. Er war ein Mensch mit einem großen Herzen.

Wie haben Deine Kinder die Nachricht vom Tod ihres Vaters verkraftet?

Zuerst wussten sie nicht, dass ihr Vater bei dem Bombenanschlag sein Leben verloren hatte. Als ich die Nachricht erhielt, bin ich zusammengebrochen und ins Krankenhaus gebracht worden. Deshalb dachten meine Kinder, dass unsere Verwandten und Bekannten um mich weinten. Mein

kleiner Sohn sagte zu seinem großen Bruder: »Unser Vater wird bald aus Şengal kommen.« Sie dachten, er sei noch dort. Als ich sie nach zwei Tagen zur Beerdigung mitnahm, sahen sie auf dem Sarg das Foto ihres Vaters. Da verstanden sie erst, was passiert war. Sie begriffen, dass ich aufgrund des Todes ihres Vaters krank geworden war und dass sich ihr Vater im Sarg befand. Bis die FreundInnen den Sarg ins Grab gelegt hatten, wichen meine drei Kinder nicht von seiner Seite. Mein Sohn sagte: »Mama, die sollen keine Steine und keine Erde auf meinen Vater legen!« [Awaz weint] (...) Nach dem Tod von Avdulxani sind meine Kinder meine Zukunft geworden. Mein ganzes Leben widme ich ihnen und ihrer Bildung. Es ist meine Sehnsucht, dass meine Kinder eine gute Ausbildung bekommen. Das war auch der Wunsch ihres Vaters. Sie gehen bei uns im Dorf in die Schule. Sie lernen auf Kurdisch. Ich selbst kann nicht gut Kurdisch lesen und schreiben. Jetzt lerne ich mit meinen Kindern selbst das kurdische Alphabet und sitze mit ihnen über den Schulbüchern.



Wie hast Du davon erfahren, dass ein Frauendorf aufgebaut wird?

Eine Freundin kam zu mir und erzählte mir, dass ein Frauendorf aufgebaut wird, wo insbesondere Frauen und Kinder willkommen sind, die durch den Krieg Angehörige verloren haben. Sie hat mich gefragt, ob ich mit meinen Kindern dorthin ziehen möchte. Darüber haben ich und meine Kinder uns sehr gefreut. Ich habe überlegt, was bedeutet der Name Jinwar? Es bedeutet, dass es einen Ort für Frauen und Kinder gibt, der auf dem Erbe der gefallenen FreiheitskämpferInnen aufgebaut wird. Ich habe darüber nachgedacht, was es bedeutet, in ein solches Dorf zu ziehen; vielleicht wird es uns als Frauen die Möglichkeit geben, zu uns selbst zu finden. Es bedeutet, dass ich als alleinerziehende Frau mit meinen Kindern ein neues Leben beginnen kann. Bislang habe ich noch nicht gehört, dass es ein solches Dorf irgendwo anders gibt. Wir leben immer noch unter den Bedingungen der Revolution. Jeden Tag sterben Menschen, die diese Revolution und die Gesellschaft gegen Angriffe verteidigen. Wir verwirklichen hier Dinge, die es bislang noch nirgendwo anders gegeben hat. Als Frauen werden wir unser Leben von Neuem aufbauen und beweisen, dass wir selbstbestimmt leben und uns versorgen können. Ich weiß, es wird nicht einfach werden. Aber wenn meine Kinder erleben,

dass wir eigenständig leben können, dann werden sie das in Zukunft auch können. Denn ich weiß, wenn ich mir keine Ziele setze und mich in der Trauer verliere, dann werden auch meine Kinder darunter leiden. Ich möchte, dass sie sich weiterbilden, eigenverantwortlich und selbstbewusst über ihr Leben entscheiden können.

Was haben Deine Kinder dazu gesagt, als sie von Jinwar hörten?

Sie haben sich sehr gefreut. Sie sagten: »Mama, wir werden in unser eigenes Dorf ziehen und gemeinsam mit anderen Kindern, die genauso wie wir ihre Väter im Krieg verloren haben, spielen und zur Schule gehen können.« Jeden Tag fragt mich mein Sohn ganz aufgeregt: »Wann ist es endlich so weit? Wann ziehen wir in unser Dorf?«

Was haben Deine Verwandten dazu gesagt, als Du ihnen Deinen Entschluss mitgeteilt hast?

Ich lebe im selben Dorf wie meine Eltern, Schwiegereltern und Geschwister. Sie haben mich und meine Kinder nach dem Tod von Avdulxani nicht alleingelassen und viel unterstützt. Wir werden weiterhin in Kontakt sein und einander besuchen.

Hast Du Kontakt zu anderen Frauen, die auch ihre Ehemänner durch den Krieg verloren haben?

Bei uns im Dorf bin ich die Einzige. Eine andere Frau kannte ich, bis mich eines Tages Freundinnen zu einer Versammlung eingeladen haben, die vom Verband der Angehörigen von Gefallenen organisiert worden war. Es waren nur Frauen dort, deren Partner gefallen sind. Ich kannte zunächst keine von ihnen und war ganz erstaunt, wie viele wir sind. Bis dahin hatte ich geglaubt, ich sei die Einzige. Ich hoffe, dass wir uns durch Jinwar noch näher kommen werden und gemeinsam unsere Probleme lösen und uns gegenseitig unterstützen können. Denn wir kennen unseren eigenen Schmerz genauso wie den der anderen Frauen. Wir können unseren Schmerz teilen und einander Kraft geben.

Das Dorf soll aus Lehmhäusern gebaut werden, schwerpunktmäßig mit Baumaterialien, die dort in der Gegend vorhanden sind. Denn einerseits ist es durch das Embargo schwer, an andere Materialien heranzukommen, andererseits können so auch die Kosten gering gehalten werden. Außerdem sind Landwirtschaft und Gartenbau geplant. Wie findest Du das?

Die Freundinnen vom Dorfaufbaukomitee haben uns mitgeteilt, dass die Häuser aus Lehmziegeln gemacht werden sollen. Das ist etwas ganz Normales für mich: Ich bin in einem Lehmhaus geboren und lebe immer noch in einem Lehmhaus. Auch meine Kinder werden in einem Haus aus Erde aufwachsen. Wir suchen nicht nach mate-

riellen Dingen, sondern nach ideellen Werten und einem gemeinschaftlichen, solidarischen Leben.

Ist es auch ein Ausdruck der Verbundenheit mit der Erde und dem Leben hier? Viele Menschen, die jetzt in Betonhäusern leben oder ins Ausland gegangen sind, berichten davon, dass sie etwas von ihren Wurzeln und ihrer Natürlichkeit verloren haben ...

Wenn wir fest entschlossen sind, sagen wir auf Kurdisch: »Solange ich Wasser in den Augen habe ...« Ich sage, solange ich Wasser in meinen Augen habe, werde ich meine Erde hier nicht verlassen. Unser Leben und unser Land haben wir mit so vielen Opfern befreit. Jetzt werden wir als Frauen einen eigenen Ort haben, von dem uns niemand mehr vertreiben kann.

Was sind Deine Ziele, die Du in Jinwar verwirklichen möchtest?

Wenn die Leute mich fragen, was willst Du machen, wenn Deine Kinder groß sind, dann sage ich immer, dann werde ich bei der Asayîşa Jin [Frauensicherheitskräfte] arbeiten. Das ist ein Wunsch, den ich in meinem Herzen trage. Wenn ich in Jinwar lebe und das Leben dort kennengelernt habe, dann werde ich weitere Pläne und Schritte voran machen. Ich weiß, dass mich die Freundinnen unterstützen werden, und genauso werde ich meine Freundinnen unterstützen. Aber sobald ein Frauensicherheitskomitee im Dorf gebildet wird, werde ich mich als Erstes dort einschreiben.

Wir werden als Frauen unsere eigene Kommune aufbauen. Ich weiß, was das bedeutet. Das haben wir auch jetzt schon in unserem Dorf gemacht. Ich habe mich nicht blind für etwas entschieden. Es war eine bewusste Entscheidung. Ich weiß, dass auch Schwierigkeiten auf uns zukommen werden, die wir gemeinsam lösen müssen. Wir werden diese Verantwortung gemeinsam schultern. Indem wir uns neuen Herausforderungen stellen, werden wir gemeinsam neue, schöne Seiten des Lebens kennenlernen.

*Aktivistin der Wut
womensvillage.jinwar@gmail.com*

Spenden sind willkommen:

Kurdistan Hilfe e.V.,
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: WJAR-Frauentorf



**Hamburg sehen
solange es noch steht**